

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 35. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 24. Februar 2011, 10.00 Uhr
Europasaal im Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Zeugenvernehmung gemäß
Beweisbeschluss 17-175

Seiten

1 - 71

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Kurt-Dieter Grill (siehe Vermerk vom 18. März 2011, Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 9.58 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Ausschusssitzung und Beweisaufnahme zu unserem Untersuchungsausschuss.

Einzigiger Tagesordnungspunkt heute wird sein:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Kurt-Dieter Grill
gemäß Beweisbeschluss 17-175

Herr Dr. Arnulf Matting
gemäß Beweisbeschluss 17-8

Ich begrüße schon mal den Zeugen Grill herzlich in unserer Runde. - Ich bitte nun vor Eintritt in die Tagesordnung die Medien, den Raum zu verlassen. - Das ist bereits erfolgt. Sie wissen - das will ich auch noch mal der Form halber sagen -, dass es zu dauerndem Ausschluss von den Sitzungen bzw. auch gegebenenfalls strafrechtlichen Konsequenzen kommen kann, wenn gegen dieses Gebot verstoßen wird. Ich möchte die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, die heute zahlreich erschienen sind, daran erinnern, dass es nach einem Beschluss des Ältestenrates vom 16. September 1993 nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen, und auch die Nutzung von Mobiltelefonen nicht erlaubt ist.

**Vernehmung des Zeugen
Kurt-Dieter Grill**

Herr Grill, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde und darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-175, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig

und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Dienstvergehens, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann nutzen wir jetzt für die weitere Kommunikation noch das Mikrofon.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Jawohl.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Dann ist es perfekt.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und möchte Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift noch korrekt ist.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, zunächst einmal guten Morgen! Die verwendete Anschrift in der Einladung ist für den Erstwohnsitz korrekt: Kurt-Dieter Grill,

geboren 28.12.1943, ██████████
 ██████████ Das ist nach wie vor
 sozusagen mein Stammsitz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
 Herzlichen Dank. - Dann werden wir aufgrund einer später erfolgenden Veröffentlichung des Protokolls auch hier Ihre Anschrift schwärzen.

Dann kommen wir zur Vernehmung in der Sache. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung am 13. Juli 1983, den Salzstock Gorleben untertätig und keinen weiteren Standort alternativ obertätig zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Und außerdem steht auch die Entscheidung der Regierung Albrecht von 1977 insbesondere im Fokus des Interesses dieses Ausschusses.

Wenn Sie es wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zunächst zu äußern; andernfalls würde ich sofort mit den Fragen an Sie beginnen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, ich würde gerne einige Ausführungen zu meiner Person und auch zur politischen Situation, insbesondere 1976/77, machen, was nicht heißt, dass ich nicht auch über spätere Zeiten noch entsprechende Aussagen machen könnte, die durchaus relevant sind für den Standort.

Ich bin von Haus aus Ingenieur für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik. Meine politische Arbeit, die nach meiner Tätigkeit in der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes Niedersachsen begonnen hat - - war ich von 1972 bis 1974 Mitglied des Stadtrates in Uelzen, von 1974 bis 1994 Mitglied des Niedersächsischen Landtages. In dem Zusammenhang lege ich Wert auf die Bemerkung, dass ich fünfmal direkt gewählt worden bin, ohne Absicherung auf der Landesliste, dass ich von 1976 bis 1996 Mitglied des Kreistages Lüchow-Dannenberg war, dass ich von 1978 bis 1991 Vorsitzender der Gorleben-Kommission war und von 1986 bis 1994, nach einer Zeit als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU-Landtagsfraktion, stellvertretender Vorsitzender dieser Landtagsfraktion war, mit Zuständigkeiten für Hochschul-, Schul-, Agrar-, Umwelt- und Energiepolitik, also mehr gearbeitet habe, als

nur zu dem Thema „Energie und Umwelt“, obwohl von 1977 bis 2002 ich sowohl in Niedersachsen wie aber auch in Deutschland für die Christlich Demokratische Union an der programmatischen Entwicklung von Umweltpolitik maßgeblich teilgehabt habe. Dem Bundestag habe ich von 1994 bis 2005 angehört und war Vorsitzender der Enquete-Kommission für Fragen der Liberalisierung und Globalisierung der Energiepolitik.

Ich will darauf hinweisen, dass meine Arbeit im Wahlkreis, im Parlament, insbesondere aber im Landkreis Lüchow-Dannenberg, von 1974 an nicht beschränkt war - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
 90/DIE GRÜNEN): Handy!)

- Oh, ich habe etwas vergessen; ich bitte um Nachsicht.

(Heiterkeit)

Das ist im Zweifelsfall nur jemand, der vielleicht noch Glück wünschen will.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
 90/DIE GRÜNEN): Pressemitteilung!)

Aber zurück. Von 1974 an - das kann man an vielerlei Dingen belegen - - mich für die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis engagiert. Das fängt mit der Selbstständigkeit des Landkreises Lüchow-Dannenberg und der Kreisreform an, setzt sich fort über die sehr spannende Arbeit an der Frage des Verlaufs der Demarkationslinie auf der Elbe, beschäftigte sich mit strukturellen Verbesserungen für die Landwirtschaft - dazu gibt es mehrere Projekte, bis hin zur Stärkefabrik in Lüchow, die der Landwirtschaft geholfen hat -, Entwicklung von Industrie, Handel und Handwerk; dazu gehört etwa der Ausbau der SKF in Lüchow und der Ausbau der Conti in Dannenberg. Ich war auch kulturell sozusagen ehrenamtlich tätig, insbesondere im Verein für Erhaltung der Rundlinge und für die Förderung der Sommerlichen Musiktage in Hitzacker, deren Vorstand ich jetzt im nächsten Jahr 36 Jahre angehöre.

Also auch hier, denke ich, wird deutlich, dass die Arbeit mehr war als nur das Projekt, über das dieser Ausschuss hier heute sozusagen und in den Tagen zuvor und danach beraten wird. Und ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich 1994 mit 49,2 Prozent der Erststimmen - Klammer auf: 10 Punkte Vorsprung vor Rot und Grün zusammen - direkt

das erste Mal in den Deutschen Bundestag gewählt worden bin.

Ich würde meinen Aussagen zur Sache, in der ersten Runde hier, voranstellen zwei Bemerkungen: Wer mit den Erfahrungen von 2010 die Verfahren von 1976/77 kritisiert, macht es sich besonders leicht. Das hat etwas damit zu tun, dass man glaubt, dass etwa Dinge wie Mediation und vieles andere mehr damals schon Stand von Wissenschaft und Technik gewesen wären; und das Zweite ist - was für mich jedenfalls persönlich eine große Rolle gespielt hat -: Wir reden nicht über ein Projekt der CDU-Landesregierung Niedersachsen, der Minderheitsregierung Ernst Albrecht, sondern wir reden über ein Projekt der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung von 1969 an; das ließe sich an vielen Stellen besonders gut nachweisen.

Am Anfang dieser Geschichte, bevor ich sozusagen damit 1976 konfrontiert wurde, stand ja eine Entscheidung der sozialliberalen Koalition, mit der Novelle von 1974 des Atomgesetzes ein nukleares Entsorgungszentrum und die Wiederaufarbeitung in den Mittelpunkt der Entsorgungsstrategie zu stellen. Das heißt, lange bevor das Projekt auf meinem Tisch sozusagen mich beschäftigt hat, war es ein Projekt anderer - - die sich dadurch ausdrückt, dass 1976, zu Zeiten eines Minderheitenkabinetts Ernst Albrecht, unter Beteiligung aller Fraktionsvorsitzenden, drei Bundesminister im Kabinett Albrecht waren und zwei Dinge getan haben: Das eine ist, eine Entscheidung innerhalb von 14 Tagen von der Regierung Albrecht zu fordern, und zweitens - das ist eine der wesentlichen Feststellungen, die ich hier zu treffen habe -: Sie forderten ein die Zusage des ehemaligen Ministerpräsidenten Alfred Kubel, nämlich die Zusage, einen Standort in Niedersachsen zu benennen, weil es in der Bundesrepublik Deutschland unter Führung der Bundesregierung - der damaligen - praktisch nur die Salzstöcke in Niedersachsen gab, die in die engere Auswahl gekommen sind.

In dem Zusammenhang kann ich auch nur darauf hinweisen, dass einer der ersten Standorte, nämlich Wahn, schon alleine dadurch in Probleme geraten ist, dass man dort den Bürgern nicht gesagt hat, nach was man sucht, sondern man hat gesagt, man würde nach Gas suchen, und hat zugelassen, dass nicht über die Untersuchung für eine nukleare Entsorgungsanlage - für ein Endlager - - dort gebohrt wurde.

Wenn man diesen Zeitpunkt, 1976, nimmt, dann begannen damals, sozusagen mit dem IMAK, unter der Leitung des Beamten Stuhr, im niedersächsischen Wirtschaftsministerium Vorbereitungen für dieses Projekt, für die Frage „Standortentscheidung“. Ich glaube, dass ich sagen kann, dass man einerseits seitens der Landesregierung nicht nur die Frage geologischer Formation, die Frage von Standorten, Alternativen im Salzbereich überlegt hat und noch einmal geprüft hat, mithilfe des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, sondern dass es auch ein Verfahren gab zur Raumordnung und Landesplanung.

Ich denke, dass in der gesamten Diskussion immer übersehen wird, dass die Regierung Albrecht ein Raumordnungsverfahren durchgeführt hat. Und soweit ich das aus meiner Erinnerung hier heute vortragen kann - ich habe die Protokolle des Niedersächsischen Landtages zu diesen Dingen nicht mehr eingesehen -, soweit ich mich erinnern kann, ist es so gewesen, dass ja bei dem Komplex „Nukleares Entsorgungszentrum“, was damals zur Debatte stand, mehrere Quadratkilometer zur Debatte standen. Das heißt, es handelte sich nicht nur um die Frage einer nuklearen Entsorgungsanlage, sondern es handelte sich um einen massiven Eingriff in jedweden Raum. 12 Quadratkilometer sind auch in einer Bundesrepublik Deutschland keine Kleinigkeit. Wenn Sie sich angucken, wofür heute Raumordnungsverfahren durchgeführt werden, dann können Sie mit Sicherheit nachvollziehen, dass es selbstverständlich ist, ein Raumordnungsverfahren durchzuführen.

In dem Zusammenhang will ich nur darauf hinweisen, dass eines der Kriterien, die ich ein bisschen beurteilen kann - auch aus meiner beruflichen Sicht -, zum Beispiel das Vorkommen von großräumigen Trinkwasservorkommen gewesen ist. Das spielt in Lichtenmoor, das spielt in Undeloh, an all diesen Dingen eine durchaus große Rolle.

Und auf der anderen Seite ist es so, dass wir ja mit 76 und auch mit 77 einen weiteren Prüfprozess eingeleitet haben. Es ging ja nicht in der ersten Linie darum, dort eine Standortentscheidung definitiv zu fällen, sondern einen Prüfprozess einzuleiten.

Zu diesem Komplex der kontrollierten Entscheidungen gehörte für mich - das ist ein Teil meiner Eingangsbemerkung, was die Erfahrungen von 2010 und das Verfahren 76 angeht - - Das Gorleben-Hearing, das unter

der Leitung von Carl Friedrich von Weizsäcker und Ernst Albrecht durchgeführt wurde, eine Woche lang in Hannover auf dem Messegelände, war eines - - Bis heute ist es eines der besten Verfahren, um komplexe Großprojekte öffentlich zu erörtern. Wer am Gorleben-Hearing - so wie ich - jeden Tag von morgens bis abends teilgenommen hatte, konnte praktisch nicht versäumen, dass alle Probleme in Pro und Kontra der Wissenschaft und der Betreiber, der Industrie, der Landesregierung durchdekliniert worden sind.

Das ist deswegen wichtig, weil, erstens, die Bundesregierung, die eine solche Entscheidung abgefordert hat, politisch im Gremium der Gorleben-Kommission¹ nicht vertreten war. Weder der Bundeskanzler Schmidt noch einer der zuständigen Bundesminister haben am Gorleben-Hearing persönlich teilgenommen. Und deswegen glaube ich, dass man diese Tatsache auch noch einmal werten muss; denn es ging ja nicht um eine Planung des Landes Niedersachsen, sondern es ging um eine Planung der Bundesregierung. - Das ist das eine.

Und das Zweite ist - ich will das an dieser Stelle durchaus schon mit einspielen -: Carl Friedrich von Weizsäcker, der ja ein anerkannter und unbestrittener Philosoph und Wissenschaftler war, gehörte mit zu den Leuten, die im Übrigen vorab immer darüber informiert wurden, dass die Gorleben-Kommission eine besonders schlimme Veranstaltung sei von Kommunalpolitikern, die den Kopf nur zum Haarschneiden haben. - Das haben wir dadurch ausgeglichen, dass das Gespräch, was auf eine Viertelstunde terminiert war, im „Kastens Hotel Luisenhof“ in Hannover über anderthalb Stunden gedauert hat, weil Carl Friedrich von Weizsäcker, wie viele andere auch, festgestellt hat, dass Kommunalpolitiker sich mit der Sache so ernsthaft beschäftigt haben, dass sie ihm Fragen stellen konnten.

Die Entscheidung infolge des Gorleben-Hearings ist übrigens eine Regierungserklärung, die Ernst Albrecht fast alleine verfasst hat. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass wir diese Regierungserklärung eigentlich erst am Tage der Debatte im Niedersächsischen Landtag erhalten haben. Und wenn Sie sich das Protokoll der Debatte durchlesen, dann finden Sie in dieser Ein-Tages-Veranstaltung

eine Rede auch von mir, in der das deutlich wird, was ich Ihnen hier auch noch einmal klarmachen möchte: dass meine Aufgabe als gewählter Landtagsabgeordneter darin bestand, nicht die - ich sage mal - Frage von Technik, Wissenschaft alleine zu betrachten, über die Frage nukleares Entsorgungszentrum, Entsorgung, Endlagerung, Behälter oder was auch immer, Nasslager oder Trockenlager, sondern meine Aufgabe bestand darin, die Probleme einer Region zu beschreiben, für die ich ja im Niedersächsischen Landtag saß und deren Probleme mindestens so wichtig waren wie die Frage, ob das Ganze technisch-wissenschaftlich eigentlich machbar ist.

Ich lege großen Wert darauf, dass das hier festgehalten wird, und das bedingt auch von Anfang an, dass der örtliche Abgeordnete als das Ziel seiner politischen Arbeit gesehen hat, Information, Dialog, Transparenz des Verfahrens für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu gestalten.

Das findet seinen Ausdruck in den Informationsstellen des Bundes und des Landes, die übrigens nicht nur eine Frage waren der Bürgerinnen und Bürger und der politischen Verantwortlichen in Lüchow-Dannenberg selber, sondern es gab von Hans Matthöfer damals - ich habe das nicht zu kritisieren - ein ganzes Buch über den „Bürgerdialog zur Kernenergie“. Das heißt, die Basis für diese Dialogfragen waren Handlungsanleitungen, programmatische Aussagen des SPD-Forschungsministers Hans Matthöfer zum „Bürgerdialog Kernenergie“.

Dazu gehört auch - das haben wohl viele vergessen -, dass sowohl Mitglieder der SPD wie aber auch der FDP aus dem Bundeskabinett das Projekt bis 1983 vor Ort vertreten haben. In diese Frage gehört auch hinein nicht nur der Besuch des Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit markanten Aussagen über Kommunalpolitiker in Lüchow-Dannenberg, sondern dazu gehört auch die Tatsache, dass der Kreisausschuss des Landkreises Lüchow-Dannenberg 1981, wenn ich das recht entsinne, zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt eingeladen war mit Helmut Schmidt. Dieses Gespräch ist deswegen erinnerlich und bei mir fest eingeebnet, weil es, erstens, statt einer halben Stunde zwei Stunden gedauert hat, weil Helmut Schmidt sich die Zeit genommen hat, mit uns über die Probleme zu reden, und zweitens, da ich damals mit Herrn Professor Pestel befreundet war, eine Bemerkung über den Club of

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Gorleben-Kommission“, setze „Gorleben-Hearing“, Anlage 1

Rome - - und solche Leute wie Professor Pestel, die eher abträglich als zustimmend waren. Pestel gehörte zu denen, die damals schon global dachten.

Und es gehört auch dazu, dass wir die örtliche Situation - damals jedenfalls - nicht schwierig vorfanden, weil die sozialdemokratische Fraktion im Kreistag, die Sozialdemokratische Partei vor Ort und übrigens auch die SPD-Landtagsfraktion nicht mit massiven Bedenken, Zweifeln, Ablehnung am Gorleben-Projekt aufgetreten sind, sondern wir bei der Frage von Ernst Albrecht an den Kreistag immer eine Mehrheit zusammen mit der SPD im Kreistag gehabt haben.

Zu diesen Veranstaltungen, zu dieser Frage „Informationsarbeit“, zu der Frage „Beteiligung unter den damaligen Gesichtspunkten der kommunalen Gremien“ gehören mehrere Veranstaltungen mit Ernst Albrecht, die immer öffentlich stattgefunden haben - - in der Leute ihre Fragen stellen konnten. Und ich will hier mit besonderem Vergnügen vortragen, dass es 1977/78 sogar die Gründung eines Atomforums in Lüchow-Dannenberg gab mit der Frage einer - ich sage mal - umfassenden, parteiübergreifenden Information der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Atomforum war verabredet zwischen SPD und CDU und der Bürgerinitiative, nämlich Frau Fritzen. Die erste Veranstaltung dazu hat 1977, im April, in Lüchow stattgefunden. Dass es dann später keine Fortsetzung gab, erklärt sich aus dem Ablauf der Geschichte und der Widersprüche und Dingen, die sich daraus ergeben haben - auch aus dem Konflikt.

Die Gründung sozusagen für die Frage „Informationsarbeit“, für die Frage „Wie können wir auf der örtlichen Ebene sicherstellen, dass Menschen, die Verantwortung haben, in den Gemeinderäten, im Kreistag, aber auch darüber hinaus, Landvolk, wer auch immer, sich informieren können?“ - - gehört im Übrigen die Gründung der Gorleben-Kommission durch Beschlüsse des Kreistages.

Und ich lege Wert auf die Feststellung in diesem Zusammenhang, dass der Kreistag diesen Beschluss erst gefasst hat, als es eigentlich eine große Verärgerung innerhalb der gewählten Vertretungen unter den Kommunalpolitikern gab. Es gab nämlich damals - wenn ich manchen Jargon anderer aufgreife, würde ich sagen - Geheimgespräche zwischen Ernst Albrecht, Graf Bernstorff und Frau Fritzen. Frau Fritzen hatte mehr Zugang zu Ernst Albrecht und Gesprächen

über diesen Komplex „Gorleben“ als wir als gewählte Vertreter. Ich war damals der Meinung, dass das nicht zulässig ist und dass das nicht in Ordnung ist. Ich hab das mit Ernst Albrecht - - Ich habe auch mit anderen darüber gesprochen und habe diese Frage dann zusammengefasst in einem Antrag meiner CDU-Kreistagsfraktion - auch in Abstimmung mit den Sozialdemokraten -, dass wir eine solche Informationskommission - der Name war am Anfang „Informationskommission“ - fordern. Und es hat danach dann Gespräche im Sozialministerium, mit Hermann Schnipkoweit und seinem Staatssekretär Ziller, gegeben über die Art und Weise, wie wir diese Gorleben-Kommission denn durchführen. Diese Gorleben-Kommission ist dann in die Hände des Kreistages gelegt worden, also des Oberkreisdirektors, der Kreisverwaltung, damit das vor Ort geregelt werden kann, was wir brauchen - - und nicht ständig sozusagen im Sozialministerium nachfragen dürfen, ob wir diese oder jene Sitzung machen dürfen. Wir haben also selbstbestimmte Informationsarbeit gemacht.

Eine kleine Geschichte am Rande, weil manches Mal ja die Bürgerinitiative so tut, als sei sie an diesen ganzen Prozessen vollkommen außen vor gelassen worden.

(Sebastian Edathy (SPD): Das gehört zum Geschichtenerzählen!)

Es gab damals viele Gespräche, und ich erinnere mich an eine Sitzung der Gorleben-Kommission mit Gerhart Baum, in Lüchow, im Ratskeller, wo wir unten saßen und nach einer Stunde Herr Baum sagte, er hätte keine Zeit mehr jetzt für uns, und dann ging er nach oben in den Saal und sprach mit der Bürgerinitiative. Für das Gespräch hatte er zwei bis drei Stunden Zeit - ich lege mich jetzt nicht auf „zwei“ oder „drei“ fest, sondern irgendwas in diesem Bereich -, was wir damals gar nicht sehr erfreulich fanden, wie Sie sich vorstellen können; aber es war so.

Es gibt einen weiteren Vorgang zu dieser Frage der Informationsarbeit, den ich hier deutlich machen möchte. Das war nämlich die Tatsache, dass 1984, unter Führung des Bundesratsministeriums Niedersachsen, Staatssekretär Haaßengier, die Europäische Kommission mit dem damaligen Generaldirektor McDavis (?) an der Spitze einen Informationsbesuch in Lüchow-Dannenberg machte, und dazu gehörte auch ein Gespräch mit der Gorleben-Kommission. Auch hier war wiederum vorab deutlich geworden,

dass man der Europäischen Kommission versucht hatte klarzumachen, dass die Gorleben-Kommission aus lauter Dummköpfen aus der Kommunalpolitik besteht. Ich sage das so drastisch, weil es eigentlich auch so war.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Das Ende dieses vierstündigen Gespräches mit den Vertretern der Europäischen Kommission war, dass McDavis (?) gesagt hat: So eine Kommission bei einem solchen Projekt gibt es in ganz Europa nicht. Wir laden Sie zu einem Besuch in Brüssel ein. - Und ich kann Ihnen sagen, dass es damals nicht üblich war, in Brüssel Besuche zu machen. Und wir haben mit den Wissenschaftlern und den Beamten der Europäischen Kommission einen Dialog gehabt. Ich kann Ihnen sagen, dass es so weit ging, dass meine Mitstreiter aus der Kommunalpolitik so fit waren, dass sie einen Beamten der Europäischen Kommission vorgeführt haben, weil der Leiter² nichts über Tritium-Verpressung wusste, was damals im Zusammenhang mit der Wiederaufbereitungsanlage durchaus eine Rolle spielte. Was ich damit sagen will, ist, dass wir uns fit gemacht hatten, um auch Sachfragen beurteilen zu können.

Zu diesem Komplex würde ich dann eine Bemerkung machen wollen, die mir - - Ja, ich kann sie hier nicht auslassen. Ich habe ja nun erlebt, dass von 1990 bis 2003 in Niedersachsen und von 1998 bis 2005 Rot-Grün in den unterschiedlichsten Varianten Verantwortung hatte, SPD-Minister, grüne Minister zuständig waren für die Anlagen in Gorleben. Ich habe nicht festgestellt, dass irgendjemand versucht hat, die Anlagen abzuschalten, abzustellen oder irgendetwas Ähnliches. Im Gegenteil: Es hat sogar den Versuch eines Rechtsbruches gegeben, der zu einer Verurteilung der Landesregierung Schröder geführt hat.

Ich könnte - - Ich will jetzt darauf verzichten, vorzulesen, was im Ausstiegsvertrag steht. Ich denke, das wissen die Damen und Herren hier in dieser Runde sehr gut. Vielleicht nur - manche haben das vergessen, die den Vertrag gemacht haben -, nämlich: Die Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben wird ja durch die Unterschriften von Herrn Trittin und Herrn Schröder bestätigt.

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „weil der Leiter“, setze „weil der leider“, Anlage 1

Man muss den Ausstiegsvertrag nur richtig lesen.

(Sebastian Edathy (SPD): Stimmt!)

Man darf diese Teile nicht vergessen:

Die Ausdehnung des für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen vorgesehenen Älteren Stein-salzes hat sich im Rahmen der Erkundung des Erkundungsbereich 1 ... als größer erwiesen, als ursprünglich angenommen. ...

Die analytisch bestimmten Hebungsraten des Salzstockes lassen erwarten, dass im Hinblick auf mögliche Hebungen auch in sehr langen Zeithorizonten (größenordnungsmäßig 1 Mio. Jahre) nicht mit hierdurch verursachten Gefährdungen zu rechnen ist.

Im Übrigen will ich nur sagen: Manches, was kritisiert wird heute, was ich lese, höre, finde ich eigentlich von meiner Arbeit, von unserer Arbeit in den Vorschlägen des AkEnd wieder.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Sache, die bis dahin geht, dass die Frage von Ausgleichszahlungen im AkEnd eine Rolle gespielt hat.

Es gibt ein Mitglied auch dieser Runde - - Ich kann nur sagen - - das Protokoll - - Ausschusssitzung, 9. Sitzung, 24. März, hier in diesem Hause - -

(Sebastian Edathy (SPD): Bitte?)

heißt es: Man wisse aber, dass die Auswahl eines Endlagers kein rein technisch-wissenschaftliches, sondern auch ein soziales Problem sei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lieber Herr Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Frau Vorsitzende, könnten Sie bitte klären, aus welcher Unterlage der Zeuge gerade zitiert? Aus einer Ausschusssitzung?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es kann keine Ausschusssitzung gewesen sein, weil es da den Ausschuss noch gar nicht gab. - Aus welchem Protokoll zitieren Sie bitte?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich hab hier einen „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das ist ja auch in Ordnung. - Gut.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: 24. März 2010.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist natürlich nicht das Protokoll!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Man wisse aber, dass die Auswahl eines Endlagers kein rein technisch-wissenschaftliches, sondern auch ein soziales Problem sei. - Und sehen Sie, ich lege großen Wert darauf, dass diese Frage - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt noch eine Frage. Moment bitte! Es gibt noch eine Frage zur - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten wir mal kurz klären, wie der Zeuge zu dem Protokoll gekommen ist? Die Protokolle sind nichtöffentlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Die Frage ist ja tatsächlich, wie Sie an dieses Protokoll gekommen sind. - Der Zeuge Grill ist ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Protokolle sind nicht eingestuft.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber 2010!)

- Ja, 2010. Ich habe ja gesagt: ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages. - Die Protokolle sind nicht eingestuft. - Können Sie uns sagen, wie dieses Protokoll in Ihren Besitz gelangt ist? - Aber es ist nicht verboten.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe das Protokoll bekommen. Ich kann nicht mehr sagen, vom wem.

(Lachen bei der SPD, bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich mal klären lassen, ob das irgendwie rechtswidrig ist, Protokolle von Ausschusssitzungen zu empfangen?

(Sebastian Edathy (SPD): Das ist eine Rechtsfrage!)

Also, das wäre übrigens für mich auch ganz hilfreich, weil ich bisher davon ausgegangen bin, Ausschussprotokolle könne man selbstverständlich - die sind ja nicht eingestuft - weitergeben oder zum Gegenstand öffentlicher Beratungen machen. - Kann man das mal klären lassen? Kann unser Ausschusssekretariat dazu was sagen?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung! Das ist falsch!)

Was sollte dagegensprechen, sich Ausschussprotokolle zu besorgen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Das Ausschusssekretariat wird das jetzt klären.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich trotzdem noch mal was - -)

- Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht ja nicht um die Frage, ob das jetzt ein Verbrechen ist; es geht um die Frage - -

(Zuruf: Doch!)

- Nein. Ich habe gebeten, zu klären, woher er es hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. - Das hat der Zeuge beantwortet.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, hat er nicht beantwortet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, er hat gesagt, er weiß nicht, woher er es hat.

(Sebastian Edathy (SPD): Er kann sich ansonsten an vieles gut erinnern!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das!

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, wir gucken jetzt noch mal in unsere Geschäftsordnung bezüglich des Umgangs mit Protokollen aus Ausschusssitzungen, und Sie fahren bitte fort.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich wollte -- will damit auch deutlich machen, dass genau diese Frage „technisch-wissenschaftlich“ und „soziale Komponente“ -- die beiden Elemente der Auseinandersetzung auch 1976/77 gewesen sind und dass sich an dieser Frage eigentlich auch nichts geändert hat.

Ich will dann in diesem Zusammenhang, weil es mir ja darum ging, dass wir eine ganze Reihe von Arbeiten gemacht haben über die Gorleben-Kommission - die versucht ja Information der Kommunalpolitiker -- Und ich sage Ihnen noch mal etwas zur Zusammensetzung dieser Gorleben-Kommission: Die beiden Standortgemeinden, die Sie so nicht sehen, aber damals eine Rolle gespielt haben, die nämlich am nächsten dran waren - das ist die Gemeinde Trebel und die Gemeinde Gorleben -, die hatten je vier Vertreter in der Gorleben-Kommission. Und die Kreistagsfraktionen waren entsprechend ihrer Stärke vertreten, genauso wie aus den Samtgemeinden des Landkreises Lüchow-Dannenberg, die damals noch fünf an der Zahl waren -- Vertreter in die Gorleben-Kommission entsandt haben.

Es gab damals eine Diskussion über die Frage, wie wir mit unseren Sitzungen umgehen. Es gab keinen Streit darüber, dass der Vorsitzende jeweils einen Bericht in die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* schrieb über die Sitzung. Wir haben uns das dann irgendwann - sehr einvernehmlich; hat es keinen Streit gegeben - in dem Sinne erspart, indem wir mit der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* verabredet haben, dass ein Redakteur an diesen Sitzungen teilnimmt, und regelmäßig in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* über die Sitzung der Gorleben-Kommission berichtet wurde.

Und es ist eben so, dass in dieser Gorleben-Kommission Wissenschaftler, Beamte, Minister Rede und Antwort gestanden haben.

Ich will das mal an einem Beispiel besonders deutlich machen. Es gibt einen Professor Herrmann, der 1977/78 mit der These antrat: Wenn man in den Salzstock, in das Salz entsprechend wärmeentwickelnden Abfall legt, dann könnte sich der Salzstock heben; er könnte reißen. - Dieser Professor Herrmann hat dann, weil die BGR uns gesagt

hat, wir müssen dieser Frage nachgehen -- Dann haben wir gesagt: Okay. Landesregierung, tu etwas dafür, dass der Professor Herrmann diese Dinge untersuchen kann. - Er hat dafür ein Labor in der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld bekommen und eine Professur, um seinen Fragen nachzugehen.

Er ist verschiedene Male in der Gorleben-Kommission gewesen, und er ist einer von denjenigen, die uns im Übrigen eine relativ große Sicherheit in der Beurteilung der Fragen von Gas- und Laugenvorkommen im Salzstock gegeben haben; denn es ist hier sicherlich auch eine Frage der Menge oder was auch immer. Aber das, was entscheidend ist, ist das Alter dieser Laugen- und Gasvorkommen, und da reden wir über Millionen Jahre und nicht über kurzfristige Veranstaltungen.

Unterm Strich ist das Ziel meiner Arbeit immer gewesen, die Probleme der Menschen zu lösen. Das sind übrigens zum Teil ganz banale Probleme gewesen. Es gab in den ersten Jahren in Lüchow-Dannenberg eine ganze Reihe von Schmierereien an Häusern, die für die Betroffenen zu erheblichen finanziellen Belastungen geführt haben. Und dann haben wir halt auch mit der Landesregierung und der Bundesregierung über einen Fonds geredet, damit Leute ihre Häuser wieder in Ordnung bringen konnten.

Ich will das mal bewusst an so einer kleinen kommunalpolitischen Sache aufhängen, damit klar ist: Das eine ist die große technisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung über Wiederaufarbeitung, Salzstöcke, direkte Endlagerung, was auch immer, und das andere ist die Frage von Betroffenheiten der Menschen vor Ort, mit der man umgehen muss und die letztendlich für den Einzelnen mindestens so wichtig ist wie das große Ganze für die Republik, für die Bundesregierung oder Landesregierung, wen auch immer.

Ich will am Schluss nur sagen: Die Mehrheit aus CDU und SPD im Samtgemeinderat in Gartow, die übrigens gewachsen ist und nicht geschrumpft ist, hat nach wie vor - die Briefe sind ja geschrieben - die Forderung, dass der Salzstock Gorleben zu Ende untersucht wird, um Gewissheit über die Frage der Eignung oder Nichteignung zu haben. Und ich habe die herzliche Bitte an diesen Ausschuss, dass er alles dafür tut, dass die Ungewissheit für die Menschen im Sinne der Klärung der noch anstehenden Fragen be-

endet wird; denn die Menschen in der Samtgemeinde Gartow haben einen Anspruch auf eine Antwort, die nicht in einer politischen Entscheidung besteht, sondern in einer technisch-wissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen Bewertung dessen, was der Salzstock Gorleben darstellt oder nicht darstellt.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Grill. - Der letzte Appell ist sicherlich, an diesen Ausschuss gerichtet, nicht ganz zielorientiert, alldieweil dieser Ausschuss sich tatsächlich beschäftigt mit der Aufarbeitung der Vergangenheit und keinesfalls mit der Gestaltung der Zukunft, wenn ich das noch mal sagen darf. Da ist sicherlich der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages der richtigere Adressat.

Ich darf zitieren aus Anhang 2 unserer Geschäftsordnung, der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Dort ist vermerkt unter I.:

Protokolle nichtöffentlicher Sitzungen der Ausschüsse, die keine VS sind, darf in den der Verwaltung des Bundestages unterstehenden Räumen einsehen, wer ein berechtigtes Interesse nachweist.

Das sind Maßgaben, die ganz sicher für den Bundestag gelten, weil es ja auch die Geschäftsordnung des Bundestages ist, aber in der Geltung sicherlich nicht die Anwendung finden auf Dritte. Herr Grill ist in diesem Zusammenhang Dritter, und ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht an der einen oder anderen Stelle daran erinnern, dass Zitate aus Ausschüssen immer wieder zum Beispiel in der Presse aufgefunden werden können, ohne dass da tatsächlich eruiert werden kann, wie denn diese Zitate den Weg in die Presse gefunden haben.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann man die Leute fragen!)

Und auch der Zeuge Grill hat uns ja gerade auf eine konkrete Frage eine konkrete Antwort gegeben.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war keine konkrete Antwort!)

- Die war sehr konkret.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Schämen Sie sich jetzt Ihrer Aussage, oder wie? Das ist doch die Frage! - Gegenruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt noch nicht das Recht zur öffentlichen Zitierung im Untersuchungsausschuss!)

- Liebe Frau Steiner, das nehmen wir jetzt mal einfach so zur Kenntnis. - Frau Vogt.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ute Vogt (SPD): Ich glaube, dass man ja angesichts Ihrer - -

(Zuruf von der CDU/CSU)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hier redet immer nur einer, und immer hintereinander. Das wäre sehr, sehr gut.

Ute Vogt (SPD): Also, angesichts Ihrer Ausführungen und wenn ich das richtig sehe, dann ist es tatsächlich so, dass die - -

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Nein, es geht ja den Zeugen unmittelbar an. Der Zeuge besitzt ein Dokument, das er zwar gegebenenfalls hätte einsehen dürfen, wenn er ein berechtigtes Interesse hat, das ihm aber nicht hätte ausgehändigt werden dürfen. Und deshalb geht es schon darum, dass wir wissen, woher er es hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diese Frage vertiefen wollen, was wir selbstverständlich jederzeit tun können, würden wir das im Rahmen einer Beratungssitzung machen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir brauchen den Zeugen dazu!)

- Möchten Sie gerne diese Fragestellung jetzt vertiefen, oder möchten wir das auf sich beruhen lassen? - Von mir aus können wir es auf sich beruhen lassen. Dann würde ich jetzt weiter fortfahren in der Befragung des Zeugen. Wenn Sie diese Fragestellung vertiefen wollen, würde ich die Sitzung unterbrechen.

(Sebastian Edathy (SPD): Das ist keine souveräne Sitzungsleitung, Frau Vorsitzende! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir brauchen doch den Zeugen dazu!)

Vielen Dank. - Dann würde ich jetzt fortfahren in der Befragung des Zeugen.

Herr Zeuge, Sie haben uns Ihren politischen Werdegang dargestellt und haben dabei ausgeführt, dass Sie seit 1974 Mitglied des Niedersächsischen Landtages sind. Wir hatten vor wenigen Sitzungen, am 27.01., den ehemaligen Sozialminister des Landes Niedersachsen, Herrn Schnipkoweit, hier als Zeugen, und ich habe ihn befragt nach einer Sitzung oder einem Gespräch am 11. November 1976. Das war ein Gespräch zwischen drei Ministern der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung. Einen entsprechenden Vermerk vom 15. November 1976 findet man unter MAT A 64, Band 17, Paginierung 094224 bis 094231.

Bezüglich dieses Gespräches habe ich ihn gefragt, wie es denn kommen könne, dass drei Bundesminister in Niedersachsen nachsuchen nach der Benennung eines Standortes und zudem noch in erstaunlich kurzer Zeit. Der Zeuge hat uns gesagt, innerhalb einer Woche habe eine Entscheidung herbeigeführt werden müssen. Ich habe ihn gefragt: Wie kann das denn eigentlich sein? Er hat darauf hingewiesen ausweislich des Protokolls der 31. Sitzung auf der Seite 26, links unten, das wisse er auch nicht so genau, es habe dann wohl Vorgespräche zwischen der Regierung Kubel, also der Vorgängerregierung, und der damaligen Bundesregierung Schmidt gegeben. Können Sie aus Ihrer Kenntnis als Landtagsabgeordneter, der ja schon während der Regierung Kubel das Mandat innehatte, sagen, ob es da solche Vorgespräche gegeben hat? Waren Sie da möglicherweise involviert, informiert? Was können Sie uns dazu sagen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, die Beschäftigung mit diesem Projekt hat eigentlich erst mit dem Regierungswechsel 1976 angefangen, aber dann auch relativ rasch; denn es war klar, dass dieses Problem auf uns zukommen würde. Das, was ich erinnern kann über dieses Gespräch, sind zwei Dinge, über das hinaus, was ich schon angesprochen habe: Das eine ist, dass mein damaliger Fraktionsvorsitzender, Bruno Brandes, aber ich sage mal, auch Herr Hedergott von der FDP und der Bernhard Kreibohm von der SPD, der an dieser Sitzung auch teilgenommen hat, mir eigentlich

übereinstimmend gesagt haben, dass es fast zu einem Eklat, einem Rausschmiss der drei Bundesminister gekommen wäre.

Hintergrund ist diese Forderung, innerhalb von - ich lasse das jetzt mal stehen, ob das eine Woche oder 14 Tage sind; das ist für mich in der Dimension kein großer Unterschied - - dass man gesagt hat, wir fordern die sofortige Entscheidung der Landesregierung und - das, was entscheidend ist - die Einlösung der Zusage des Ministerpräsidenten Kubel, einen Standort in Niedersachsen zu benennen. Und ich hatte das Vergnügen, vor etwa zwei Jahren nach einer Abendveranstaltung hier in Berlin mit dem Bundeswirtschaftsminister dieser Zeit, nämlich Hans Friderichs, zu sprechen. In diesem Gespräch habe ich ihn gefragt, ob meine Information über den Ablauf dieser Sitzung mit dem Kabinett Albrecht richtig sei, und er hat mir das bestätigt. Das heißt, es gibt ja außer Herrn Schnipkoweit durchaus Menschen, Minister, die an diesem Kabinettsgespräch teilgenommen haben. Ich kann nur nach bestem Wissen und Gewissen sagen, dass es ein solches Gespräch mit diesem Ablauf gegeben hat und dass es fast zum Rausschmiss dieser drei Minister geführt hätte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde jetzt von Ihnen eigentlich gerne wissen, ob Sie Kenntnisse haben über Vorgänge vor diesem Gespräch, nämlich eben nicht zur Zeit der Minderheitenregierung Albrecht, sondern eben davor, weil eben der Minister Schnipkoweit hier dem Ausschuss gesagt hat, dass es Gespräche gegeben haben müsse, die dazu geführt hätten, dass eben drei Bundesminister tatsächlich nach Hannover reisen, um dort die Benennung eines Standorts einzufordern. Und Sie haben gerade ja auch gesagt, es habe ein Versprechen von Herrn Kubel gegeben. Können Sie das weiter ausführen? Haben Sie dazu weitere Informationen, die das vielleicht belegen würden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe darüber in dem Sinne vom Faktischen her weder schriftlich noch mündlich mehr Informationen als das, was ich hier vorgetragen habe. Das Einzige, was ich, sagen wir mal, über meinen Kollegen Walter Remmers wusste, war, dass ja zu der Zeit bereits im Salzstock Wahn, also im Wahlkreis von Walter Remmers, Untersuchungen gelaufen sind. Die konnten nach Lage der Dinge nicht

ohne Zustimmung der niedersächsischen Landesregierung laufen. Also gibt es eine Conclusio, dass man sagen kann: Ohne die Landesregierung wird ja keine Bundesregierung, egal welcher Färbung, eine Salzstockuntersuchung einleiten mit dem Ziel eines nuklearen Entsorgungszentrums.

Und das Problem am Standort Wahn war ja, zu behaupten, man suche nach Gas, und in Wahrheit hat man nach einem Salzstock gesucht, was für die Vertrauensbildung nicht gerade sehr hilfreich war. Aber mehr kann ich dazu dann auch nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sind Sie einbezogen gewesen als Kreistagsabgeordneter, später, ab 76, aber eben auch als Landtagsabgeordneter ab 74 bezüglich beider Regierungen, Kubel wie Albrecht, in solche Voruntersuchungen für das nukleare Entsorgungszentrum? Sind Sie gefragt worden? Sind Sie zumindest informiert worden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, von 74 bis 76, bis zum Regierungswechsel, hat es darüber an den Landtag, an die Ausschüsse keine Informationen gegeben, wobei man wissen muss, dass zum Beispiel der Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages erst auch auf mein Betreiben hin nach dem Auftauchen des Projektes gegründet worden ist. Bis dahin gab es einen Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages nicht. Und erst dann sind im Grunde genommen in den Gremien Informationen gelaufen. Vorher gab es durch die Regierung Kubel, soweit ich das erinnern kann, keine Informationen in den Gremien des Niedersächsischen Landtages. Und als örtlicher Abgeordneter von Lüchow-Dannenberg hatte ich nun wirklich mit der Frage einer Untersuchung im Emsland relativ wenig zu tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist ja bei dem eben genannten Gespräch zwischen den Ministern der Bundesregierung und der Landesregierung ausweislich des Vermerks, den ich eben zitiert hatte, zu folgender Situation gekommen - ich zitiere jetzt aus dem Inhalt:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gespräches eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der

Niedersachsen sehr interessiert erschien.

Auch nach der Befragung des Zeugen Schnipkoweit in der Sitzung am 27.01. scheint es sich dabei tatsächlich um den Standort Gorleben zu handeln. War Ihnen diese Positionierung, diese mögliche Positionierung der Landesregierung bezüglich des Standortes Gorleben zu diesem Zeitpunkt - 1976, Gespräch mit den Ministern - bekannt? Wann sind Sie und wie darüber informiert worden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Es gab für mich eine Information einer möglichen Einbeziehung des in der Vorschlagsliste sozusagen - - Vielleicht darf ich noch mal sagen: Die Geschichte des Salzes ist ja etwa 1963 schon veröffentlicht worden. Es gibt einen interessanten Artikel in der *Elbe-Jeetzelt-Zeitung* von 1963, dass die Wissenschaftler sich für Salz entschieden haben. Das hat damals niemand in Lüchow-Dannenberg wirklich auf den Salzstock in Gorleben bezogen, definitiv nicht.

Es ist dann immer von einer Liste die Rede gewesen, in der die fünf besten Standorte sozusagen dokumentiert waren, und zu denen gehörte auch Gorleben. Und ich kann mich an ein Gespräch erinnern mit Herrn Stuhr, der mich darüber in Kenntnis gesetzt hat, dass es eine solche Möglichkeit gibt und dass man das möglicherweise mit ins Auge fasst.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ist aus Ihrer Erinnerung heraus diese Wahl oder diese Fokussierung auf den Standort Gorleben aktiv betrieben worden von der niedersächsischen Landesregierung oder möglicherweise auch der Bundesregierung, und wenn ja, warum?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, es gibt eine Fokussierung in dem Sinne zu diesem Zeitpunkt nicht, sondern man hat die Auswahl breiter gemacht. Und der für mich erinnerliche Hinweis und Grund war der, dass Gorleben von der damals obertägigen qualitativen Beurteilung - - Die Kenntnisse stammen ja zum Teil aus den Zeiten, in denen man nach Erdgas und Erdöl gesucht hat. Also, es gibt ja geologische Informationen, die in der Versenkung - - sozusagen in den Akten von Landesamt für Bodenforschung und Bundesanstalt für Geowissenschaften

und Rohstoffe gesammelt sind, die aber öffentlich wenig interessieren. Und in dem Zusammenhang hat es dann auch den Hinweis gegeben, dass man Gorleben in diese Frage mit einbeziehe.

Ich will im Übrigen gar nicht ausschließen, das ist mir gestern Abend noch mal so bewusst geworden in einem anderen Zusammenhang - - Ich habe 1974 meinen ersten Wahlkampf gegen einen sogenannten Lüchow-Plan der SPD-Landesregierung geführt. In diesem Lüchow-Plan von der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft, NILEG, war das Entwicklungsziel für Lüchow-Dannenberg angegeben mit durchschnittlichen Hofgrößen von 50 Hektar - Klammer auf: Wir sind jetzt bei 150; Klammer zu - und „Urlaub auf dem Bauernhof“. Das war das Entwicklungsziel. Und auf der letzten Seite dieses Lüchow-Plans steht drin: Eigentlich braucht der Landkreis Lüchow-Dannenberg 3 000 industrielle Arbeitsplätze. Wenn Sie sich die Zahl der diskutierten Arbeitsplätze mit dem nuklearen Entsorgungszentrum mal angucken, dann ist das exakt diese 3 000 gewesen. Ich kann nicht beurteilen, ob man damals schon gewusst hat, dass so etwas kommt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich halte Ihnen vor eine Pressemitteilung der Deutschen Presseagentur vom 11. September 1978; das ist MAT A 102/1, Band 152, Paginierung 209. Ich darf daraus zitieren:

Die Sorge, dass die Bundesregierung das Land Niedersachsen zur „Atommülldeponie der Nation um jeden Preis“ machen könnte, ohne die erforderlichen Überprüfungen abzuwarten, hat der Vorsitzende des Arbeitskreises Umweltschutz der CDU-Landtagsfraktion, Kurt-Dieter Grill, zum Ausdruck gebracht.

Und weiter unten:

Auch nach der Auffassung des Arbeitskreises dürfte mit den Tiefbohrungen erst begonnen werden, wenn alle Gutachten auch kritischer Stimmen vorlägen. Wenn der Bund diese Stimmen nicht hören wolle und jetzt schon Vorentscheidungen fordere, missachte er das von Niedersachsen stets vertretene Prinzip, wonach die Sicherheit der Bürger Vorrang vor allen anderen Argumenten haben müsse.

Wie kamen Sie zu dieser Befürchtung?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist eigentlich ganz einfach. Die Landesregierung - - Das korrespondiert ja sozusagen mit meiner Bemerkung. Wir reden hier nicht über ein Projekt der CDU-Landesregierung Niedersachsen oder der Regierung Albrecht, sondern wir reden über ein Projekt der Entsorgung, der Kernenergiepolitik der sozialliberalen Koalition der 70er-Jahre unter Führung von Helmut Schmidt. Und es war damals so, dass man im Grunde genommen eine Standortentscheidung haben wollte, und wir - und ich sage „wir“ im Sinne von Gesprächen sowohl in der Fraktionsführung wie aber auch mit der Regierung, mit Ernst Albrecht und auch mit den Leuten vor Ort - haben Wert darauf gelegt, dass die Frage, ob es geht, erst dann entschieden wird, wenn wir Prüfungen gemacht haben. Es gibt ja eine ganze Reihe von Fragen, die man erörtern muss. Und deswegen ist ja die eigentliche Entscheidung, die Ernst Albrecht für die Landesregierung vorgetragen hat, mit der Regierungserklärung 79 angeklungen.

Die Frage einer sozialen und auch technisch-wissenschaftlichen Betrachtung ist ja eines der wesentlichen Elemente gewesen, mit denen sich insbesondere auch der Ministerpräsident auseinandergesetzt hat. Und man darf ja nicht vergessen; auch das will ich sagen, damit das - - Ich habe irgendwo mal jetzt in den letzten Tagen gehört, dass jemand was gesagt hat zur Frage, ich sage mal, Überwachung oder so was - - dass es immer wieder solche Hinweise gibt, dass also die Bürgerinitiative oder wer auch immer überwacht worden ist. Ich kann Ihnen nur versichern - Sie können in die Akten der Geheimdienste und anderer Leute gucken, auch bei der damaligen Bundesregierung -: Lüchow-Dannenberg war durchaus ein Rückzugsraum der RAF.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! - Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie können darüber gerne lachen. Das ist ein ziemlich ernstes Thema.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist jetzt auch nicht wirklich Gegenstand dieses Ausschusses.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Aber, Entschuldigung, Frau Vorsitzende, darf ich mal sagen: Der Punkt, warum Ernst Albrecht nicht nur technisch-wissenschaftlich entschieden

hat, sondern auch sozialpolitisch, wenn Sie so wollen, ist eine Vorstellung gewesen, die die Innenpolitik betroffen hat. Er war gerade im Amt 1976, als der Bauzaun in Grohnde gestürmt werden sollte und die Frage anstand, ob man oder ob man nicht von Schusswaffen Gebrauch macht. An diese Situation, diese Bilder kann sich heute ja niemand mehr erinnern.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das glauben
auch nur Sie!)

Sie ist aber entscheidend für die Gesamtsituation, für das Gesamtbild des Jahres 1976, und ich habe überhaupt keine Schwierigkeit, hier deutlich zu machen, dass Ernst Albrecht eine Sorge hatte über die Art und Weise, wie damals demonstriert werden könnte, und die Frage, wie man einer solchen Demonstration und Auseinandersetzung innenpolitisch Herr werden könnte. Und wer seine Regierungserklärung liest, der wird sehen, dass er einerseits gesagt hat: „Das Ding ist zu groß dimensioniert. Hätte es nicht ein bisschen kleiner sein können?“ - ich verkürze das jetzt bewusst; wir haben damals immerhin über 55 000 Megawatt Kernkraft gesprochen, Planung der Regierung Schmidt -, und dass der andere Teil war - und darauf bezieht sich seine politisch nicht durchsetzbare Aussage -, dass er vor der innenpolitischen Auseinandersetzung einen gehörigen Respekt, um es nicht anders auszudrücken, hatte.

Und diese Frage habe ich immer geteilt und bin der Meinung gewesen, dass es korrekt ist, wenn ein Ministerpräsident sich nicht nur mit Technik und Wissenschaft, sondern auch mit den sozialen Fragen eines solchen Projektes beschäftigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich komme noch mal zurück auf diese Pressemitteilung und auf die Äußerung von Ihnen in diesem Zusammenhang, eben die Sorge, Niedersachsen solle zur Atommülldeponie der Nation um jeden Preis werden, ohne die erforderlichen Prüfungen abzuwarten. An welche erforderlichen Prüfungen haben Sie in diesem Zusammenhang denn 1978 gedacht?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Es war damals im Gespräch ein Riesengutachten, was es in dieser Form auch noch nicht gegeben hatte, nämlich ein gesamtökologisches Gutachten

für das nukleare Entsorgungszentrum für den Standort Lüchow-Dannenberg. Der Auftrag wurde erteilt an das Unternehmen Planco-Biesig(?). Dieses Unternehmen Planco-Biesig(?) erwies sich ein oder zwei Jahre später als nicht fähig, diese Aufgabe zu übernehmen. Das hat dazu geführt, dass eines Tages in der Gorleben-Kommission der Professor Glubrecht auftauchte, weil Albrecht ihn beauftragt hatte, dafür sorgen, dass es ein solches gesamtökologisches Gutachten für eine solche Geschichte gäbe.

Und die Frage des Machens und die Frage der Vorbereitungen von Prüfungen ist, glaube ich, wenn man sich mal die zeitliche Dimension auch dann bis heute anguckt, die sicherlich damals so nicht zur Debatte stand - - Aber im Nachhinein rechtfertigt das allemal diese Bemerkungen: Lasst uns doch erst mal ein paar Fragen klären, bevor wir losgehen. Und das ist der Unterschied gewesen, der sich von der Kabinettsitzung bis später eigentlich durchzieht: Die Landesregierung wollte Dinge prüfen, die Bundesregierung wollte Entscheidungen haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie uns noch mal über die Gründung der Gorleben-Kommission sprechen und dann eben auch über die Frage, inwiefern denn die Bevölkerung einbezogen worden ist in Entscheidungen der Bundesregierung oder eben möglicherweise Prüfungen durch die Landesregierung. Ich zitiere da aus Anselm Tiggemann: *Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland: Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955 bis 1985*, Europaforum-Verlag 2004, auf der Seite 452. Da kann ich nachlesen:

Schließlich wurde durch den Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill (CDU), der auch Kreistagsabgeordneter war, am 11. August 1977 im Kreistag ein Resolutionsentwurf eingebracht, der einstimmig mit einer Stimmenthaltung angenommen wurde. Hierin wurde insbesondere eine mangelnde Information durch Landes- und Bundesregierung beklagt, eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund, Land, Kreis und Gemeinden und eine konkrete Information der Bevölkerung durch Landes- und Bundesregierung gefordert.

Können Sie mir sagen, wie denn überhaupt die Informationspolitik zu dem Zeitpunkt letztendlich aussah, welche Informationsstränge denn die Bundesregierung damals möglicherweise genutzt hat oder auch die Landesregierung? Sie haben eben das eine oder andere anklingen lassen, aber ich würde es gerne noch mal auf den Punkt haben.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Wenn ich das beschreiben sollte vom Anfang her, würde ich jetzt einen unparlamentarischen Ausdruck verwenden müssen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie sind ja kein Parlamentarier mehr.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Na ja, aber die Erziehung wirkt nach.

(Heiterkeit)

Es war eine Katastrophe, und es ist eben wirklich so gewesen, dass die Tatsache, dass ich zur Verbesserung der Beziehungen des Landkreises Lüchow-Dannenberg in seiner wirtschaftlichen Entwicklung den Ministerpräsidenten, nein, den damaligen wirtschaftspolitischen Sprecher Ernst Albrechts zur Jagd bei Bernstorff eingeladen habe, dazu geführt hat, dass Bernstorff anschließend, nach dem Regierungswechsel öfter bei Ernst Albrecht war und über Gorleben gesprochen hat als ich.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine nachhaltige Kränkung! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Das hat nur einen Nachteil: Darüber hat Herr von Bernstorff niemanden informiert. Und er hat auch Frau Fritzen mitgenommen, und Frau Fritzen hat auch niemanden informiert. Das waren nichtöffentliche Gespräche.

Nur damit Sie mich nicht missverstehen: Mir tut das - - Im Zusammenhang mit dem jetzigen gesundheitlichen Zustand meines Ministerpräsidenten, Ex-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht fällt es mir nicht leicht, das zu sagen, aber es ist das, was dazu geführt hat, dass ich zusammen mit anderen, mit meinem Fraktionsvorsitzenden gesagt habe: Wir nehmen es nicht länger hin, dass Herr von Bernstorff und Frau Fritzen zum Ministerpräsidenten fahren, und wir stehen daneben. Denn die Entscheidungen, die auch die Landesregierung von uns erwartete - das heißt,

die Fragen wurden ja vorgelegt: Was sagt der Kreistag Lüchow-Dannenberg dazu? Was sagen die Standortgemeinden dazu? -, die mussten ja vorbereitet werden. Und dies hat 1978 dann dazu geführt, im Kreistag Lüchow-Dannenberg einen Antrag einzubringen, in dem eine Informationskommission für die Kommunalpolitik gefordert wurde. Und wir haben diesen Beschluss - Sie haben das zitiert - einstimmig gefasst, fast einstimmig, und dann bin ich damit zu Ernst Albrecht gefahren und habe gesagt: Das sind unsere Forderungen.

Er hat zugestimmt, und dann haben wir zusammen mit dem Sozialministerium, das damals zuständig war, über die, ich sage mal, Randbedingungen einer solchen Kommission gesprochen. Das fängt ja bei der Banalität an: Wer bezahlt das? Das hört auf bei der Banalität: Wer leitet die Sitzungen? Wer lädt ein? Macht das die Landesregierung, oder macht das der Kreistag selber? Und da die Frage des Bedarfs von Informationen ja eine Frage war vor Ort und nicht eine Frage, die in Hannover entschieden werden sollte, haben wir nach einem kurzen Versuch, das mit der Landesregierung zu machen, einvernehmlich entschieden, dass der Kreistag den Vorsitz übernimmt. Das war zunächst mal der Oberkreisdirektor, der dann aber sehr schnell merkte, dass sozusagen das Geschäft der täglichen Verwaltung ihm gar keine Zeit ließ, sich in dieser Gremienarbeit wirklich vollends zu engagieren. Und wir haben uns dann darauf verständigt, dass ich den Vorsitz übernommen habe.

Sie können in der Bundesrepublik Deutschland eine ganze Reihe von Wissenschaftlern und anderen Leuten fragen: Die Gorleben-Kommission war eine Institution, nicht, weil ich ihr Vorsitzender war, sondern weil in dieser Kommission jeder, der vortragen konnte, den wir hören wollten, ob kritisch oder hilfreich im Sinne von „Ich bin überzeugt davon, dass es so und so geht“ - vollkommen egal - - Wir haben über das Duphorn-Gutachten - - wir haben Professor Herrmann x-mal gehabt. Wir haben uns geöffnet, wir haben über unsere Sitzungen berichtet. Die Mitglieder der Gorleben-Kommission haben auch in den Samtgemeinderäten und im Kreistag berichtet.

Insofern war es der Versuch, Kommunalpolitiker in die Lage zu versetzen, über die Dinge, die sie betrafen, die vor ihrer Haustür gebaut werden sollten, klug zu machen und entscheidungsfähig zu machen. Dass am

Schluss - das gilt ja selbst für dieses Hohe Haus - wir immer sagen müssen, welchem der Wissenschaftler oder welcher der Aussagen wir Glauben schenken, ist eine, ich sage mal, in der Natur der Dinge von Politik und politischen Entscheidungen liegende Sache. Aber nach bestem Wissen und Gewissen, so viel Information wie möglich für die Kommunalpolitik.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben jetzt das Verhältnis der Gorleben-Kommission, auch das Entstehen der Gorleben-Kommission in Bezug auf die Landesregierung geschildert. Ich würde mich auch interessieren für das Verhältnis der Gorleben-Kommission zur Bundesregierung und möchte diesbezüglich zitieren, auch von *Anselm Tiggemann: „Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung“ in Peter Hocke, Armin Grunwald (Herausgeber), Berlin 2006, Seite 85 ff., und hier ganz genau Seite 101. Da zitiere ich:*

Die Unklarheit und die Gerüchtebildung um die „Gorleben-Entscheidung“ kann vor allem auf die mangelnde Transparenz des gesamten Auswahlverfahrens zurückgeführt werden. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie

- in Klammern: Bundesminister Hans Hermann Matthöfer, SPD -

war bis zum Januar 1976 von der angesichts des öffentlichen Interesses folgenschweren Fehleinschätzung ausgegangen, dass mit der Öffentlichkeitsarbeit für das „Nukleare Entsorgungszentrum“ erst begonnen werden sollte, wenn eine Standortentscheidung gefallen war.

Und so weiter. Und dann:

Dadurch wurde bei der Bevölkerung an den Standorten und den beteiligten Kommunalpolitikern ein hohes Maß an Misstrauen erzeugt.

Wie hat sich aus Ihrer Sicht - - Oder: Können Sie das bestätigen? War das aus Ihrer Erinnerung auch so, oder war es anders?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe ja vorhin eine Bemerkung gemacht, und dieses Zitat, das Sie vortragen, Frau Vorsitzende, ist ja eigentlich mehr ein Beleg dafür, dass meine Einschätzung richtig ist und meine

Aussage, dass wir hier nicht über eine Anlage reden und über ein Problem, das Ernst Albrecht und die CDU geschaffen haben, sondern das weit davor erfunden und geplant worden ist. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Es gab damals an diesen Standorten ja durchaus Diskussionen, aber die waren bei Weitem nicht von einer solchen Art, wie wir sie nachher am konkreten Standort Gorleben erlebt haben, die wir im Übrigen an jedem Standort, der genannt worden wäre, erlebt hätten. Wie auch immer, das ist vollkommen egal. Ich verweise nur mal auf 1996, als Frau Merkel ein Gutachten der BGR veröffentlicht hat mit vier Standorten. Da gibt es tapfere Erklärungen bis hin zum Abgeordneten Weis aus Stendal, der gesagt hat, Waddekath müsste nicht untersucht werden, Gorleben wäre geeignet.

Das ist ein Prozess, wo ich sage, wir haben damals sowohl der Bundesregierung wie der Landesregierung gesagt: Wenn wir überhaupt eine soziale, politische Akzeptanz erreichen wollen, dann kann es nur so gehen, dass wir Informationen liefern, und zwar nicht gefiltert und sortiert, sondern so weit wie möglich und machbar so, wie die Leute es einfordern. - Daraus ist gegründet worden die Informationsstelle des Bundes unter der Leitung meines Freundes Wilhelm Kulke und die Informationsstelle des Landes, was allein diese Frage beinhaltet „Antragsteller und Genehmigungsbehörde“, zunächst unter der Leitung von Professor Dr. Becker-Platen und später unter Hans Gerhardy.

Und hier ist es so, dass, wenn man auch mal die politische Situation des Landkreises Lüchow-Dannenberg in den 80er-Jahren, Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre, untersucht - das ist eine Schätzung von mir -, ich sage mal, irgendwas zwischen 4 000 und 6 000 Menschen in den Veranstaltungen waren, kerntechnische Anlagen besucht haben, besichtigt haben. Das heißt, wir haben mit der Hilfe auch des von Hans Matthöfer entwickelten „Bürgerdialogs Kernenergie“ eine Möglichkeit gehabt, die Kernenergie zum Anfassen für die Menschen zu machen.

(Sebastian Edathy (SPD): Das ist aber gefährlich!)

- Bewertungen über die Gefährlichkeit der Kernenergie an dieser Stelle will ich nicht vornehmen. - Es geht nur darum, dass die Leute eine Vorstellung bekommen konnten von dem, was Kernenergie heißt, was Wiederaufarbeitung heißt. Wir waren in

Karlsruhe in der Versuchsanlage, und wir sind noch 1984, unter anderem auch mit dem Wirtschaftsausschuss und dem Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages, nach La Hague gefahren - Joke Bruns, Oswald Hoch und andere, also ganz bunt gemischt - und haben uns das alles angeguckt, weil wir in die Lage versetzt werden wollten, mit den Leuten über das zu reden, wie es aussieht, und nicht über das, was manche Leute darüber erzählen. Und das hat auch funktioniert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte noch mal kritisch nachfragen bezüglich der Arbeit der Gorleben-Kommission. Wir hatten am 27.01. neben Herrn Schnipkoweit auch Frau Fritzen hier in diesem Ausschuss als Zeugin geladen, und Frau Fritzen hatte durchaus keine hohe Meinung von der Arbeit der Gorleben-Kommission, hat erklärt, es sei mehr oder weniger ein Closed Shop gewesen. Die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* sei zwar vor Ort gewesen, das hat sie gesagt, und sie hat auch von sich selber gesagt, wenn sie denn gewollt hätte, sei sie überall reingekommen, wo sie denn hätte reinkommen wollen, was ich ihr sofort geglaubt habe.

Aber es gibt auch zwei offene Briefe der GLU - Grüne Liste Umweltschutz -, die ich Ihnen vorhalten möchte, in diesem Zusammenhang an die Mitglieder der Gorleben-Kommission vom 26. Januar 1979 und vom 3. März 1979. Das ist unter MAT A 102, Band 1, Paginierung 000188, und MAT A 102, Band 1, Paginierung 000189. Und da wird vorgeworfen den Mitgliedern der Gorleben-Kommission - ich zitiere - das im Landkreis umgehende Gerücht, die Gorleben-Kommission sei ein Tabakskollegium auf Kosten des Steuerzahlers. Und weiter:

Obwohl sie eingerichtet ist, um die Öffentlichkeit zu informieren, bemüht sich die Gorleben-Kommission offensichtlich darum, Nachrichten zu unterdrücken und - wie jüngst durch ihren Vorsitzenden, Herrn Grill - Falschmeldungen auszustreuen!

Entspricht diese Anschuldigung der Wahrheit, bzw. wie sind Sie mit diesen Anschuldigungen umgegangen? Wie haben Sie über das Gremium, das dort zusammensaß - - Ich habe verstanden: gewählte Vertreter der kommunalen Vertretungen. Wie sind Sie darüber hinaus sozusagen in die Öffentlich-

keit gegangen? Wie haben Sie die Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit, Anwohner insbesondere, sichergestellt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich kann das eigentlich nur wiederholen: Wir haben in der Gorleben-Kommission über die Frage „Veröffentlichung unserer Beratungen“ diskutiert. Das Ergebnis war, dass der Vorsitzende, also ich, anschließend zur *Elbe-Jeetzel-Zeitung* gegangen ist und über die wesentlichen Inhalte des Verlaufes berichtet hat oder sich hingeworfen hat und geschrieben hat. Nun brauche ich, glaube ich, hier niemandem in diesem Raum zu erklären, was das bedeutet, wenn man so eine Sitzung zum Teil von drei, vier, fünf Stunden leitet, den nächsten Termin im Wahlkreis hat, noch zwischendurch mal eben dann einen Pressebericht über die Sitzung der Gorleben-Kommission zu schreiben, der dann auch noch nicht in das Problem führt, dass der eine oder andere, ob von den eigenen Parteifreunden oder von der SPD, die ja da war, später dann auch die UWG, in der Gorleben-Kommission gesessen hat. Ich darf das mal so formulieren: Mein Freund Jörg Janning war ein sehr kritischer Beobachter dieser ganzen Geschichte, sodass wir dann, ich sage mal, immer unsere Arbeit offengelegt haben in den Gremien. Die Leute waren ja nicht für sich als Person benannt in der Gorleben-Kommission, sondern sie waren Vertreter ihrer Gremien, und sie hatten in ihren Gremien zu berichten. Das ist die Arbeit gewesen.

Dass man heute ein anderes Verständnis von Öffentlichkeit hat, kann ich ja nachvollziehen, aber zu der Zeit war die Arbeit in kommunalen Gremien, die ja dann auch in Form von Sitzungen wieder öffentlich war - - Es ist sozusagen mir noch nicht ersichtlich geworden, wo wir ein - was haben Sie gesagt? - Closed Shop oder so was da gewesen sind. Waren wir nicht. Wir waren es nicht. Wir sind eine offene Veranstaltung gewesen.

Und da diese Berichterstattung durch den Vorsitzenden halt auch mit der Zunahme von Sitzungen und der Komplexität des Themas für mich auch eine Belastung war, haben wir dann eines Tages gesagt - die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* wollte das am Anfang nicht, wenn ich es richtig entsinne -: Liebe *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, wir bieten euch an, damit wir das Verfahren vereinfachen und nicht da noch irgendjemand jetzt wie ich schreiben muss, nehmt an den Sitzungen teil und berichtet

darüber. - Und der Redakteur Corth ist dann praktisch, wenn Sie so wollen, aus der Sicht von heute gesehen, ständiges Mitglied der Gorleben-Kommission gewesen. Das heißt, er war der Journalist, der fast an allen Sitzungen teilgenommen hat und darüber berichtet hat. In dem Augenblick war die Gorleben-Kommission eh keine geschlossene Veranstaltung mehr. Also, wenn sie es denn jemals gewesen ist, ab dem Zeitpunkt schon überhaupt nicht mehr. Und Herr Corth hat weiß Gott nicht danach gefragt: „Herr Grill, was darf ich denn berichten?“, sondern er hat geschrieben, was er schreiben wollte.

Insofern lehne ich es einfach ab, die Gorleben-Kommission in eine Ecke zu drücken, die aus einer Ecke entstanden ist, wo andere Gespräche geführt haben, die nicht öffentlich waren. Das kann man für die falsche Aufregung halten, aber mich hat es massiv gestört.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir wollen jetzt versuchen herauszufinden, wie es denn nun wirklich war. Sie haben eben gesagt, dass die Vertreter in der Gorleben-Kommission dann in den Gremien, aus denen sie entstammten, aufgrund dessen sie entsandt worden sind in die Gorleben-Kommission, dann auch tatsächlich hätten vortragen sollen. Ich möchte wissen, ob das auch tatsächlich stattgefunden hat, sodass so ein Maß an Transparenz stattgefunden hat. Eben hat es hier in dieser Runde, wenn ich mich recht erinnere, eine Irritation gegeben, ob denn eine Sitzung unseres Umweltausschusses nun tatsächlich so öffentlich sein kann, dass man in der Öffentlichkeit darüber berichtet. Wie ist das denn nun tatsächlich gewesen? Also haben die Vertreter nun in ihren Gremien darüber berichtet?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Auf der Tagesordnung zum Beispiel einer Kreistagssitzung standen auch Berichte aus den Ausschüssen, auch im Kreisausschuss. Und die Gorleben-Kommission war eine Institution, sozusagen ein Ausschuss, des Kreistages. Sie ist nicht entstanden, indem alle Gemeinderäte gesagt haben: „Wir wollen so was gründen“, sondern der Kreistag hat den zentralen Beschluss zu einer Informationskommission gefasst, und von daher war keinem Rats Herrn, keinem Vertreter in der Gorleben-Kommission verboten, in seinen Gremien darüber zu berichten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage ist ja nicht, ob es ihm nicht verboten war, sondern ob er es auch tatsächlich getan hat.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist erfolgt. Das ist ja, Frau Vorsitzende - - Es ist so, dass in den Gemeinderäten, soweit Bedarf bestand, natürlich die Mitglieder der Kommission auch gefragt worden sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill, mir liegt weiter vor eine Einladung, die Sie ausgesprochen haben als Vorsitzender der Gorleben-Kommission am 6. September 1982 an Herrn Professor Duphorn. Das ist MAT A 139, Band 30, Paginierung 113082. War Herr Professor Duphorn damals bei Ihnen auch in der Gorleben-Kommission?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Waren weitere Wissenschaftler in der Gorleben-Kommission? Mit wem haben Sie sich auseinandergesetzt? Das ist ja auch eine spannende Frage gewesen, weil Duphorn ja sehr wohl Positionen vertreten hat, die in hohem Maße kritisch waren. Also, wie sind Sie umgegangen mit diesen Kritikern des Standorts?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das Prinzip, Frau Vorsitzende, war schlicht und einfach dies: Wenn jemand wie Herr Professor Duphorn, der ja als Wissenschaftler auch des Bundes und des Landes sozusagen in die Arbeit mit einbezogen war - - Also, ich sage mal: Herr Duphorn ist ja nicht ein selbsternannter Gutachter gewesen, sondern er ist ja als einer der Quartärgeologen, die es damals gab in der Republik, zu diesen ganzen Fragen hinzugezogen worden.

Dann gab es einen Vorgang, wenn ich das jetzt recht entsinne, dass Teile dieses Gutachtens irgendwo veröffentlicht worden sind. Und das war ein Prinzip, dem wir versucht haben so weit wie möglich zu folgen, dass wir dann solche Sachen, die ja eher mit der Vollständigkeit Sinn machen als mit irgendwelchen Zitaten aus Teilen, die gerade mal dem passen, der sie veröffentlicht, Professor Duphorn in die Gorleben-Kommission eingeladen haben, um von ihm original zu hören, was er denn meint.

Und Duphorn wird ja sehr oft, wenn ich das richtig verfolge, als jemand dargestellt, der außer Gegner Gorleben nichts gewesen ist. Ich will nur mal daran erinnern, dass Professor Duphorn, ich glaube, auf der öffentlichen Veranstaltung/Anhörung vor der untertägigen Erkundung der Bundesregierung und der BGR bzw. der DBE und der PTB bescheinigt hat, dass die Schachtansatzpunkte für das Abteufen der Schächte geradezu gut und glänzend gewählt worden wären. Also, man kann Duphorn nicht für „nur gegen Gorleben“ vereinnahmen, sondern man muss ihn schon differenzierter sehen, und in dem Sinne war er vor der Gorleben-Kommission und konnte vor der Gorleben-Kommission seine Bedenken vortragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill, ich will mal auf einen anderen Themenkomplex übergehen; das ist die Frage des Transfers von Finanzmitteln in die Region Gorleben - das ist in unserem Untersuchungsauftrag unter Nummer 22 nachzuvollziehen -, also die Frage: Welchen Zweck hatten eigentlich diese Finanztransfers? Die Landesregierung hat ja entschieden am 28. Februar 1977 mit der Benennung Gorlebens als möglichen Standort für das nukleare Entsorgungszentrum, und kurz danach haben kommunale Mandatsträger Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand erwartet. Jedenfalls können wir das so entnehmen *Anselm Tiggemann*, nochmals die zitierte „*Achillesferse der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland*“, im Europaforum-Verlag, auf der Seite 457. Und ab 1979 hat es dann ja tatsächlich gegeben Ausgleichszahlungen vom Bund über das Land Niedersachsen an den Landkreis Lüchow-Dannenberg und die betroffenen Kommunen, ausweislich MAT A 102/1, Band 154, Paginierung 164 bis 166.

Gehörten Sie auch zu den genannten Mandatsträgern, die sich für Hilfsmaßnahmen für den Landkreis starkgemacht haben. Wer waren weitere politische Entscheidungsträger, die da entsprechend auch nachgesucht haben, und wer waren eigentlich Ihre Gesprächspartner auf Landes- bzw. Bundesebene?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich würde das mal so formulieren: Ich stand an der Spitze; denn ich hatte einen Wahlkreis, einen Landkreis, dessen Problem bis heute seine

Strukturschwäche ist. Und um es vorwegzunehmen: Wir haben mit der Hilfe der Gorleben-Gelder für die Kommunen Geld gehabt, mit dem sie Förderprogramme überhaupt erst bedienen konnten. Der eine oder andere von Ihnen hier in dieser Runde wird ja wissen, dass in seinem Wahlkreis in den Gemeinden manches nur geht, wenn die Landesregierung auch noch Bedarfszuweisungen gibt. Das Problem ist nicht, dass es Förderprogramme gibt, sondern das Problem ist, dass man das eigene Geld hat von 20 oder 10 bis 40 Prozent, um überhaupt in die Programme reinzukommen.

Und ein Kernproblem der Ansiedlung solcher Anlagen, über die wir zu dem Zeitpunkt geredet haben, ist, dass sie keine Gewerbesteuer generieren, jedenfalls zu dem Zeitpunkt schon gar nicht. Und es gibt ein paar Freunde von mir hier, auch in diesem Raum, die wissen, dass ich auf manchen Landesparteitagen und auf Bundesparteitagen Anträge eingebracht habe, das Problem zwischen Versorgungs- und Entsorgungsstandorten zu lösen. Die Verteilung des Geldes, was verdient wird, ist ungerecht. Schauen Sie sich doch mal bitte an, das an einem Standort wie Neckarwestheim an Gewerbesteuer bezahlt wird, und dann gucken Sie sich bitte mal an, was an den Entsorgungsstandorten für Gewerbesteuer bezahlt wird.

(Ute Vogt (SPD): Das hätten Sie sich vorher überlegen müssen!)

- Frau Vogt, das ist eine -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir machen hier keine Zwiesgespräche, -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ach so. Okay. Ich bitte um Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - sondern Sie antworten bitte auf meine Frage.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: - unangemessene Bemerkung. - Ich bitte um Nachsicht, dass ich mich habe irritieren lassen, Frau Vorsitzende.

Der Punkt ist, dass man bisher weder im Bundestag noch in den Landtagen einen solchen Ausgleichsmechanismus gefunden hat; denn es betrifft ja nicht nur die Kernenergie. Das geht auch in anderen Fragen so, weil in dieser Gesellschaft sich jeder um Forschungseinrichtungen, jeder um Produktionsstätten bemüht in seiner Gemeinde, weil

es Geld gibt für Schule und weiß ich was und sonst; aber Entsorgungseinrichtungen produzieren nicht in dem Maße Gewerbesteuer wie Produktion und Forschung.

Von daher gesehen haben wir unter Abwägung von vielerlei Gesichtspunkten gesagt: Da wir keinen Vorteil davon haben, wollen wir, dass es einen Lastenausgleich gibt. - Wir haben über Lasten gesprochen, die wir auf uns genommen haben im Interesse des Ganzen. Dazu verweise ich mal auf die Aussage von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Lübeln bei seinem Besuch über die zuverlässigen und knorrigen Kommunalpolitiker in Lüchow-Dannenberg. Und dann haben wir klar gesagt: Das ist etwas, was wir nicht, bitte, von Fall zu Fall geregelt haben wollen, sondern wir wollen eine Pauschalierung, und wir wollen auch über dieses Geld frei verfügen können.

Und in dem Sinne hat es dann Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bundesregierung und Landesregierung gegeben, in die die Kommune mit einbezogen worden ist. Das hatte den Hintergrund, dass der Art. 106 des Grundgesetzes nicht als Begründung herangezogen werden sollte - das gilt übrigens bis heute -, weil man keine Präzedenzfälle schaffen wollte. Und deswegen war das nie eine gesetzliche Grundlage, sondern es war eine Verwaltungsvereinbarung.

Es gibt ein wunderschönes Zitat zu der Sinnhaftigkeit dieser Gelder aus einer Kabinettsitzung 1992 in Lübeln, wo der Ministerpräsident Schröder den Kommunalpolitikern in Lüchow-Dannenberg gesagt hat: Ihr seid schön dumm, wenn ihr das Geld nicht nehmt; aber wenn ihr es nicht haben wollt, werde ich mit der Bundesregierung auch nicht mehr verhandeln. - Wenn Sie wissen wollen, wie das wirklich abgelaufen ist - mein Landtagskollege Klaus Wojahn hat an dieser Kabinettsitzung in Lübeln teilgenommen. Damals ging es um die letzte Tranche der Verabredungen von 1990 bis 96, die auf drei Jahre zusammengezogen worden ist.

Und wir haben mit den Gorleben-Geldern Dinge geschaffen, die für die Überwindung der Strukturschwäche des Landkreises Lüchow-Dannenberg von erheblicher Bedeutung waren, und darauf sind wir - die, die es gemacht haben, die Kommunalpolitiker - auch heute noch stolz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sagen Sie mir bitte noch mal konkret, wer die Verteilung der Gelder vorgenommen hat, für

welche Projekte diese Gelder verwandt worden sind und wie diejenigen, die die Verteilung vorgenommen haben, legitimiert waren.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, das eine waren die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung, das heißt also Bundeskanzleramt, Bundesumweltministerium bzw. am Anfang war das ja das Bundesinnenministerium noch, und der Oberkreisdirektor des Landkreises Lüchow-Dannenberg war sozusagen von der Landesregierung mit eingebunden, weil es musste ja - - Es gab ja nicht einfach mal eben Geld, sondern wir mussten schon mal sagen, wofür wir denn Geld haben wollten. Und diese Frage betraf kommunale Infrastruktur, betraf die Frage des etwa heute noch existierenden Solebades in Gartow, das es übrigens auch nur gibt, weil es noch eine Tertiärbohrung am Salzstock Gorleben gegeben hat. Das wissen die wenigsten.

(Sebastian Edathy (SPD): Das ist deswegen gemacht worden!)

Und deswegen ist es so, dass Bund und Land miteinander verhandelt haben. Der Landkreis war mit eingebunden. Er musste sagen, wofür er das Geld haben wollte. Wir haben mit fortschreitendem Prozess immer weniger pauschale Zuweisungen an die Gemeinden gegeben. Die wurden dann im Kreistag sozusagen in einer Konferenz zwischen Standortgemeinden, die natürlich mehr haben wollten als jemand, der in Schnega war oder in Clenze, also etwas weiter südlich und etwas weiter weg. Da haben wir versucht, einen Ausgleich zu finden, und am Ende haben alle etwas davon gehabt.

Es mussten dann Projekte vorgeschlagen werden. Mir fällt jetzt gerade eines ein, das signifikant ist. Die Gemeinde Bergen (Dumme), die Fremdenverkehr machen wollte, hatte die Pläne für einen Campingplatz. Und so was musste dann ausgeführt werden, und zwar nicht mal eben Geld abholen von der Bezirksregierung oder in Hannover, sondern schon auch einen Betreiber haben, weil man nicht einfach Geld ausgeben wollte, um einen Campingplatz zu bauen, der dann in der Landschaft rumsteht und keiner betreibt ihn. Also, es sind Kriterien da gewesen. Und das ist für die gesamte Entwicklung des Landkreises Lüchow-Dannenberg erheblich wichtig gewesen.

Es gibt ein zweites Moment, das man in diesem Zusammenhang sehen muss. Es ist nicht zuletzt Ernst Albrecht, Walther Leisler Kiep, aber auch Birgit Breuel gewesen, die wir auf dem Hintergrund dieser ganzen Geschichte - - a) die Frage Einsatz für die Erweiterung der Conti und nicht Abbau der Conti in Dannenberg, die Frage SKF, die mit 1 200 Arbeitnehmern der größte Industriebetrieb war, Ansiedlung der zentralen Wärmeschmiede in Lüchow und Bau der Stärfabrik für die Strukturverbesserung für die Landwirtschaft - -

Also es ist nicht nur Gorleben-Geld im Sinne von Cash, sondern es ist auch über Projekte manches gemacht worden, wobei man dann, wenn man sich mal die Summen anguckt, durchaus sagen kann: Das Land Niedersachsen hat die Kosten für den Polizeieinsatz, die es ja immer tragen musste, sich auch durchaus ordentlich erstatten lassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Grill. - Das soll es an einführenden Fragen durch mich jetzt gewesen sein, und ich gebe das Fragerecht jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Grill, Sie haben Frau Fritzen erwähnt. Die war nun vor einigen Sitzungen bei uns, hat weniger über die Geheimgespräche mit Herrn Albrecht, aber mehr über andere Sachverhalte berichtet. Das hat auch einen gewissen Niederschlag in der Presse, vor allen Dingen in Niedersachsen, gefunden, und deswegen, finde ich, ist es nur ein Gebot der Fairness, gewisse Vorwürfe, die sie erhoben hat zu Ihnen und die Ihre Person betreffen, auch Ihnen vorzuhalten und Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihre Erinnerung daran abzufragen. Ob das genauso liebevoll dann in den niedersächsischen Medien aufgegriffen wird, müssen wir mal sehen, wird auch interessant.

Frau Fritzen hat die Licht-Affäre angesprochen und hat dazu laut Stenografischem Protokoll, vorläufig, Nr. 31 auf Seite 91 unter anderem Folgendes gesagt zum Thema „Firma Licht“:

Das ist eine Baufirma; die hat Aufträge bekommen für das Zwischenlager und hat im Gegenzug Herrn Grill sein Büro ... und die Büroleiterin finanziert.

Man darf es wohl nicht überinterpretieren, dass sie mit der Bemerkung „im Gegenzug“ - so ist es jedenfalls bei uns verstanden worden - eine gewisse Unrechtsabrede insinuiert hat. Und deswegen würde ich Sie gerne fragen: Was können Sie zu dem Vorgang sagen, insbesondere, sind Sie zu irgendeinem Zeitpunkt dazu strafrechtlich zur Konsequenz gezogen worden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also zunächst einmal, Herr Abgeordneter, möchte ich vorewegschicken; ich habe das ja ganz am Anfang meiner Ausführungen gesagt: Es gab eine Zeit, in der ich mit Frau Fritzen zusammengearbeitet habe, und ich habe vor ihr, was das Menschliche angeht, nach wie vor hohen Respekt. Ich habe da was in der Zeitung gelesen. Wir sehen uns so wenig, dass auch selbst ich nicht mehr in die Verlegenheit komme, ihr die Hand geben zu müssen, aber ich würde es tun.

Das Problem liegt möglicherweise darin, dass es eben objektive und subjektive Tatbestände gibt, und die Prüfung der Subjektivität von Frau Fritzen hält einer juristischen Prüfung und der Wahrheit nicht stand. Sie hat, wenn ich das jetzt so höre, was Sie da zitieren, offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass die Sache ordentlich abgeschlossen ist. Da ich ja vermuten konnte, dass das heute durchaus ein Thema wird, können Sie sich vorstellen, dass ich mich ein bisschen darauf vorbereitet habe.

(Zuruf)

- Wenn Sie das Zwischenreden einfach sein lassen und mir zuhören könnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, also geschäftsleitende Bemerkungen macht immer nur die Vorsitzende.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, dann bitte ich darum - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bitte darum, tatsächlich den Zeugen ungestört ausführen zu lassen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Und zwar, ich habe das lange überlegt, wie ich damit umgehe heute; denn es ist ein abgeschlossenes Verfahren. Ich kann die Entscheidung der Staatsanwaltschaft vortragen, die Prüfung der Generalstaatsanwaltschaft; dann bricht der gesamte Vorwurf, alles, was damals vor-

getragen worden ist an Verdächtigungen, in sich zusammen. Und dann stelle ich fest, dass die Beschwerde der Bürgerinitiative bei der Generalstaatsanwaltschaft nach der Einstellung im November 88, die auf einer angeblich bei der Bürgerinitiative in Kopie vorhandenen eidesstattlichen Erklärung eines Mitarbeiters der Firma Licht - - sozusagen davon ausgelöst worden ist, dass diese eidesstattliche Versicherung, die offensichtlich beim Norddeutschen Rundfunk damals lag, weder den Justizbehörden noch irgendjemand anders übergeben worden ist. Darauf kann man sich seinen eigenen Reim machen; denn entweder ist es eine eidesstattliche Versicherung gewesen, dann wäre es die Pflicht eines jedweden Bürgers, sie weiterzugeben, oder es ist eine gar nicht vorhandene eidesstattliche Versicherung, jedenfalls keine, die gerichtsverwertbar ist.

Es gibt zwei Dinge, die ich aber in dem Zusammenhang gerne sagen möchte, weil sich das heute keiner mehr vorstellen kann. Erstens. Ich habe damals meine privaten Dinge so geregelt, dass ich gerade ein Haus gekauft hatte, was in Lüchow-Dannenberg etwas leichter ist als in Berlin; aber es war an der Obergrenze dessen, was ich mir leisten konnte.

Zweitens. Wir hatten gerade alles fertig, Fenster eingebaut und Ähnliches, dann kam das Landeskriminalamt und hat gesagt: Wir machen jetzt bei Ihnen einen Sicherheitscheck. - Und dann kamen so Vorschläge wie zwei Meter Zaun, zwei scharfe Schäferhunde, Alarmanlage und Ähnliches. Ich sage mal: Zwei Meter Zaun habe ich abgelehnt, weil ich immer offen gelebt habe. Zwei scharfe Schäferhunde habe ich auch abgelehnt, weil ich mit meiner Frau zusammen gerne Kinder großziehen wollte und nicht die Frage des Problems „scharfe Schäferhunde oder Kinder auf dem Grundstück“ - - Und das Dritte war, dass die Alarmanlage 30 000 DM gekostet hätte, die ich gar nicht hatte.

Und ich sage hier auch in aller Offenheit, damit das klar ist: Die Landesregierung hat gesagt: „Das ist deine private Sache“, was ich nicht korrekt finde, bis heute nicht, aber es ist so gewesen.

Und dann kam - auch das kann sich heute keiner mehr vorstellen - der Staatssekretär im Innenministerium, Herr Beier (?), und hat mit mir über die ganze Sache geredet und hat gesagt: Darauf können wir nicht verzichten, also Alarmanlage, und außerdem müssen Sie mobil erreichbar

sein. - Das hatten wir versucht mit einem Zwei-Meter-Band-Gerät der Polizei. Das können Sie aber in Lüchow-Dannenberg, in diesen Weiten der Wälder, vergessen. Auto-telefon - heute gehen Sie in den Laden, kaufen sich ein Handy und eine Freisprechanlage, und dann sind Sie mit 500 Euro mobil, und keiner fragt mehr danach, ob Sie eine Rufnummer oder sonst irgendwas brauchen. Damals war die Aussage des Staatssekretärs: Wir können Ihnen eine Nummer im B-Netz besorgen. - Da hatten Sie Anwartszeiten von einem halben oder einem Jahr; ich kann das nicht mehr genau schildern.

Das war die eine Situation. Das heißt, die Polizei hat Wert darauf gelegt, dass ich mobil - nachts, wenn ich unterwegs bin - mich melden kann und meine Sicherheit gewährleistet ist. Klammer auf: Es gab ja durchaus Angriffe auf meine Person, von Morddrohungen bis Bombendrohungen, alles. Klammer zu.

Und dann habe ich - - Und dann gab es die Frage Schreibkraft, die Frage der Fähigkeit, überhaupt arbeiten zu können. Ich verzichte jetzt auf den Teil, der dazu geführt hat, dass ich dann eine eigene Sekretärin hatte. Und der Punkt ist - -

(Zuruf)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bitte, den Zeugen ausführen zu lassen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Der Punkt ist, dass ich mit dem Bauunternehmer Heinz Licht gemeinsam zwei Dinge habe. Erstens. Wir haben beide in Suderburg studiert. Ich kenne Heinz Licht so etwa seit 1967. Ich war Vorsitzender der Fördergesellschaft der heutigen Fachhochschule in Suderburg und habe mit Heinz Licht darüber diskutiert, ob wir einen Preis von ihm aussetzen für die beste Diplomarbeit. Heinz Licht war engagierter Kommunalpolitiker, Kreistagsmitglied in Uelzen. Das heißt, er hatte nicht nur eine unternehmerische Komponente, sondern er hatte für mich a) eine politische und b) vor allen Dingen eine sehr freundschaftliche private Bekanntschaft. Und er hat mir dann angeboten, bei der Lösung dieser Probleme zu helfen.

Nun schicke ich mal vorweg: Ich habe etwa 60 bis 70 Umzugskartons, in denen meine Gorleben-Akten liegen. Ich habe - - Es gibt aber mit Sicherheit bei der niedersächsischen Landtagsverwaltung folgenden Vor-

gang: Brief des Abgeordneten Grill gemäß Ehrenkodex der Abgeordneten. Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Da frage ich an. Erstens. Darf ich und kann ich in Anspruch nehmen das Angebot der Firma Licht, was die Schreibkraft angeht? Und zweitens. Darf ich und kann ich in Anspruch nehmen das Angebot, dieses Autotelefon zu finanzieren? - Ich hätte es mir finanziell nicht leisten können.

Deswegen sage ich: Es gibt eine Genehmigung des Landtages, dass dieses ordnungsgemäß angemeldet ist nach den Verhaltensregeln für niedersächsische Abgeordnete und dass ich dieses auch so umsetzen dürfte. Das heißt, unter dem Gesichtspunkt der juristischen Voraussetzung der Inanspruchnahme dieser Dinge habe ich von meiner Seite aus alles getan, damit es korrekt läuft. Und wenn Sie danach fragen, warum die Staatsanwaltschaft - - Ich habe die Presseberichte noch mal alle rausgesucht, was die alles erklärt haben, was nicht ist und warum sie es einstellt - - Dann gehört auch dazu, dass ich der Staatsanwaltschaft dieses vorgelegt habe natürlich. Denn mir war ja schon klar, dass das, ich sage mal, politisch relevant ist.

Und das Schlimme ist, dass eigentlich eine ganze Reihe von Leuten - - Ich habe keine Lust mehr, mich mit denen gerichtlich auseinanderzusetzen, auch mit Frau Fritzen im Übrigen nicht mehr. Falls sie da noch mehr gesagt haben sollte, das ist mir vollkommen egal. Es gab keine Zeugen für die Anschuldigungen. Es gab keinen Beratervertrag. Es gab kein Privatfahrzeug. Es gab keine Sicherungsanlagen. Und was ganz wichtig ist: Der Staatsanwalt hat festgestellt, dass ich an keiner Auftragsvergabe an Herrn Licht beteiligt war.

Und deswegen kann ich nur sagen: Ich habe hier von der *Elbe-Jeetzelt-Zeitung* vom 14.11.1988 eine Meldung, die ich selber abgegeben habe, als es darum ging, die Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft. Ich lese das vor:

Grill begrüßt die Beschwerde der BI. Sorge um weitere anonyme Denunziation. Einen Skandal stellt es nach Ansicht von Kurt-Dieter Grill dar, dass die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg eine Kopie der eidesstattlichen Erklärung besitzt, in der Vorwürfe gegen ihn erhoben werden, dass aber andererseits der Norddeutsche Rundfunk sich wei-

gere, diese Erklärung der Staatsanwaltschaft Lüneburg zu übergeben. Mit diesen Worten nahm der CDU-Landtagsabgeordnete Stellung zu der Erklärung, in der die BI die Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Grill als rechtlich nicht haltbar bezeichnet hatte. Dadurch, dass die eidesstattliche Erklärung eines namentlich nicht benannten Mitarbeiters der Baufirma Licht der Staatsanwaltschaft vorenthalten werde, aber der Presse zugänglich sei, wird nach Grills Worten dafür gesorgt, dass aus der Anonymität heraus weiter denunziert werden kann.

Deswegen habe ich ausdrücklich begrüßt, dass die Bürgerinitiative eine Beschwerde eingereicht hat, und ich stelle fest: Die Generalstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft in Lüneburg haben das Verfahren dann im März 1989 abermals eingestellt. - So viel zu der Frage.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir müssen sicherlich mal in der Fraktion darüber reden, wie wir damit umgehen. Ich finde, es wäre gut, wenn Frau Fritzen ihre Vorwürfe zurücknimmt; andernfalls müssten wir sie sicherlich mal bei Gelegenheit wieder einladen und sie dazu befragen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehört das jetzt zur Befragung von Herrn Grill?)

- Ja, verzeihen Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist jetzt - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Fritzen hat sich hier lang und breit aus nachweisbar falschen Sachverhalten so kritisch und herabsetzend persönlich über den Zeugen Grill geäußert, dass man schon damit umgehen muss, unter Sorgfaltsgesichtspunkten, wie ein Ausschuss eine solche Zeugin behandelt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Grindel, wir werden diese Frage sicherlich behandeln, aber nicht - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. Und da die Öffentlichkeit ja dabei ist und bei

Frau Fritzen auch dabei war, habe ich es bewusst gesagt. - Jetzt möchte ich gern die Befragung fortsetzen.

(Zuruf der Abg. Dorothee Menzner
(DIE LINKE))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe gerade die Zeit angehalten, und ich erteile Ihnen gerne wieder das Wort, nachdem die Kollegin Menzner jetzt auf ihren kurzen Redebeitrag auch verzichtet hat. Wunderbar. Ich fände es jetzt prima, wenn Sie die Fragen jetzt tatsächlich in der Sache fortsetzen würden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. - Sie haben die Gespräche vom Grafen Bernstorff, von denen wir übrigens nichts wussten bisher, und Frau Fritzen, die ein Gespräch mit Herrn Albrecht eingeräumt hat, angesprochen. Haben Sie in Erinnerung, wie viele Gespräche dieser Art es gegeben hat, die Sie dann dazu veranlasst haben, zu sagen, wir müssen das jetzt mal etwas strukturieren, und das dann eben zur Gorleben-Kommission geführt hat?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein. Ich habe - - Also, ich könnte keine Zahl nennen. Es war nur - - Sagen wir mal, es wurde deutlich, dass da Gespräche geführt werden. Ich habe ja trotz aller dieser Dinge ein sehr ordentliches Verhältnis mit meinem Ministerpräsidenten gehabt und habe ihn dann danach gefragt. Er hat das bestätigt, ohne dass er mich über den Inhalt der Dinge informiert hat. Ich wollte das auch gar nicht. Es ist dann so; das akzeptiert man auch. Ich habe dann für mich nur entschieden, zusammen mit meinen Freunden, dass ich nicht länger akzeptiere, dass Leute, die kein Mandat haben, die sich nirgendwo legitimiert haben, mit dem Ministerpräsidenten reden und die gewählten Abgeordneten, Kreistags- und Ratsmitglieder, keinen Zugang zu solchen Informationen und Gesprächen haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Vorsitzende hat ausführlich zur Frage Gorleben-Kommission gefragt. Deswegen würde mich an der Stelle nur das Ende der Kommission interessieren. Warum ist diese Kommission dann, ja, soll man sagen, eingestellt worden, nicht weiter betrieben worden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, ich will diese Frage sozusagen - - Es ist eine Spekulation, weil ja dafür keine Begründung in dem Sinne schriftlich vorgelegt worden ist. Die Kommission ist nicht mehr eingerichtet worden. Sie wurde als überflüssig erklärt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: 1991, als die CDU zum ersten Mal ihre absolute Mehrheit im Kreistag verloren hat. Und der Atomausschuss, den es jetzt gibt, informiert niemanden mehr. Der tagt öffentlich, aber das ist es. Die Gemeinden sind nicht mehr beteiligt. Es gibt keinen Diskussionsprozess. Und ich sage mal: Meine Freunde in Gartow zum Beispiel, die sich an einer anderen Runde beteiligen wollten, sind ausgeschlossen worden. Unter Rot-Grün gibt es ja - - gab es ein Forum Endlager-Dialog. Da war die Kirche drin, da war die Bürgerinitiative drin, nur nicht irgendein gewählter kommunaler Vertreter, bis auf den Herrn Donat, heißt der, glaube ich.

(Ute Vogt (SPD): Guter Mann!)

Der hat aber im Kreistag über seine Sitzungen mit dem FED nie berichtet. Es gibt keinen Bericht von Herrn Donat über die Teilnahme an den Sitzungen des FED, ausweislich meiner Kreistagsfreunde. Warum sage ich das? Weil die Gorleben-Kommission abgeschafft worden ist, um Information im Grunde genommen nicht mehr laufen zu lassen, weil Information die Voraussetzung ist, Akzeptanz zu schaffen. Man wollte keine Akzeptanz. Das war eine Zeit, in der Frau Griefahn per Kabinettsbeschluss daran gehindert wurde, an einer Blockade auf einer Brücke mit Schülern teilzunehmen. Herr Trittin ist mit einem Hubschrauber ins Endlager geflogen und wieder raus und hat mit niemandem gesprochen.

(Sebastian Edathy (SPD): In welches Endlager denn? Was für ein Endlager?)

- Das können Sie nachher nachfragen, Herr Edathy. - Die Gorleben-Kommission ist durch nichts ersetzt worden. Es gibt seitdem die Struktur nicht mehr, es gibt keine Informationsstelle mehr. Das ist alles eingestellt worden. Es kümmert sich auch in dem Sinne keiner mehr darum. Und deswegen, denke

ich, ist die Frage eines erneuten, ich sage mal, Gremiums an der Stelle so ungeheuer wichtig.

Wenn man das aus der Sicht von heute ansieht, will ich mal zwei Elemente noch mal herausarbeiten. Das eine ist, was ich vorhin schon gesagt habe: Wir waren einmalig in Europa im Zusammenhang mit einem solchen Großprojekt. Es hat so etwas vorher nicht gegeben. Ich verkneife mir jeden Vergleich mit irgendwelchen Großprojekten in der Bundesrepublik Deutschland.

Und das Zweite ist, dass wir in der Lage waren, jeden, aber auch jeden zu haben, den wir haben wollten, wenn wir klüger werden wollten. Und die Einladung vor die Gorleben-Kommission war eine Ehre für diejenigen, die eingeladen worden sind. Sie sind gerne gekommen.

Es ist so, dass - - Wenn ich mir mal an- gucke, was aus dem Diskussions- und Infor- mationsprozess geworden ist, dann will ich das mit folgendem Hinweis abschließen, weil mich das bis heute aufregt, ich es als unver- schämt empfinde, dass Folgendes passiert ist: Rot-Grün hat die Gorleben-Kommission abgeschafft. Es ist nie sozusagen eine Insti- tution eingesetzt worden, in der alle Lüchow- Dannenberger beteiligt werden. Im FED sind die Kommunalpolitiker nicht mehr beteiligt worden. Und dann gucken Sie sich doch mal bitte den Ausstiegsvertrag, diesen soge- nannten Ausstiegsvertrag an. Darüber haben Herr Schröder und die vier Unternehmen bei Rotwein und Cohiba entschieden, aber es hat niemand von dieser Bundesregierung es für nötig befunden, die Kommunalpolitik vor Ort über diesen Vertrag zu informieren. Und dazu gehörten 14 Zweifelsfragen, und diese 14 Zweifelsfragen zum Salzstock Gorleben sind in einem Workshop im September 2005 in Hannover abgearbeitet worden, hinter verschlossenen Türen. Es waren nur Gäste eingeladen, die man haben wollte, und die Gutachter durften mit Dritten über das Er- gebnis dieses Hearings zu den 14 Zweifels- fragen von Herrn Trittin und Herrn Schröder nichts sagen.

Und deswegen sage ich hier: Die Gor- leben-Kommission war eine der offensten Veranstaltungen, zusammen mit der Bun- desstelle für Information und der Landes- stelle für Information, und alle, die danach regiert haben, haben nie wieder so offen über das gesprochen, was in Lüchow-Dan- nenberg passiert.

(Zuruf von der Zuschauertribüne:
Richtig!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Jegliche Meinungsäußerung vonseiten der Zuschauer ist zu unterlassen.

(Zuruf von der Zuschauertribüne:
Gut!)

Bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, Sie sind meh- rere Jahre - das hat sich ja auch gezeigt; Sie haben es ja am Anfang ja auch gesagt - engagierter Abgeordneter gewesen, nicht nur im Landtag, sondern auch im Bundestag und auch als Kreistagsabgeordneter. Und dieses Engagement ist ja irgendwann auch mal bedankt worden von der Bundesrepublik Deutschland. Ich sehe an Ihrem Revers, Sie haben das Bundesverdienstkreuz bekom- men - das ist noch gar nicht so lange her; ich glaube, im Jahr 2007 - für Ihr Engagement, eigentlich für den Wahlkreis Lüchow-Dan- nenberg und auch für die Energiepolitik, die Sie für die Bundesrepublik Deutschland ge- macht haben. Inwieweit ist hiermit auch Ihr Engagement im Zusammenhang mit der Erkundung des Salzstocks Gorleben gewür- digt worden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeord- neter, ich sage mal: Ich bin stolz, dass ich das Bundesverdienstkreuz bekommen habe; aber da ich den Antrag nicht kenne, er auch nicht mit mir besprochen worden ist, kann ich mich zu dem Inhalt des Antrages und zur Begründung eigentlich gar nicht äußern. Ich habe ja nicht nur mich, sagen wir mal, pro- grammatisch an der Umweltpolitikentwick- lung in Deutschland beteiligt. Ich habe si- cherlich auch Energiepolitik gemacht. Aber ich habe zuhause in meinem Wahlkreis noch eine Menge ehrenamtliche Arbeit gemacht. Und wenn man dann nach 31 Jahren Parla- ment das Bundesverdienstkreuz bekommt, dann hält man das immer noch nicht für selbstverständlich, wenn man sich auch ins- besondere die jüngere Praxis der Bundes- verdienstkreuzverleihung anguckt. Ich habe es nicht für irgendein einzelnes Thema empfunden, sondern schlicht und einfach für die Tatsache, dass ich mich mehr als 30 Jahre für die politische Gestaltung der Bun- desrepublik Deutschland und des Landes

Niedersachsen und meines Wahlkreises eingesetzt habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, vielen Dank. - Damit geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Grill, nach der Befragung durch die CDU-Fraktion erschließt sich uns, warum Sie Wert darauf gelegt haben, recht zeitnah hier im Ausschuss zu erscheinen. Uns interessiert aber mehr Ihre Rolle bei der Auswahl und Festlegung des Standorts Gorleben als jetzt die Frage speziell der Gorleben-Kommission.

Sie haben vorhin erwähnt, es seien ein paar Freunde von Ihnen auch hier in diesem Raum. Es sind ja auch auf der Zuschauertribüne einige Vertreter, die ich zumindest als Vertreter von Energieversorgern, die Atomkraftwerke betreiben, wiedererkennen kann. Darf ich Sie fragen: Kennen Sie die Vertreter, die oben auf der Tribüne sitzen, und haben Sie mit diesen in den letzten Jahren Gespräche geführt, auch zum Thema Gorleben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, außer der Tatsache, dass meine Frau und meine Kinder - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Entschuldigung, einen Moment bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte gern, dass die Kollegin Vogt erläutert, was das mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Ute Vogt (SPD): Es geht um die Frage der Rolle des ehemaligen Kollegen Grill im Zusammenwirken mit der Energiewirtschaft in Bezug auf das Thema Gorleben und den Standort dort. Und da heute auffällig viele Vertreter der Energiewirtschaft - ich kenne sicher nicht alle, die da sind, aber ein paar kennt man eben - - hat es mich interessiert, ob da ein Zusammenhang besteht, ob er sie kennt und ob er mit ihnen Gespräche geführt hat.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ihre Frage, Frau Abgeordnete - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage ist zulässig, und ich bitte Sie, die Frage zu beantworten.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich beantworte die Frage gerne, weil sie überhaupt keine Probleme auslöst.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich weiß, erstens, objektiv nur, dass meine Frau und mein Sohn da oben sitzen. Wer sonst da oben sitzt, habe ich mir nicht angeguckt, also kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob ich die Leute, die da oben alle sitzen, kenne.

(Sebastian Edathy (SPD): Man kann sich ja mal umdrehen!)

Aber ich würde nie bestreiten, dass ich, genauso wie übrigens Herr Schröder, Herr Trittin und andere, seit 1977/76 eine Menge Gespräche mit Vertretern der Energiewirtschaft gehabt habe. Haben sie doch auch.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie auch Gespräche mit der Bundesregierung - - Ab welchem Zeitpunkt haben Sie Gespräche mit der Bundesregierung zum Thema Gorleben speziell und Energiewirtschaft insgesamt geführt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich mache noch mal darauf aufmerksam, dass die höchsten Weihen der Gespräche mit der Bundesregierung die waren, dass ich mit Helmut Schmidt zwei Stunden als Bundeskanzler reden konnte.

Ute Vogt (SPD): Konnten Sie mit Helmut Kohl nicht reden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Mit dem habe ich öfter geredet.

Ute Vogt (SPD): Na also. Ich habe ja gefragt, ab wann Sie in Kontakt mit der Bundesregierung waren.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ab 1976.

Ute Vogt (SPD): Ja. Würden Sie - -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Darf ich das noch eben ergänzen? Ich habe mit Helmut Schmidt gesprochen, weil er derjenige war, der das nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben wollte.

Ute Vogt (SPD): Da kommen wir gleich noch drauf. - Würden Sie sich als Lobbyist der Atomwirtschaft bezeichnen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, ich weiß nicht, was das mit meiner Zeugenschaft zu tun hat.

Ute Vogt (SPD): Das war eine Frage. Es geht ja um die Frage: Wer hat geholfen, den Standort einzusetzen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt die Frage im Untersuchungsauftrag, Herr Zeuge:

Gab es Bemühungen der Atomwirtschaft oder ihr nahestehender Institutionen oder Personen, Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu nehmen?

Und da Sie Abgeordneter während dieses fraglichen Zeitraumes waren, ist es sicherlich eine Frage, die man an Sie stellen kann und die ich Sie bitte zu beantworten.

Ute Vogt (SPD): Ich kann es auch anders formulieren. Mir fiel vorhin auf, dass alle, die ich jedenfalls erkannt habe als Vertreter der Energiewirtschaft, Ihre Frau persönlich begrüßt haben. Würden Sie sich als Mitglied der Atomfamilie bezeichnen?

(Lachen bei der CDU/CSU - Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wenn Sie keine anderen Sorgen haben, Frau Vogt!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vogt - ich sage jetzt bewusst „Frau Vogt“ und nicht „Frau Abgeordnete“ -, diese Frage beantworte ich mit Nein, weil sie schlicht und einfach daneben ist.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja! Richtig!)

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich Sie bitten, uns zu erläutern, wie Sie dazu gekommen sind, dass Sie jetzt Ehrenmitglied der Kerntechnischen Gesellschaft sind, seit November 2006.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil die Ahnung hat!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Sehen Sie, Sie verwechseln zwei Dinge, Frau Abgeordnete.

Ute Vogt (SPD): Nein, ich frage Sie etwas. Sie haben nicht meine Frage zu bewerten, sondern Sie haben bitte die Frage zu beantworten, aus welchem Grund Sie zum Ehrenmitglied der Kerntechnischen Gesellschaft ernannt wurden.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, der Teil meiner Antwort ist, dass Sie zwei Dinge miteinander verwechseln, erstens die Frage, ob eine Ehrenmitgliedschaft in der KTG etwas Anrüchiges ist, und die Frage, warum man zu einem solchen Mitglied wird.

Ute Vogt (SPD): Unterstellen Sie mir doch nichts. Ich wollte nur wissen, wie man dort Mitglied wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bitte einfach darum, diese Frage zu beantworten, aus welchem Grund Sie zum Ehrenmitglied der Kerntechnischen Gesellschaft geworden sind.

Ute Vogt (SPD): Genau.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn das stimmt, dann wird das einen Grund haben, und diesen Grund bitte ich einfach zu beantworten. Und wenn das dann zu irgendwelchen Wertungen und Diskriminierungen führen sollte, dann würde ich da schon eingreifen. - Bitte schön.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Die Ehrenmitgliedschaft der Kerntechnischen Gesellschaft habe ich bekommen, weil ich in aller Aufrichtigkeit, solange wie ich Politik mache, auch die Kernenergie für eine vertretbare Form der Energiegewinnung halte. Ich habe, Frau Abgeordnete, im Übrigen dem Kollegen Jüttner, der Ihnen ja bekannt sein dürfte, in dem Zusammenhang mal gesagt bei einer *Handelsblatt*... (akustisch unverständlich) - - Da hat er gesagt: Sie können doch jetzt auch aufhören, für die Kernenergie zu sein. Die haben doch jetzt gerade den Ausstiegsvertrag unterschrieben. - Da habe ich gesagt: Herr Jüttner, jetzt kann ich Leuten wie Ihnen endlich beweisen, dass meine Position zur Kernenergie nicht abgeleitet wird von der Frage, welches Energieversorgungsunternehmen für oder gegen Kernenergie ist. Ich bin eine eigenständig denkende Einheit. Ich brauche kein EVU, um zu meiner Meinungsbildung zu kommen.

Ute Vogt (SPD): Uns interessiert ja das Zustandekommen des Standorts Gorleben als mögliches Endlager. Sie haben vorhin darauf verwiesen, dass Sie mit Herrn Bundeskanzler Schmidt ein langes Gespräch oder längere Gespräche geführt haben. Ist Ihnen bekannt, dass der damalige Bundeskanzler Schmidt Bedenken hatte gegen den Standort Gorleben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Mir ist das sehr wohl bekannt. Ich kann aber nur sagen: Mit der Bund-Länder-Entscheidung Ende 1979 - ich habe das Datum jetzt nicht mehr im Kopf - hat sowohl die Bundesregierung wie alle Landesregierungen die Entscheidung Niedersachsens akzeptiert. Also, die Bedenken von Herrn Schmidt sind bekannt. Die sind, wenn Sie so wollen, auch politischer Natur, nämlich die Nähe zur Zonengrenze. Das kann man eben auch umdrehen und sagen: Die Nähe zur Zonengrenze ist kein entscheidendes Kriterium, weil, wenn die Sicherheit gegeben ist, ist sie auf beiden Seiten der Zonengrenze gegeben.

Also, es ließe sich auch vermutlich nachweisen - ich verfüge nicht über die Akten, die Sie haben -, dass die Bundesregierung das anders gesehen hat. Im Übrigen weise ich nur darauf hin, dass das Endlager Morsleben der DDR auch nicht gerade weit von der Grenze zu Niedersachsen entfernt liegt.

Ute Vogt (SPD): Dann möchte ich Sie fragen: Der damalige Ministerpräsident Albrecht, so wird es in einem Vermerk des Referenten Schwoppe, der hier schon mehrfach Gegenstand war, weil er aus den Greenpeace-Akten stammt - - Da wird in einem Vermerk aus Niedersachsen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir müssen trotzdem eine MAT-Nummer haben, Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Das ist aus der Gorleben-Akte. Die war mehrfach schon hier Gegenstand und ist schon mehrfach auch zitiert worden, genau dieser Vermerk.

(Zuruf von der CDU/CSU)

- 14.04.77, ich zitiere auch. Da ging es um die Frage:

Demgegenüber habe Ministerpräsident Dr. Albrecht erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder

bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut.

Können Sie diesen Hinweis bestätigen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Darf ich den Vermerk sehen? Ich kenne ihn nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde auch bitten - auch die CDU/CSU-Fraktion bittet darum -, dass der Vermerk vorgelegt wird, weil der so nicht aufgefunden werden kann.

(Sebastian Edathy (SPD): Der findet sich mindestens viermal, von mir zitiert, in den bisherigen Sitzungen!)

- Lieber Herr Edathy, wir haben schon eine ganze Menge Vermerke behandelt. Deshalb muss ich hier schon eingreifen.

Ute Vogt (SPD): Dann frage ich es ohne Vermerk, aber Sie kriegen ihn gleich gebracht. - Ist Ihnen bekannt, dass Ministerpräsident Albrecht am Ende des Verfahrens gesagt hat: „Entweder Gorleben oder nichts“?

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Kann ich nicht bestätigen.

Ute Vogt (SPD): Können Sie nicht bestätigen.

(Der Zeuge liest in dem ihm vorgelegten Schriftstück)

- Wird die Zeit angehalten, während er liest?

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wenn Sie Ihre Frage so stellen, dass er lesen muss, wird doch die Zeit nicht angehalten! - Gegenruf des Abg. Sebastian Edathy (SPD): Sonst sitzen wir hier noch mindestens acht Stunden, Herr Monstadt! Das wird ein langer Tag! - Ute Vogt (SPD): Genau!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich darf das eben lesen. Frau Vorsitzende, darf ich das eben lesen, damit ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Klar.

Ute Vogt (SPD): Relativ weit unten in dem Vermerk.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, ich lese immer im Gesamtzusammenhang. Das ist mir lieber. Dann weiß ich wenigstens, wo-rüber ich rede.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill, bitte lesen Sie Ihren Vermerk, und ich würde den Kolleginnen und Kollegen sagen, dass schon zur namentlichen Abstimmung angezeigt ist. Ich würde sagen, Frau Vogt, dass wir nach dieser Frage dann die Sitzung unterbrechen.

(Der Zeuge liest in dem ihm vorgelegten Schriftstück)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich kann nur sagen: Der Ministerpräsident hat eine solche Sache mit mir nicht besprochen. Mir ist der Vermerk auch unbekannt. Da kann ich nichts weiter zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Ich würde tatsächlich sagen, dass wir jetzt die Sitzung unterbrechen und uns nach der dritten namentlichen Abstimmung - ich glaube, wir haben jetzt drei namentliche Abstimmungen - so schnell wie möglich hier wieder einfinden, um dann die Befragung fortzusetzen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von
12.11 bis 13.01 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann eröffne ich die unterbrochene Sitzung wieder und gebe der SPD-Fraktion das Wort.

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Ich möchte an die Befragung vorhin anschließen und noch mal nachfragen, ob Sie zu irgendeinem Zeitpunkt persönliche Vorteile aus Ihrer positiven Haltung zur Kernenergie gezogen haben.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Was verstehen Sie unter persönlichen Vorteilen?

Ute Vogt (SPD): Finanzieller Art, unterstützender Art, Erleichterungen bei der Jobfindung nach dem Bundestagsmandat, solche Dinge, Aufträge über das Mandat hinaus.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe während meiner Zeit als Abgeordneter keine materiellen Vorteile gehabt.

Ute Vogt (SPD): Und danach?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Abgeordnete Vogt, jetzt müssen wir mal gucken. Also, wir wissen um die Verwendung von zahlreichen namhaften ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in namhaften großen Konzernen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Fischer, Schröder!)

Von daher würde ich wirklich vorschlagen, dass wir an diesem Punkt den Fragen in diese Richtung Einhalt gebieten.

Ute Vogt (SPD): Es war ja nur die Frage, was die Tätigkeit im Anschluss an die Abgeordnetentätigkeit war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das ist okay. Aber ich finde, wir konzentrieren uns jetzt wieder auf den Untersuchungsauftrag.

(Zuruf von der LINKEN: Das geht doch nicht!)

Sebastian Edathy (SPD): Frau Kollegin Vorsitzende, würden Sie sagen, dass es eine unzulässige Frage war?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege, möchten Sie gerne, dass wir eine Beratungssitzung über diese Fragestellung durchführen?

Sebastian Edathy (SPD): Das können Sie doch einfach mitteilen, ob diese Frage unzulässig war. Ansonsten ist der Zeuge doch in der Verantwortung, die zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege, wollen wir eine Beratungssitzung durchführen?

Ute Vogt (SPD): Nein,

(Zuruf: Nein, die Frage beantwortet haben!)

ich stelle die Frage anders: Können Sie uns sagen, was Sie unmittelbar im Anschluss an die Abgeordnetentätigkeit für eine Tätigkeit

aufgenommen haben, oder sind Sie in Pension gegangen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich bin selbstständiger Berater.

Ute Vogt (SPD): In welchem Bereich?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Bei einem Kraftwerksbauer. Der Vertrag ist beendet, und die übrigen Auftraggeber würde ich hier nicht nennen wollen, haben aber mit der Energiewirtschaft in dem Sinne nichts zu tun.

Ute Vogt (SPD): Danke. - Kennen Sie den Herrn Ministerialrat Stuhr aus dem Wirtschaftsministerium Niedersachsen, der dort damals war?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Ministerialrat Stuhr sagt uns - - nicht uns, aber sagte bei einem Zeitzeugengespräch im März 2010, dass Sie - namentlich erwähnt er Sie - ein nachdrücklicher Befürworter der gesamten Anlage in Gorleben gewesen sind. Können Sie das bestätigen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie dafür bitte eine Quelle angeben?

Ute Vogt (SPD): Ich kann das, ja. Ich habe es auch hier: MAT A 93; das ist die Seite 24. Da geht es um das Gutachten des Herrn Tiggemann. Da wird in einer Fußnote, die dort korrekt ausgewiesen ist, hingewiesen darauf. Das wollte ich einfach nur wissen: Sind Sie nachdrücklicher Befürworter?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich kenne das Dokument nicht. Deswegen will ich - -

Ute Vogt (SPD): Die Frage war ja: Sind Sie ein nachdrücklicher - - Hat er recht, wenn er sagt, Sie sind ein nachdrücklicher Befürworter der gesamten Anlage Gorleben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe mich im Interesse der Energiepolitik der Bundesregierung für das Projekt eingesetzt, ja. Das ist aber doch nichts Unbekanntes. Das liegt seit 30 Jahren zutage.

Ute Vogt (SPD): Ja, nicht alles, was wir hier fragen, ist ein Vorwurf, sondern wir wol-

len ja manches einfach nur von Ihnen wissen. - Sie haben vorhin in Ihrer Aussage auch gesagt, dass es in Ihrem Verständnis das Wichtigste war, die Probleme der Menschen in Gorleben zu lösen. Im Nachhinein betrachtet, denken Sie nicht, dass Sie mit der Entscheidung für die Erkundung des Endlagers der Region mehr Probleme gebracht haben, als dass man dort Probleme gelöst hat?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist eine Frage, die man auf der einen Seite so beantworten kann, dass ich sage: Ich habe eine Menge Probleme gelöst mit dem, was ich getan habe, auch mithilfe der Gorleben-Gelder. Und das andere ist ein gesellschaftspolitischer Zustand, an dem eine Menge Leute beteiligt sind, auch Ihre Partei, die vergessen hat, dass sie Gorleben mit ins Gespräch gebracht hat. Ich kann Ihnen das gerne belegen.

Ute Vogt (SPD): Es ist ja vorhin schon eingegangen worden auf die Bedenken des Bundeskanzlers Helmut Schmidt gegen den Standort Gorleben. - Aber mich interessiert noch mal was anderes, noch mal zurückgehend auf die Studie von Herrn Tiggemann, die eben schon mal zitiert war. Da habe ich ja berichtet, es gibt ein Zeitzeugengespräch, und er erwähnte dann, dass ihm die Kommunalpolitiker - ich zitiere das aus der Fußnote 121 auf Seite 24 - - Da schreibt Herr Tiggemann:

Im Zeitzeugengespräch am 24.3.2010 erwähnte Stuhr ..., dass ihm die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen „unablässig im Genick“ saßen.

Entspricht das Ihrer Wahrnehmung?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das halte ich für eine unzulässige Bemerkung.

Ute Vogt (SPD): Das war zitiert; das hat Herr Stuhr so mitgeteilt.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Ute Vogt (SPD): Sie bestreiten, dass diese Wahrnehmung richtig ist?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich halte die Bemerkung von Herrn Stuhr für eine unzu-

lässige Bemerkung. Das kann ich nicht so bestätigen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, die Kommunalpolitiker haben damals das Projekt gar nicht befürwortet?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das habe ich doch gar nicht gesagt, Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber wenn er davon spricht, dass Sie ihn im Grunde mehrfach offensichtlich gedrängt haben, das Projekt voranzubringen - so habe ich das mit dem „unablässig im Genick saßen“ verstanden -, dann verstehe ich gar nicht, wenn Sie selbst auch sagen, Sie sind Befürworter des Projektes, wieso Sie dann jetzt auf einmal sagen: So richtig wollten wir es gar nicht.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das habe ich nicht gesagt. Sie interpretieren meine Aussage. Sie haben mir ein Zitat vorgelesen von Herrn Stuhr - „unablässig im Genick gesessen“ -, und ich habe gesagt: Das kann ich so nicht bestätigen. Weder ich noch irgendein Kommunalpolitiker, mit dem ich in den 30 Jahren zusammengearbeitet habe, würde je bestreiten, dass er sich von Anfang an positiv zu der Durchführung der Standortprüfung geäußert hat. Und ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass das nicht nur etwa meine Parteifreunde waren, sondern dass wir das gemeinsam mit den sozialdemokratischen Kollegen im Kreistag gemacht haben.

Ute Vogt (SPD): Das hat ja auch niemand bestritten. - Ich zitiere noch mal aus der Fußnote:

Gorleben war zu diesem Zeitpunkt als eine von mehr als 20 Standortmöglichkeiten in Niedersachsen der KEWA mitgeteilt worden.

Jetzt ist uns bekannt, dass zum Beispiel der von Ihnen auch schon erwähnte Kollege Remmers und auch sein Bruder sich - wie übrigens auch der Kollege Seiters - ganz heftig gegen Standorte in ihrem Bereich gewehrt haben. Können Sie uns erklären, warum bei Ihnen so viel Begeisterung herrschte?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe mit Walter Remmers und Werner Remmers lange genug über die Dinge auch geredet.

Ich würde anempfehlen, Herrn Remmers und Herrn Seiters danach zu fragen, warum. Ich kann Ihnen nur so viel erklären: Das hat etwas damit zu tun, wie das ganze Projekt da oben eingeleitet worden ist, nämlich verdeckt. Walter Remmers und Werner Remmers waren mit mir in der Bearbeitung der gesamten Gorleben-Problematik durchaus auf einer Linie.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, ich habe natürlich jetzt Fragen, die sich zum Teil auch wiederholen, und zwar: Ich habe zunächst einmal eine Frage noch zur Gorleben-Kommission, und zwar hatten wir Anfang Juli, und zwar in der 10. Sitzung am 1. Juli, Herrn Professor Dr. Helmut Röthemeyer hier bei uns als Zeugen. Er hat durchaus die Einrichtung der Gorleben-Kommission als ein wirklich wichtiges Medium beurteilt. Er hat auch gesagt, das wäre in erster Linie Verdienst von Herrn Grill gewesen. Er hat dann eben auch gesagt, das wäre eben auch sehr beispielhaft gewesen für die damalige Zeit und für ein Projekt dieser Größenordnung. Er hat auch gesagt, die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* hätte immer sehr ausführlich berichtet.

Meine erste Frage zu diesem Komplex: Hat die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* diese Informationen selbst eruiert? War die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* bei den Sitzungen dabei, oder gab es Presseberichte, oder haben einzelne Mitglieder der Kommission der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* gegenüber Bericht erstattet? Wie ist - sagen wir mal - das, was intern in der Kommission besprochen und erörtert wurde, dann öffentlich über die Zeitung zumindest erst mal aufbereitet worden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, es ist so, dass die Bewertung von Herrn Röthemeyer von mir sozusagen mit Freuden zur Kenntnis genommen wird; ich habe das bisher so nicht gehört. Ich weiß allerdings aus der Zusammenarbeit mit ihm - er gehörte ja zu denen, die wir ständig, wann immer es notwendig war, zu Gast hatten, über den Fortgang welcher Arbeiten auch immer - - Und dass das auch außerhalb der Gorleben-Kommission so wahrgenommen

wurde, will ich mal aus Gesprächen mit Herrn Professor Zilleßen von der Uni Oldenburg belegen, weil die Gorleben-Kommission durchaus eine Einrichtung war, die Leute wie Zilleßen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Arbeit dazu brachte, dass man über Mediation nachdenken musste. Also - das ist ja auch meine Eingangsbemerkung -, aus der Sicht von heute Dinge von damals zu beurteilen, ist immer leicht. Nur, damals gab es ein anderes Verständnis von Kommunalpolitik, all diesen ganzen Institutionen. Die Gorleben-Kommission war für Leute wie Zilleßen eine Anregung für eine wissenschaftliche Weiterentwicklung solcher Verfahren: Wie kann man also an Standorten im Grunde genommen mit schwierigen Themen umgehen?

Das Zweite ist - ich will das noch mal verdeutlichen -: Es gab innerhalb der Gorleben-Kommission eine unbestrittene Regelung am Anfang: Wie machen wir das? Wie können wir uns sozusagen mitteilen? - Das heißt, der Vorsitzende hat Berichte geschrieben oder ist zur Zeitung gegangen und hat über den Ablauf der Sitzung der Gorleben-Kommission berichtet. Das ist - - Also, ich kann mich jetzt nicht entsinnen, dass das zu etwa größeren oder schweren Konflikten mit Mitgliedern der Gorleben-Kommission geführt hat, und zwar weder für Herrn Dr. Schwarze von der SPD noch auch mit Herrn Janning von der UWG.

Ich kann das dann nur wiederholen: Wir haben dann am Schluss, auch vor dem Hintergrund der sonstigen Arbeit - so wie ich es erklärt habe für Herrn Abgeordneten -, gesagt, es wäre doch einfacher, die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* direkt einzuladen. Wir hatten das mal am Anfang - wenn ich das richtig entsinne - angeboten; das wollten die nicht. Dann haben sie aber doch zugestimmt, und dann ist praktisch an jeder Sitzung - ich kann das nur wiederholen - der Redakteur Cordt als Vertreter der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* praktisch ständiges Mitglied der Gorleben-Kommission geworden, wenn Sie diese Interpretation so wollen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke. - Darf ich meine Frage ein Stück weit erweitern? - Also, auch mehr oder weniger Herr Professor Röthemeyer sagte - - Wir hatten ihn natürlich auch gefragt: Wie musste man sich das vorstellen? Wie kamen denn die Tagesordnungen zustande? Welche Fragen wurden denn als wichtig erachtet für eine intensivere Erörterung? - Er hat zumindest

berichtet - das Ganze ist auch auf Protokollseite 29 zu lesen, um hier eine Angabe zu machen -, dass immer, wenn es Neuigkeiten gab, wenn neue Aspekte auftauchten, das hineingegeben und dann eben aufgegriffen wurde. Es gab also so ein gewisses Wechselspiel. Können Sie vielleicht darüber was sagen, wie Sie erkannt haben in der Kommission, was jetzt als Nächstes wichtiges Thema ist, welche Bedarfe an Informationen da waren? Also, wie haben Sie das Ganze sozusagen aufbereitet?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Es gab sozusagen eine Gewöhnungsphase. Am Anfang war das so, dass weder die Mitarbeiter oder Wissenschaftler aus dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung oder aus der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe oder DWK oder DBE - ich sage mal - an einen Stil dieser Informationsarbeit gewöhnt waren. Das war etwas Neues. Es hat sich dann so ein Kommentar sozusagen, ein Umgang miteinander entwickelt, in dem mindestens nach dem ersten, zweiten Mal, wo es Knatsch gab, weil wir nicht freiwillig sozusagen die Informationen kriegten, sich ein Stil entwickelt hat, wo dann klar war, dass die Behörden, diejenigen, die das Ganze untersucht haben - ob nun faktisch als Bergleute, also DBE, oder BGR oder NLfB -, im Grunde genommen auf uns zugekommen sind und haben gesagt: Wir haben Anlass zu berichten.

Es gab durchaus die Situation - das kann ich aber nun im Detail nicht mehr beschreiben -, dass möglicherweise in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* - durch wen auch immer - irgendeine Meldung stand, die Anlass dazu gab zu sagen: Wir wollen hier eine Sitzung haben, und wir wollen informiert werden. Es gab - wenn ich das richtig entsinne - - mal eines dieser besseren, sozusagen bekannteren Beispiele nehmen: Der Professor Herrmann in Clausthal, als der so seine ersten Ergebnisse hatte, dann war es selbstverständlich, dass diese Fragen: „Was machen die Laugen? Wo kommen die her? Was ist das eigentlich?“ - - dass Professor Herrmann eine Einladung in die Gorleben-Kommission kriegte und dort Rede und Antwort stand.

Ich kann nur wiederholen: Die Gorleben-Kommission war, wenn Leute uns informieren wollten, ein zentraler Anlaufpunkt, weil sie den Vorteil hatte, dass man nicht in fünf oder sechs oder sieben oder acht Gemeinderäten berichten musste, sondern dass stell-

vertretend für alle kommunalen gewählten Vertreter die Leute dort informiert wurden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Eine weitere Frage. Die Bürger vor Ort, die ja nun auch ein großes Informationsinteresse hatten - - Wie kann man sich das vorstellen? Es gab ja viele skeptische Bürger natürlich. Gab es auch einen Teil der Bürger, die durchaus - sagen wir mal - offen waren für diese zusätzlichen Informationen, für wissenschaftliche Untersuchungen oder so? Ich meine, Bürgerinitiativen entwickeln ja auch mit der Zeit ein sehr hohes Potenzial an Sachkenntnis usw. Also, wie war das in den Anfängen? Hatte man denn, ja, durchaus auch offene - sagen wir mal -, neugierige Bürger, die gesagt haben: „Na gut, wir hören uns das erst mal an“? Also, war es von vornherein - sagen wir mal - eine Verhärtung der Fronten?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, es gab - um mit dem Letzten anzufangen - natürlich im Laufe der politischen Auseinandersetzung eine Verhärtung der Fronten, die ich in allen Facetten hier gar nicht beschreiben will. Ich habe vorhin mal darauf hingewiesen, dass es auch unmittelbare Bedrohungen für mich und meine Familie gab. Aber darüber will ich eigentlich gar nicht so ausführlich berichten.

Wichtig war, dass mit der Einrichtung der Informationsstellen des Bundes und des Landes praktisch jeder, der wollte, Fragen dort platzieren konnte, bzw. wer auch immer den Wunsch hatte, eine Veranstaltung zu machen, dass dann über Herrn Kulke oder über Herrn Gerharty bzw. Herrn Becker-Platen Veranstaltungen, Gespräche organisiert wurden und vor allen Dingen auch im Rahmen des Möglichen Besuche in kern-technischen Anlagen; das, was ich hier schon mal ausgeführt habe. Das heißt, es ist eigentlich so gut wie alles unternommen worden, um Leuten Zugang zu Sachinformationen, zu Anlagen zu ermöglichen, die für das Projekt selber relevant waren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Rederecht geht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, hatte die Gorbelen-Kommission eine Satzung?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, die bestimmte sich nach der Gemeindeordnung, wenn ich das - - Also, Satzung in dem - - nein, in dem Sinne nicht. Es gab einen Grundsatzbeschluss des Kreistages über die Zusammensetzung. Darüber wurde sich verständig.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber es gab keine Satzung, die zum Beispiel den Ablauf oder einen Sitzungsturnus oder die Teilnahme festlegte?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Wir waren eine Kommission des Kreistages.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Können Sie sich an den Sitzungsturnus erinnern?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Irgendwas alle vier Wochen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber das war auch nicht - - Das war eher situativ bezogen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Es wurde dann gemacht, wenn es dringend notwendig war, und es gab etwas längere Zeiträume, wenn es keinen Anlass dafür gab, Sitzungen einzuberufen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Sie müssen ja immer dabei bedenken: Wir reden jetzt über die Leute, die einem ganz normalen Beruf tagsüber nachgegangen sind.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, ist schon klar. Ist ja auch kein Vorwurf; war ja einfach nur eine Frage. - Also, Sie haben sich damals eher verstanden als ein Gremium, was die Kommunalparlamente und die kommunalen Entscheidungsträger informiert, und weniger als ein Organ, das den Bürgerdialog führt? Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, wir haben beides gemacht. Wir haben unsere Arbeit öffentlich gemacht, und wir haben durch die Bundes- und die Landesregierung die Informationsstellen initiiert und haben dafür ge-

sorgt, dass auch außerhalb der Gremien Informationen zur Verfügung standen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und wenn Ihnen da so viel an der Öffentlichkeit lag, warum musste dann der NDR sich einen Zutritt zu den Sitzungen erst juristisch erstreiten?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das hat der NDR erst getan, als wir die *Elbe-Jeetzels-Zeitung* als ständigen Gast bei uns hatten. Vorher hat ihn die Teilnahme an der Gorleben-Kommission nicht interessiert.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wann war das Ihrer Erinnerung nach?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das weiß ich nicht mehr. Also, irgendwo 88/89, weiß nicht was, also eher am Ende der ganzen Veranstaltung als am Beginn.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber ich sehe dann richtig, dass Sie nicht zum Beispiel Medienvertreter eingeladen haben und wer möchte, kann kommen, sondern eher - sage ich mal - Einzelne halbwegs - ich sage es jetzt mal so flapsig - handverlesen zugelassen haben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Sie verwenden, Frau Abgeordnete, einen falschen Begriff. Die *Elbe-Jeetzels-Zeitung* ist alles andere als eine handverlesene Veranstaltung. Sie hat immer gegen das Projekt geschrieben und nie für das Projekt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber es ist halt nur *ein* Medium, und ich meine, es gibt ja immer dann doch eine Vielzahl, und ich kann mir nicht vorstellen, dass keine andere Redaktion, sei es vom Hörfunk oder Fernsehen oder Zeitung, da Interesse gehabt hätte.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Bei mir hat sich jedenfalls bis zur Zulassung der *Elbe-Jeetzels-Zeitung* und Einladung der *Elbe-Jeetzels-Zeitung* niemand anderes wirklich gemeldet.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber der NDR musste sich juristisch das erstreiten. Das heißt, er muss ja erst mal auf das Gremium zugegangen sein und um Zutritt

gebeten haben, und der ist ihm dann wohl offensichtlich verwehrt worden.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, Sie reden jetzt über eine Zeit, die hinter den Terminen der Beweisaufnahme dieses Ausschusses sozusagen liegt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, aber das - -

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der LINKEN)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, natürlich. Aber doch.

(Zuruf: Sie sind Zeuge, Herr Zeuge!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt lassen Sie den Zeugen mal ausführen, und dann gucken wir, ob wir zufrieden sind.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich darf doch das so sagen. Das ist das eine.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er soll die Fragen nicht bewerten!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie auch nicht. - Bitte fahren Sie fort mit der Beantwortung der Frage der Kollegin Menzner.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich wollte nur Gelegenheit geben, sich zu beruhigen. - Es ist so, dass wir an der Stelle über Jahre gar keine Probleme hatten. Ich kann das nur wiederholen. Ich bin als Vorsitzender im Einvernehmen mit der Gorleben-Kommission in die Redaktion der *Elbe-Jeetzels-Zeitung* gegangen oder habe mich zu Hause hingesetzt und habe das aufgeschrieben, und damit war das erledigt. In dem Augenblick, wo wir in der Gorleben-Kommission, auch vor dem Hintergrund - - ich kann das nur noch - - ich glaube, ich sage es jetzt das fünfte Mal -, das rein auch zeitlich, arbeitsmäßig mir zu viel wurde, haben wir noch mal darüber diskutiert und gesagt: Wir sind ein Gremium für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, für die Kommunalparlamente, für die Bürgerinnen und Bürger, und wir wollen jetzt noch mal mit der *Elbe-Jeetzels-Zeitung* darüber sprechen. - Und das war insbesondere der Herr Cordt, der auch ein Interesse an dem Thema hatte und drin war, und der hat dann gesagt: Okay, ich nehme jetzt teil, und dann ist die Bericht-

erstattung bei der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* direkt angesiedelt, und der Vorsitzende muss eben keine Berichte mehr schreiben oder Gespräche führen. Und - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Ihnen ist nicht erinnerlich, dass der NDR an Sie herangetreten ist, und in Ihrer Wahrnehmung ist er dann aus heiterem Himmel sozusagen vor Gericht gezogen, um sich den Zutritt zu verschaffen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das habe ich nicht gesagt; Sie haben mich ja nicht ausreden lassen. - Es gab dann den Wunsch, NDR - - Das hätte aber bedeutet, dass wir ja nicht nur den NDR, sondern eine Fülle auch überregionaler Zeitungen möglicherweise gehabt hätten. Dies haben wir in der Gorleben-Kommission beraten und haben uns mit einem Beschluss darauf verständigt, dass wir, weil es um den Landkreis Lüchow-Danenberg ging, die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* gerne dabei hätten; der Rest wäre für uns jedenfalls uninteressant.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. - Aber es ist schon ein bisschen verwunderlich, weil es Ihnen ja nach der eigenen Aussage auch um öffentliche Informationen ging. Und wenn Sie keine Satzung hatten, gehe ich dann recht in der Annahme, dass es über diese und andere Entscheidungsfindungen in der Kommission keine Protokolle oder schriftlichen Notizen gibt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Die Sitzungen der Gorleben-Kommission sind immer protokolliert worden. Ich habe schon mal gesagt: Es brauchte keine Satzung, weil wir ein Gremium des Kreistages waren. Damit gelten für die Gorleben-Kommission im weitesten und engeren Sinne die Gemeindeordnung, die Geschäftsordnung des Landkreises. Wir haben, aus meinem Gedächtnis heraus, auch keine Auseinandersetzung gehabt. Es gab allenfalls eine, nämlich die Frage: Sind die Reisekosten, wenn die Gorleben-Kommission denn unterwegs war, über den Kreistag abzurechnen oder jeweils bei den entsendenden Stellen?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie haben vorhin aber deutlich gemacht, dass doch schon Gorleben in der Zeit ein besonders großes, bedeutendes Projekt auch bundes-

weit war. Da hätte ja nun durchaus vielleicht auch Interesse jenseits der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* bestanden.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich darf noch mal sagen: Wir waren für die Information unserer Bevölkerung, unserer Gremien zuständig und nicht für die bundesweite Information.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Nun geht das Fragerecht an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, ich möchte Sie zuerst noch mal zu diesem Protokoll des Umweltausschuss, aus dem Sie zitiert haben, fragen. Vielleicht erinnern Sie sich ja in der Zwischenzeit doch besser daran, woher Sie das bekommen haben. Sie sind verpflichtet, zu sagen, wenn Sie es wissen, woher Sie es bekommen haben, und ich will Ihnen ehrlich sagen: Es wirkt nicht sehr glaubwürdig, dass Sie sich an etwas nicht erinnern, das im besten Fall vier Monate her sein kann, wenn Sie es sofort nach Sitzung des Ausschusses bekommen haben und nicht jetzt zur Vorbereitung dieser Sitzung heute.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich das in Berlin in der berühmten U-Bahn gefunden habe.

(Heiterkeit)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön. - Also, dann gehen wir jetzt wieder zu den Dingen, wo die Erinnerung noch ein bisschen klarer ist; gehen wir also in die Entscheidung 77. Sie haben vorhin gesagt, drei Bundesminister forderten innerhalb von 14 Tagen eine Entscheidung von Niedersachsen, und zwar einen Standort zu benennen. Sie haben dann noch gesagt, die Landesregierung wollte prüfen, die Bundesregierung wollte Entscheidungen. Also, die Landesregierung hatte keine Zeit zu prüfen. Sind Sie der Meinung, dass man dann einen geeigneten oder gar den geeignetsten Standort benennen kann, wenn man keine Zeit hat zu prüfen und nur 14 Tage bekommt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich habe schon darauf hingewiesen,

dass die Landesregierung einen interministeriellen Arbeitskreis gegründet hat, dass die Landesregierung in der Sitzung am 11. November nach den mir vorliegenden Erkenntnissen gesagt hat: Sie können gerne die Sitzung des Kabinetts verlassen. - Ich hatte darauf hingewiesen, dass es fast einen Eklat, einen Rausschmiss gegeben hätte der drei Bundesminister, weil Ernst Albrecht darauf bestanden hat, dass die Prüfungen des Landes in der dafür notwendigen Zeit zu Ende geführt werden. Also, die These von Ihnen in Ihrer Frage, dass die Landesregierung keine Zeit hätte, ist falsch, sondern Ernst Albrecht hat sich die Zeit genommen, die er für notwendig hielt, um das Anliegen der Bundesregierung zu prüfen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben ja vorhin selbst gesagt, innerhalb von 14 Tagen musste man entscheiden.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, das habe ich nicht gesagt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zitiere Sie noch mal: Die Landesregierung wollte prüfen, die Bundesregierung wollte eine Entscheidung.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Aber das - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist kein Gegensatz?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist doch gar kein Gegensatz. Ich habe hier deutlich gemacht - was mich ja selber auch geärgert hat -, es geht nicht nur um die 14 Tage, sondern es geht darum, dass die Begründung war, man wolle nun endlich die Zusage von Herrn Kubel eingelöst haben. Das heißt - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Gorleben ist schon benannt worden bei dieser Sitzung, als die drei Bundesminister da waren?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das weiß ich nicht. Ich habe nicht an der Sitzung teilgenommen, Frau Abgeordnete.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie gut sind Sie mit Herrn Leisler Kiep bekannt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich war mit ihm zusammen in einer Fraktion. Er war der Finanzminister, und wir haben von Zeit zu Zeit, glaube ich, auch mal ein Bier zusammen getrunken im Landtag, aber mehr auch nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich mache Ihnen jetzt einen Vorhalt aus den heute schon erwähnten Untersuchungen von Herrn Dr. Tiggemann. Da steht in einer Fußnote, die nicht fehlt, sondern die da ist:

Vergleiche auch Kieps Tagebucheintrag zum 11.11.76:

- und jetzt kommt der Tagebucheintrag -

„Hier gelingt es mir, Lüchow-Danzenberg als 4. Möglichkeit aufnehmen zu lassen.“

Also, das bezieht sich auf diese Sitzung, als die drei Bundesminister da waren. Hatten Sie darüber mit Herrn Leisler Kiep irgendwelche Gespräche?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nicht dass ich mich erinnern kann.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wann bis wann, Herr Grill, waren Sie Mitglied des Atomforums?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich war nie Mitglied des Atomforums.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren nie Mitglied des Atomforums?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, das ist eine Falschmeldung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sonstige Verbindungen zum Atomforum?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich kenne eine Menge Leute.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: So wie man Leute kennt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht ehemalige Mitarbeiter

von Ihnen, die dann beim Atomforum arbeiten?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich weiß nicht, was das mit der Frage zu tun hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat mit der Frage zu tun. Ich stelle Ihnen die Frage, ob ehemalige Mitarbeiter von Ihnen dann anschließend für das Deutsche Atomforum gearbeitet haben.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, ich kann nicht erkennen, dass das mit dem Beweisaufnahmeantrag irgendwie in Einklang zu bringen ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, es ist die Frage der Einflussnahme oder Verquickung sozusagen von Entscheidungsträgern mit dem Atomforum. Also, es befindet sich aber sicherlich in einem Randbereich.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, dann kann ich nur sagen: Die Frage, was meine Mitarbeiter nach der Zeit in meinem Büro gemacht haben, ist nicht mit mir abgestimmt, auch nicht mit mir besprochen worden, sondern sie haben ihren beruflichen Weg selber gewählt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Sie auch nicht gefragt, ob sie das mit Ihnen abgestimmt haben. Wenn wir den Herrn Christian Wößner nehmen, der hat zuerst in der Unternehmenskommunikation bei RWE gearbeitet, war dann wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundestagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill, schließlich Mitarbeiter im Bereich Strategie, Koordination bei Vattenfall; inzwischen leitet er beim Deutschen Atomforum den Bereich Presse und Politik. Mit dem Herrn haben Sie keine nähere Bekanntschaft mehr heute?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, Sie sind falsch informiert.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie. Ich frage Sie um Information.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Entschuldigung, Sie sind falsch informiert.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie um Informationen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Darf ich antworten? - Sie sind falsch informiert. Herr Wößner ist schon längst nicht mehr beim Atomforum.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er war!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das war ja immerhin eine Antwort.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, aber - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen sehr wohl über den beruflichen Weg von Herrn Wößner Bescheid und wissen auch, dass er beim Atomforum war. - Nehmen wir noch einen Zweiten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl, ich meine - -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, darf ich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt bin ich mal einen Moment dran. - Frau Kotting-Uhl, es ist überhaupt gar keine Frage - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Fischer arbeitet auch für die Atomlobby!)

- Herr Grindel, ich habe gerade das Wort.

Es ist überhaupt gar keine Frage - deshalb habe ich die Frage ja auch zugelassen, wie Sie bemerkt haben -, dass auch nach diesen Randbereichen sozusagen unseres Untersuchungsauftrages mal gefragt werden kann. Aber ich würde vorschlagen, dass wir uns jetzt wieder den Kernen zuwenden; denn Sie wie ich, liebe Frau Kollegin Abgeordnete, wissen, dass wir in unserer beruflichen Tätigkeit natürlich auch mit verschiedensten Verbänden und Organisationen mehr oder weniger innigen Kontakt haben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt alles auf meine Zeit gegangen gerade?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und da Herr Grill über alle Zeit in der Umwelt- und Energiepolitik gearbeitet hat, ist das jetzt auch nicht weiter verwunderlich. Deshalb würde ich Sie sehr herzlich bitten, den Fragegegenstand jetzt wieder mehr in das Zentrum des Ermittlungsauftrages zu platzieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist gut. Aber da wir - wie Sie heute selber schon zitiert haben - durchaus eine entsprechende Frage, nämlich nach der Verquickung mit der Atomwirtschaft, in unserem Untersuchungsauftrag haben, war mir die Antwort von Herrn Grill schon wichtig, dass da nicht irgendwie über das hinaus, wie man halt so jemanden kennt, Beziehungen herrschen - - dem doch mal etwas nachzugehen. - Gut.

Dann gehen wir noch mal zu der Entscheidungsfindung 77. Sie haben vorhin gesagt, es musste einen Ausgleich geben zwischen Versorgungs- und Entsorgungsstandorten, haben dann als Beispiel genannt, wie viel Gewerbesteuererinnahmen Neckarwestheim hat - das liegt in meinem Bundesland Baden-Württemberg - und wie wenig dann so ein Entsorgungsstandort hat und dass von daher der Lastenausgleich doch sehr wichtig war. Für mich stellt sich jetzt ein bisschen die Frage nach der Henne und dem Ei, und ich möchte Sie gern fragen, ob vielleicht zuerst der Gedanke an den Lastenausgleich da war und dann Ihr Einsatz für die Ansiedlung der Anlage in Lüchow-Dannenberg?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein. Im Übrigen kann ich nur sagen, es hat sich auch niemand daran gestoßen, dass die Stadt Bonn einen Lastenausgleich für den Wechsel der Bundeshauptstadt nach Berlin eingefordert hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung. Ich bitte, dem Zeugen noch mal die Gelegenheit zu geben, seine Frage von Frau Kotting-Uhl noch mal zu beantworten; denn nach der Belehrung, die

vorhin erfolgt ist, ist der Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Die Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Er darf nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit entspricht [sic!], und hat außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht zu achten. Ich gehe davon aus, dass eine Antwort, wie er sie gegeben hat, dass er ein Protokoll, das er nicht hätte haben dürfen, in der berühmten U-Bahn gefunden habe, jedenfalls nicht der Wahrheit entsprechen kann, und bitte zu seinem eigenen Schutz, ihm die Möglichkeit zu geben, diese Antwort zu korrigieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin Vogt, der Herr Kollege Grindel hat sich jetzt zur Geschäftsordnung gemeldet, und ich schließe daraus, dass sich jetzt eine Debatte zwischen Ihnen beiden anschließen wird.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, ich beantrage eine
Beratungssitzung!)

- Genau. Deshalb unterbreche ich jetzt diese Sitzung und berufe eine Beratungssitzung ein. - Ich bitte die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer wenn es eng wird, gibt es eine Beratungssitzung! Gutes System! Nur so scheinen Sie zu glauben, dass Sie hier irgendwas gewinnen können, nur mit diesen Tricksereien!)

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
13.37 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
15.07 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Kurt-Dieter Grill

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann eröffne ich die eben unterbrochene Sitzung und möchte nach der Beratungssitzung ausführen, dass der Ausschuss mich gebeten hat, die Belehrung zu wiederholen, die dem Zeugen eingangs, zu Beginn der Vernehmung, zugekommen ist. Ich darf das noch mal verlesen:

Sie sind als Zeuge, Herr Grill, verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Dienstvergehens, ausgesetzt zu werden.

Der Ausschuss war irritiert bezüglich Ihrer Ausführungen zum Erhalt des von Ihnen zitierten Protokolls des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages vom Jahre 2010.

Ich glaube, damit können wir in der Befragung des Zeugen jetzt weitermachen, und damit eröffne ich die zweite Berliner Runde und gebe der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, ich komme noch mal auf Frau Fritzen zurück. Frau Fritzen hat ja in ihrer Aussage im Ausschuss am 27. Januar unter anderem auch ihre These wiederholt, die sie auch schon mal öffentlich gegeben hat, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Waldbrand und dem späteren Standortgelände des Entsorgungszentrums im Sommer 1975 und der Gorleben-Benennung im Februar 77 gegeben hat. Sie legte da die Schlussfolgerung nahe, dass es sich hier wohl um eine gezielte Brandstiftung handeln sollte oder gehandelt habe. Wie ist - - Was können Sie uns denn zu diesen Waldbränden sagen im Sommer 75, und wie schätzen Sie diesen Vorwurf von Frau Fritzen ein?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, es gibt ja einen Freund von Frau Fritzen, der sogar so weit gegangen ist, in diversen Leserbriefen in der *Elbe-Jeetzell-*

Zeitung zu behaupten, dass Helmut Kohl den Wald angezündet hätte.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Helmut Kohl?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Helmut Kohl, ja, wirklich.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): 1975?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, ja. - Und ich sage das hier, um zu charakterisieren, welchen Stellenwert ich solchen Behauptungen zumesse.

Ich selber habe von 1975 jeden Tag in der Katastrophenschutzleitung und bei den Feuerwehrleuten in Trebel verbracht und weiß, welches sozusagen Ungemach dieser Waldbrand bedeutet hat. Ich kann nur sagen: Es gibt keinerlei Beleg für diese These. Mir ist noch nichts zu Gesicht gekommen, in der man das nachvollziehen würde, und ich habe hier und da mal gesagt: Man möge doch mal bitte Beweise für diese These vorlegen. - Ich habe bis heute nichts gesehen. Mal abgesehen davon, dass die drei Brände, die hier wirklich zur Debatte stehen, einmal Celle, einmal Gifhorn, der ja besonders tragisch war, und auch Lüchow-Dannenberg - - Also, Gifhorn war deswegen tragisch, weil meine vier Leute verbrannt sind, was zu einer heftigen Auseinandersetzung im Niedersächsischen Landtag geführt hat. Aber das gehört hier nicht her.

Die Waldbrände sind nach allem, was ich weiß - und dazu mag man dann bitte die Brandschutzexperten fragen -, in einer Art und Weise entstanden, wie Waldbrände halt entstehen können in einer Zeit, in der es lange trocken war und und und. Ich finde, dass jemand, der das auch heute noch vertritt, mal endlich dazu kommen sollte zu sagen: Hier sind die Beweise dafür, dass das angezündet worden ist. - Das ist nicht geschehen, insofern: Meine persönliche Beobachtung kann das sowieso nicht bestätigen, und ich habe mit den Feuerwehrleuten und dem Brandschutzbeauftragten des Landkreises, vielen anderen mehr in der Zeit geredet. Ich habe niemanden gefunden, der der These gefolgt ist.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Man hat ja sicherlich auch Untersuchungen angestellt, wie der Waldbrand möglicherweise entstanden -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das kann sein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): - ist; denn es war ja ein sehr trockener Sommer. Ich kann mich da noch dran erinnern als Kind, dass wir -- Weil Sie auch sagen: in Gifhorn. - Neudorf-Platendorf war ja so ein großer Brand damals und auch in Lüchow-Dannenberg. Man wird ja Untersuchungen auch angestellt haben.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, aber, Herr Abgeordneter, ich kann nur sagen: Dann müsste man gegebenenfalls - ich sage mal - noch mal Herrn Poggendorf, der zu der Zeit -- Nein, Wilhelm Paasche war damals Oberkreisdirektor. Und im Landtag von Niedersachsen, in dem es zu der Zeit heftige Debatten gegeben hat -- Der Hintergrund war das Verbot von vierradgetriebenen Fahrzeugen für die Feuerwehr aus militaristischen Gründen. Diese Dinge haben den Niedersächsischen Landtag bewegt; ich habe niemanden im Niedersächsischen Landtag erlebt, der in den Debatten über diese Waldbrände und die Feuerwehreinätze die These vertreten hätte, es sei ein willkürlich gelegter Brand über irgendwelchen möglichen Entsorgungsstandorten oder Ähnliches. Zu der Zeit gab es auch keine öffentliche Debatte über Gorleben und weiß ich was. Also, ich würde das eher in das Reich von Fantasie und was auch immer verweisen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut, vielen Dank. - Nun sind Sie ja auch -- Ich will noch mal zur Standortauswahl zurückkommen. Sie sind ja nur eine der wenigen Personen, die die ganze Historia von den -- ja noch vor den Anfängen eigentlich auch miterlebt hat. Sie waren seit 1974 im Niedersächsischen Landtag - ist richtig, nicht?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also lange vor der Ernennung Gorlebens zum möglichen Standort. Wie ist denn -- Oder können Sie uns mal berichten, wie diese Standortauswahl von Gorleben für ein nukleares Entsorgungszentrum eigentlich entstanden ist, vielleicht aus Ihrer Sicht mal erklären, wie das entstanden ist, die Auswahl, das Auswahlverfahren? Wir haben ja schon gehört, dass es mal von der KEWA 125 Standortmöglichkeiten gab. Davon sind dann nur

noch vier oder so übrig geblieben. Vielleicht können Sie da mal bitte was zu sagen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, das ist ja eine Beschäftigung, Herr Abgeordneter, die man erst dann anfängt, wenn einem das Problem sozusagen etwas näher rückt und man möglicherweise auch gezwungen ist, sich damit auseinanderzusetzen. Die erste Bemerkung, die ich dazu mache, ist, dass ja im Gegensatz zu vielen öffentlichen Diskussionsbeiträgen die Frage, in welchem Medium oder in welcher geologischen Formation und in welcher technischen Form man die Entsorgung für die Kernkraftwerke betreibt -- Diese Überlegungen haben jenseits der Öffentlichkeit in der Wissenschaft stattgefunden zu einem Zeitpunkt, wo es die Öffentlichkeit eigentlich relativ wenig interessiert hat, um nicht zu sagen: gar nicht. Deswegen habe ich vorhin schon einmal zitiert, weil mich das nach wie vor fasziniert, dass 1963 selbst in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* ein Bericht erschien, in der, wenn ich das recht entsinne, ein unter Hinweis auf die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - das spielt in einem anderen Zusammenhang noch eine Rolle: Wer hat eigentlich was gewusst -- Die Informationsträger über die gesamte geologische Struktur der Bundesrepublik Deutschland war die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und erst dann das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung. Und ich habe damals mit Professoren wie - ich glaube, er hieß Richter; das war sozusagen der „Salz-papst“, Tüttelchen, in Deutschland -- Gespräche gehabt über die Frage der Salzformation. Und was vielleicht kaum noch jemand weiß: Es gab ja auch noch ein Konzept eines Professors aus der BGR oder im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung - der Professor Hofrichter, wenn ich den Namen richtig entsinne -, der im Haselgebirge in Schleswig-Holstein ein vollkommen anderes Konzept vorgeschlagen hat. Das ist damals unisono von allen Fachleuten verworfen worden, sodass also am Ende aus meiner Sicht in der ersten Begegnung mit dem Problem klar war: Es gibt die Salzstöcke in Niedersachsen - das ist übrigens auch noch mal interessant für die Frage alternativer Standorte zu Gorleben -, man wird aus Niedersachsen so schnell nicht rauskommen. Von daher gesehen war das, was bei mir auch hängen geblieben ist, die Information, dass der Salzstock Gorleben in der Spitzen-

gruppe der möglichen Standorte liegt. Also, es ist nicht so, dass Gorleben von vornherein etwa ausgeschlossen wurde, sondern das einzige Ausschlusskriterium - das habe ich hier bereits vorgetragen - war aus der Sicht der Bundesregierung die Nähe zur Zonengrenze, aber nicht die Frage der geologischen Eignung.

Und es gab - - Es gibt einen zweiten Punkt, der sehr häufig in der Diskussion - aus meiner Sicht jedenfalls - übersehen wird: Egal wo man einen Standort möglicherweise entscheiden will: Bis zu dem Zeitpunkt liegen lediglich obertägige Erkundungsergebnisse vor, die möglicherweise ergänzt werden durch Untersuchungen schon aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, wo es darum ging, Rohstoffvorkommen zu finden, also Erdöl, Erdgas und vieles andere mehr, und ich denke mal, dass auf dieser Basis vollkommen klar war: Es kann eine Antwort erst geben, wenn man im Grunde genommen im Inneren von jedweder geologischen Formation ist.

Und deswegen habe ich auch vorhin gesagt: Die Entscheidung der Landesregierung war die Entscheidung für eine Untersuchung eines Standortes. Die war nicht die Entscheidung, dort zu bauen. Das ist deswegen wichtig, weil der Kreistag Lüchow-Dannenberg dieser Erkundung und dieser Untersuchung zugestimmt hat. Und ich denke mal, dass man vielleicht noch mal einen Hinweis geben kann - das war mir bis dato auch nicht bekannt -: Es gibt ja in meinem ehemaligen Bundestagswahlkreis, in Ihrem heutigen Bundestagswahlkreis, einen zweiten Salzstock, der mal benannt worden ist in der BGR-Untersuchung über mögliche Alternativen. Das ist der Salzstock Sumte, Amt Neuhaus. Ich glaube, der mecklenburg-vorpommersche Landtag hat eine Woche gebraucht, um eine EntschlieÙung zu fassen, dass das nicht infrage kommt.

Ich denke also, dass man im Kern auf Ihre Frage sagen muss: Wir haben uns mit einer Vielfalt von Fragen - von Salz als Medium bis hin zur Frage: Was kann man heute schon wissen? - entschieden zu sagen: Hier kann eine Untersuchung stattfinden; was ja - übrigens aus der Sicht der Kommunalpolitik - deswegen wichtig ist, weil wir uns auf diesem Hintergrund - es ist eine Untersuchung - dezidiert für die Anwendung des Bergrechts ausgesprochen haben und gefordert haben - - und kein Atomrecht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und ich glaube, dass in die-

sem Sinne die Begegnung mit der Standortentscheidung eine sozusagen dreidimensionale war: Die Frage des Mediums, die Frage der Technologie, um die es geht, und das Dritte war: Das Ganze aus der Sicht der Kommunalpolitik. Und das habe ich mit Sicherheit auch mit der Landesregierung diskutiert, weil es ja eine Situation war, in die man eher von heute auf morgen hineingestoÙen worden ist, als dass man sich planmäßig hätte darauf vorbereiten können.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wie haben Sie denn von dem Standortauswahlprozess des Landes Niedersachsen erfahren? War für Sie die Entscheidung für den Standort Gorleben dann auch nachvollziehbar?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, das eine - - Wir haben ja, glaube ich, über eine Protokollnotiz oder eine Aussage von Herrn Stuhr hier schon gesprochen. Erstens: Ich bin im Niedersächsischen Landtag, in der CDU - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Stuhr war der Leiter der IMAK?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Stuhr war der Leiter der interministeriellen Arbeitsgruppe. Das ist ja deswegen im Wirtschaftsministerium angesiedelt worden - zu der Zeit jedenfalls -, weil die Frage „Geologie, Bergämter, Bergverwaltung“ damals im Wirtschaftsministerium angesiedelt war. Und deswegen war Herr Stuhr auch derjenige, der diese interministerielle Arbeitsgruppe leitete.

Und es ist irgendwo auch gefragt worden nach dem, was die Bundesregierung und Landesregierung wollte, oder: schnelle Entscheidung oder nicht schnelle Entscheidung. Ich kann nur sagen: Das Land Niedersachsen hat - - Darüber bin ich informiert worden, darüber ist der gesamte Landtag im Übrigen informiert worden, ausweislich der Protokolle des Landtages: Herr Stuhr hat über das Gesamtverfahren dem Niedersächsischen Landtag berichtet - - ist neben der Frage der Prüfung sozusagen aller möglichen Salzstock- - Salzformationen in Niedersachsen eben auch das Raumordnungsverfahren gelaufen. Und erst dann - und wenn man sich das mal anguckt: Das ist dann insgesamt präterpropter ein halbes Jahr gewesen - hat man eine Standortentscheidung gefällt. Und ich denke mal, wenn man sich

dann noch mal die Regierungserklärung von Ernst Albrecht aus dem Mai nach dem Gorleben-Hearing anguckt und durchliest, dann weiß man, dass die Niedersächsische Landesregierung versucht hat, auch mit dem Hintergrund des Gorleben-Hearings - das sind übrigens 14 Bände, in denen man nachlesen kann, was alles erörtert worden ist - - hat die Landesregierung a) gesagt: Die Dimension der Wiederaufarbeitung ist nicht erforderlich - - die berühmten Aussagen zur Frage „Politisch nicht durchsetzbar“, und das Dritte ist, dass ich - auch das habe ich hier schon vorgetragen, will ich aber gerne auch noch mal wiederholen - - Wenn ich meine Rede von damals im Rahmen der Auseinandersetzung über die Regierungserklärung lese, dann weiß ich sehr genau, dass die Leute - es ist eine Direktübertragung gewesen, Liveübertragung gewesen - - dass insbesondere auch bei mir zu Hause die Leute, die von der Entscheidung betroffen waren, sich wiedergefunden haben in dem, was ich dort vorgetragen habe aus der Sicht der Region.

Diese Prozesse, diese Überlegungen, diese Diskussionen, die es damals gegeben hat, die kann man nur bedingt - sage ich mal - heute noch deutlich machen. Aber eins ist gewiss: Wir haben versucht, alle Probleme zu erfassen, die es mit einer solchen Geschichte geben würde, und ich denke, dass ich noch mal hier deutlich machen kann, dass die Regierung Albrecht mit dem Gorleben-Hearing einen Beitrag zur Kultur sozusagen der Erörterung solcher Dinge gemacht hat, wie ich sie bisher jedenfalls so nicht wiedergefunden habe. Dass das auch eine Forderung von Kritikern war, ist ja nur ein Beleg dafür, dass Ernst Albrecht sich der ganzen Geschichte - - einer kritischen Diskussion nicht entzogen hat. - Das ist das eine.

Und das Zweite ist: Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich 14 Tage vor dem Gorleben-Hearing mit den Gegnern auf Wunsch von Gräfin Dönhoff - wenn ich recht entsinne - bei Graf Hatzfeld mit Herrn Bernstorff auf dem Schloss von Herrn Hatzfeld getroffen. Er ist aber nicht ins Gorleben-Hearing gekommen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wo war das?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Beim Grafen Hatzfeld. Ich weiß nicht, wo - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, nein, wo ist das Schloss?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich weiß das nicht, wo Hatzfeld wohnt, irgendwo in Deutschland. Habe jetzt gerade irgendwo durch Zufall einen Bericht über seine Wälder gesehen und wie er damit umgeht - Sohn, der Nachfolger oder weiß ich was. Das ist mir auch - ich sage mal - relativ egal, wo das Schloss von Graf Hatzfeld liegt. Jedenfalls war das so.

Und es gibt einen gewaltigen Unterschied in der Diskussion der Bundesregierung und der Landesregierung, insbesondere auch Carl Friedrich von Weizsäcker und Ernst Albrecht, weil die beiden - im Gegensatz zum Bundeskanzler Helmut Schmidt - auch eine Diskussion über das Kriegsrisiko haben wollten und sie auch geführt haben, weil die Frage, die wir insgesamt zu betrachten haben - nicht nur bei einer solchen, sondern auch bei anderen Anlagen, und zwar reden wir dann nicht über irgendwelche absurden Atomkriege, sondern über ganz konventionelle kriegerische Auseinandersetzungen -, ist ja die Sensibilität solcher Anlagen. Und was ich damit deutlich machen will: Es gab im Gorleben-Hearing aus der Sicht von Ernst Albrecht, aus der Sicht eines Mannes wie Carl Friedrich von Weizsäcker keinen Gesichtspunkt, der in der Diskussion unter den Tisch gefallen ist. Und es war öffentlich, und jeder konnte von morgens bis abends zuhören. Und wenn man heute sich das mal anguckt, was in Gorleben steht - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Darf ich mal dazwischenfragen? Das war ja eine öffentliche Veranstaltung.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, in der Presse - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wurde das von der Bevölkerung entsprechend auch angenommen oder, weil Sie ja am Anfang sagten, es hat nicht so interessiert - - Das Interesse der Bevölkerung kam ja sicherlich im Laufe der Zeit. Wurde denn dieses Hearing von der Bevölkerung angenommen in großer Zahl, oder - -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich sage mal: Das war so - aber ich will mich da jetzt auf Details im engsten Sinne, so nach dem

Motto 0,01, nicht festlegen -: Es gab die Möglichkeit, sich anzumelden, an dem Hearing teilzunehmen. Das ist in dem Maße ausgenutzt worden, wie Plätze zur Verfügung standen. Es ist darüber berichtet worden, und ich denke mal, es ist öffentlich in jeder Weise gewesen, weil die Presse an diesem Hearing genauso teilgenommen hat wie die Kommunalpolitiker, Graf Bernstorff, Bürgerinitiative, wer auch immer.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut, vielen Dank. - Kommen wir doch noch vielleicht mal ein bisschen zur Geologie. Welche Priorität hatte das Kriterium „großer unverritzter Salzstock“ für die Auswahl des Standorts?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Es war zu dem Zeitpunkt eigentlich das Entscheidende, wenn ich es etwa mit Mariagluck mal vergleiche, und es gab natürlich diese Frage der geologischen Barrieren, die Frage sozusagen eines sicheren Abschlusses gegenüber der Biosphäre. Aber der Vorgang ist ja nicht der, dass man sagt: Ich kann von oben das alles beurteilen. - Es gibt aus dem Gorleben-Hearing einen sehr schönen Satz, von Hermann Schnipkoweit übrigens, der hier heute schon mal erwähnt worden ist. Hermann Schnipkoweit hat in der ihm eigenen Art bei der geologischen Diskussion gesagt: Vor der Hacke ist es duster. Deswegen muss man runter und untersuchen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ein Satz, den wir hier schon, glaube ich, 15-mal gehört haben in dem Ausschuss. Aber nicht nur von Herrn Schnipkoweit, sondern auch von anderen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, aber ich sage mal -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ist ja richtig.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: - aus der Erinnerung. Und deswegen ist die Frage „Unverritztheit“ ja nur eins von vielen Kriterien gewesen. Und wenn ich mir mal angucke, was die Geologen nach den seismischen Untersuchungen, die ja sehr großflächig gemacht worden sind, nach den Probebohrungen, für ein Bild von dem Salzstock gemalt haben, und mir das angucke, was da heute daraus geworden ist, dann haben sie sich in einem geirrt, nämlich in der Mächtigkeit

des alten Steinsalzes, das entscheidend ist für die Frage des möglichen Einlagevolumens. Das ist ein paar 100 Meter breiter als vermutet.

Dass wir also all die Diskussionen ja nicht nur am Anfang geführt haben, sondern - - Ich weiß nicht. Ich habe es nicht gezählt, ich könnte jetzt auch beim besten Willen nicht mehr zusammenkriegen, wie oft wir, auch mit der DBE, mit der BGR, in den vereisten Schacht gefahren sind, um uns die Ergebnisse anzugucken, um zu gucken, was da wirklich ist vom Gipshut-Erreichen und Ähnlichem bis hin zu der ersten Fahrt dann in den Schacht, nachdem also der Schacht wirklich ausgebaut worden ist. Und ich denke, dass das also nur deutlich macht, dass wir uns in jeder Phase mit dem Fortgang dieser Arbeiten beschäftigt haben, weil die Frage - und das können Sie auch in den Papieren der Kommunalpolitik in Gartow nachlesen - - Wir sind ja nicht diejenigen, die sagen: „Das ist geeignet“, sondern wir sind diejenigen, die die Frage haben: Ist es, oder ist es nicht, und was sind die Ergebnisse der Erkundung?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Grill, Sie haben vorhin deutlich gemacht, dass Sie Ihre Arbeit in der Gorleben-Kommission so verstanden haben, dass Sie den Prozess für die Bürger nachvollziehbar gestalten wollten und Transparenz schaffen wollten über das, was da vor sich geht. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Ute Vogt (SPD): Dann wollte ich fragen: Haben Sie in Ihrer Zeit - - In der Gorleben-Kommission fällt ja auch der Schachtunfall vom Mai 1987. Ist das richtig? Ja oder nein?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Dann würde ich nämlich dazu zitieren gerne aus MAT A 116 Band 15, Paginierung 148438. Es geht hier, Herr Grill, um ein Schreiben der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Da geht es um

die Frage, dass die SPD-Landtagsfraktion im Vorfeld einer Anhörung Fragen eingereicht hat, die dann die PTB von Ihnen weitergeleitet bekam, und die PTB schreibt nun ans Umweltministerium:

Herr Grill beabsichtigt, am 09.02.88 ein Gespräch mit Bundesminister Töpfer und Staatssekretär Stroetmann zu führen. In diesem Gespräch wird er auch die Frage der Unterlagenherausgabe ansprechen.

Also, es geht um die Unterlagenherausgabe anlässlich der Anhörung an immerhin die Parlamentskollegen. Und dann heißt es weiter:

Herr Grill selbst vertritt eine restriktive Haltung.

Wie lässt sich diese restriktive Haltung der Information sogar des Parlaments vereinbaren mit Ihrem vorhin geäußertem Vorsatz, Sie wollten mit der Kommission immerhin ja alles transparent und nachvollziehbar gestalten?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Darf ich das Dokument sehen? Ich kenne es nicht.

(Zuruf)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, eine Vorhaltung geht auch unter Vorlage des Dokuments, natürlich.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Wir haben gerade die Zeit angehalten, damit das ausgehändigt werden kann.

(Ute Vogt (SPD): Dankel)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, Frau Abgeordnete, ich lese hier, in dem gleichen Dokument, was ich jetzt hier habe:

Der Umfang der Unterlagenanforderung

- also der SPD-Fraktion, das ist ja nicht von mir geschrieben, sondern von der PTB -

erinnert eher an die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses als an die Durchführung einer öffentlichen Anhörung. Auch ist es nach Auskunft von Herrn Grill parlamentarisch unüblich, für eine öffentliche Anhörung so umfassende Unterlagen zu fordern. Er bat uns aber dennoch zur

Meinungsbildung in der niedersächsischen Regierungskoalition um Mitteilung, welche Unterlagen die PTB freiwillig vorlegen würde. Herr Grill benötigt unsere Antwort bis zum 08.02.1988.

Ich sage dazu - Sie haben das ja selber auch zitiert -: Ich bin ja nicht nach Bonn gefahren, um zu verhindern, dass die Unterlagen kommen, sondern ich bin nach Bonn gefahren, um die Unterlagen für diese Anhörung des Niedersächsischen Landtages zu haben. - Erstens.

Und zweitens. Der Unfall im Schacht hat mit dem Thema Kernenergie nichts zu tun.

Ute Vogt (SPD): Der Unfall im Schacht hat mit dem Thema Gorleben zu tun. Es gab immerhin einen Toten und sechs Schwerverletzte, und ich frage mich, wieso Sie dann, wenn die SPD-Landtagsfraktion einen Fragenkatalog vorlegt im Rahmen eines parlamentarischen Vorgangs, sich berufen fühlen - quasi als Waffenträger -, diesen Fragenkatalog unmittelbar der PTB zu übermitteln und dann noch dort zu verhandeln, welche Umgangsweise man mit dem empfiehlt. Das scheint mir nicht Ihrer parlamentarischen Aufgabe zu entsprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir bräuchten keine Antwort, sondern eine Frage.

Ute Vogt (SPD): Die Frage ist: Was hat Sie dazu berechtigt, den Fragenkatalog der PTB vorzulegen, und was hat Sie dazu legitimiert, der PTB noch Hinweise zu geben, wie sie damit aus Ihrer Sicht umgehen soll?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich wiederhole: Erstens. Der Unfall hat mit dem Thema Kernenergie nichts zu tun. Er ist ein Vorgang, der in jeder bergmännischen Erkundung passieren könnte. Daran werden Sie nichts ändern. - Erstens.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist die Wahrheit!)

Zweitens. Ich habe von meinem parlamentarischen Recht im Sinne der Anforderungen der SPD und wie man sie umsetzen kann, Gebrauch gemacht als frei gewählter Abgeordneter - in Verantwortung für die damals regierende Koalition - und habe mich vom Grundsatz her - das wird hier aus dem Dokument auch deutlich - darum bemüht,

dass wir alle Vorgänge um diesen Schachtunfall aufklären. Das ist deswegen nicht so ganz einfach gewesen, weil für die Frage der Begutachtung solcher Vorgänge es in Deutschland nur ganz wenige Sachverständige außerhalb der Bundesanstalt für Geowissenschaften und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung gegeben hat.

Das heißt, eine sachgerechte Untersuchung und Diskussion über diesen Vorfall, den keiner von uns auf die leichte Schulter genommen hat - damit wir uns da nicht missverstehen, dass wir das voreinander kriegen - - Das ist auch eine Aufgabe gewesen, die ich nicht im Widerspruch sehe zu meiner ganz generellen Auffassung, alles sozusagen zu diskutieren, was an Fragen da ist. Und ich denke, dass die Frage, die Sie damit an mich richten, in dem Sinne hinreichend beantwortet ist, dass ich sage: Ich habe mich darum bemüht, dass wir eine sachgerechte Aufklärung zu einem Unfall haben, der im Übrigen unter dem Gesichtspunkt der politischen Rücksichtnahme zu einem Stillstand der Erkundung geführt hat von über einem Jahr.

Ute Vogt (SPD): Es geht ja jetzt nicht um die Frage der Kernenergie, sondern um die Frage Ihrer Informationspolitik. Wieso empfehlen Sie restriktive Haltung bei einer Frage, die nun wahrlich von solchem Gewicht ist, dass normalerweise nach Bergrecht ja auch ein parlamentarischer Ausschuss für Grubensicherheit zum Beispiel sich mit dem Thema befasst hat? Denn das ist in solchen Fällen - jedenfalls in anderen Bundesländern - auch üblich. Und ich frage mich trotzdem, wieso Sie eine restriktive Haltung empfehlen. Was war die Sorge, die Sie da bewegt hat?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Entschuldigung, Frau Vogt. Frau Abgeordnete, Sie tragen mir eine Interpretation eines Dritten vor. Mehr sage ich nicht dazu. Ich bin hingefahren, um Informationen zu kriegen. Die Bewertung, die Sie hier vortragen, ist die eines Dritten.

Ute Vogt (SPD): Das war die Bewertung des Herrn Rösel.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das kann ja gerne sein. Aber ich bin nicht Herr Rösel.

Ute Vogt (SPD): Darf ich dann festhalten: Sie wären auch in diesem Fall für eine offensive Information gewesen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe mich für eine offensive Information eingesetzt; das steht hier in diesem Ding im Übrigen drin.

(Sebastian Edathy (SPD): Nein, das steht da nicht drin!)

Ute Vogt (SPD): Das steht da nicht drin. Aber wir können ja dann Herrn Rösel dazu befragen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Doch, das steht drin. Entschuldigung, Frau Vorsitzende, wenn ich das noch mal sagen darf: In diesem Brief steht drin, dass der Herr Grill nach Bonn fährt, um dafür zu sorgen, dass alles getan wird, damit wir die Sache aufklären, damit die Dokumente beigebracht werden, aus denen man eine ordentliche Anhörung im Niedersächsischen Landtag durchführen kann. Haben wir im Übrigen auch getan.

Ute Vogt (SPD): Ich will noch mal darauf verweisen, dass wir dann, weil hier ja Öffentlichkeit ist, das korrekt zitieren müssen, und ich habe es vorhin vorgelesen:

Herr Grill beabsichtigt

- das ist richtig -,

... ein Gespräch mit Bundesminister Töpfer und Staatssekretär Stroetmann zu führen. In diesem Gespräch wird er auch die Frage der Unterlagenherausgabe ansprechen. Herr Grill ... vertritt eine restriktive Haltung.

Habe ich richtig verstanden, dass Sie diese restriktive Haltung damals nicht vertreten haben, so wie sie Herr Rösel auf Seite 3 des Dokuments beschreibt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist eine richtige Interpretation, wenn Sie so wollen. Ich kann auch da nur noch mal sagen, dass Sie dann schon konkret alles schreiben müssen, nämlich den Anfang auch an Herrn Dr. Matting, dass es um die Frage ging: Machen wir eine Anhörung, oder reden wir über einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss? Und vielleicht geben Sie mir recht, dass die Frage schon unterschiedlich bewertet werden kann. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass die SPD-

Landtagsfraktion in der Bearbeitung dieses Falls im Niedersächsischen Landtag irgendwelche Beschwerden vorgetragen hat, sondern wir haben in aller Offenheit im Landtag über diese Fragen geredet. Und ich wiederhole noch einmal: Die Vorgänge sind so ernst genommen worden, dass daraus ein Baustopp sozusagen erwachsen ist von über einem Jahr. Und wenn ich das mal vergleiche - dieses ist ja vom 23.01., wenn ich das richtig sehe, 04.02.1988 -, dann will ich Ihnen nur mal eine Haltung des damaligen SPD-Landesvorsitzenden - -

Sebastian Edathy (SPD): Das war nicht die Frage, Herr Kollege Grill.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Entschuldigung - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, also, Herr Edathy, jetzt - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

Sebastian Edathy (SPD): Das tut er ja gerade nicht. Wir können noch zehn Runden machen, liebe Kolleginnen und Kollegen; ich sage Ihnen das sehr deutlich.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er darf doch wohl die Frage beantworten!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So ist das. Wir machen noch zehn Runden; dafür sitze ich auch hier. Herr Grill, bitte beantworten Sie die Frage jetzt weiter.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also erstens. Im Niedersächsischen Landtag ist über die Vorlage der Unterlagen, über die Frage der Anhörung im Niedersächsischen Landtag mir eine Beschwerde der SPD-Landtagsfraktion nicht bekannt.

Zweitens. Am 14.11.1988, also sechs Monate später, hält der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns im Landtag eine Rede, in der er sich ganz massiv gegen den Atommüllumschlag in niedersächsischen Häfen ausspricht, und die Überschrift, die damals gewählt worden ist, heißt „Gorleben statt Atommülltourismus“. Das heißt, der Landesvorsitzende Bruns hat 1988 massiv für die Nutzung des Lagers in Gorleben plädiert. Ich habe in meinen Unterlagen jedenfalls keinen Bericht, in dem die SPD sich über irgendwel-

ches Vorenthalten von Unterlagen beschwert.

Ute Vogt (SPD): Dann will ich noch mal zwei klare Fragen stellen und bitte Sie, diese zu beantworten. Zum einen: Hatten Sie in Bezug auf die Weitergabe von Unterlagen zum Schachtunfall eine restriktive Haltung, oder schreibt Herr Rösel in dem Vermerk die Unwahrheit? - Das ist die erste Frage.

Und die zweite Frage ist: Hatte die SPD-Landtagsfraktion Kenntnis davon, dass Sie die von der Landtagsfraktion eingereichten Fragen einer Behörde zur Vorabprüfung überreicht haben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das weiß ich nicht, erstens, also zu der letzten Frage.

Und das Zweite ist: Ich sage noch einmal: Das ist eine Interpretation von Herrn Rösel, die ich so nicht nachvollziehen kann.

Sebastian Edathy (SPD): Ich muss da noch mal nachfragen; wir werden noch einige Runden haben, Herr Grill. Ich habe da auch noch zu anderen Zeitpunkten - Sie haben sich ja da sehr ausführlich auch über die 90er-Jahre unter anderem geäußert -, von den 70er- bis zu den 90er-Jahren, doch noch etliche Fragen.

Aber noch mal konkret bei dem Punkt: Es gibt hier ein Schreiben nach unseren Akten der PTB an den BMU. Da wird Bezug genommen auf ein Gespräch vom 02.02.88, das zwischen Ihnen und offenkundig mindestens Herrn Rösel in Hannover geführt worden sein soll. Ausweislich dieses Vermerkes wird mitgeteilt, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie erst die Quelle zitieren?

Sebastian Edathy (SPD): - Sie hätten Herrn Rösel überreicht - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Quelle?

Sebastian Edathy (SPD): Das ist ja schon genannt worden, das ist - -

Ute Vogt (SPD): MAT A 116, Band 15.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist genau das, was dem Zeugen auch schon in Kopie gerade vorgelegt worden ist.

Es wird behauptet, Sie hätten Herrn Rösel überreicht eine Unterlage für eine öffentliche Anhörung des Umweltausschusses des Niedersächsischen Landtages vom 06.01.88. Und Herr Rösel schreibt dann, dass Sie, Herr Grill, als damaliger CDU-Landtagsabgeordneter die PTB aufgefordert hätten, mitzuteilen, welche Unterlagen die PTB freiwillig vorlegen würde den Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer befreundeten oder nicht befreundeten Landtagsfraktion der SPD. Und dann heißt es dazu:

Herr Grill benötigt unsere Antwort

- die Antwort der PTB -

bis zum 08.02.88.

Ich darf feststellen: Nach diesem Vermerk haben Sie der PTB sogar eine Frist gesetzt, um Mitteilungen zu machen, welche Unterlagen die PTB Ihren Landtagsfraktionskollegen von der SPD denn vorlegen würde für die öffentliche Anhörung im Umweltausschuss.

Ferner heißt es auf Seite 2 dieses Vermerkes:

Zur Klärung der Frage, ob und inwieweit die Niedersächsische Landesregierung bereit ist, Unterlagen herauszugeben,

- an die SPD-Landtagsfraktion -

hat Herr Grill den Vertreter des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie gebeten, ihm ebenfalls bis 08.02.88 die Antwort zu übermitteln.

Abschließend teilen wir Ihnen noch folgendes mit:

- das darf ich noch einmal zitieren; Frau Vogt hat es bereits gesagt -

Herr Grill beabsichtigt

darüber hinaus - - PTB wird Frist gesetzt, dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium wird eine Frist gesetzt, damit hinter dem Rücken der SPD-Landtagsfraktion ihm schon mal gesagt wird, was an Unterlagen übermittelt wird. Und dann heißt es darüber hinaus:

Herr Grill beabsichtigt, am 09.02.88 ein Gespräch mit Bundesumweltminister Töpfer und Staatssekretär Stroetmann zu führen. In diesem Gespräch wird er auch

- PTB, Niedersächsisches Wirtschaftsministerium reicht ja nicht -

die Frage der Unterlagenherausgabe ansprechen. Herr Grill selbst vertritt eine restriktive Haltung.

Ich finde das für einen CDU-Landtagsabgeordneten ein seltsames, wenn nicht gar ein unwürdiges Verhalten. Würden Sie mir darin zustimmen, dass man das so interpretieren kann?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, ich weise diese Interpretation auf das Schärfste zurück; denn der Kern der Intervention des Abgeordneten Grill war, alles zu tun, damit die Dinge ordnungsgemäß behandelt werden können und damit die Unterlagen, die notwendig sind, auch dem Landtag zur Verfügung stehen. Ich habe doch nichts verhindert. Das müssten Sie mir dann schon mal bitte nachweisen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, ich habe ja vorhin über die Gorleben-Kommission mit Ihnen gesprochen, und ich würde gerne an den Part wieder anschließen, auch wenn das jetzt ein ziemlicher Themenwechsel ist; ich hoffe, Sie können mir folgen. Ich möchte darauf eingehen: Frau Marianne Fritzen, die Gründerin der Bürgerinitiative, war am 27. Januar hier bei uns im Ausschuss, und sie hat natürlich auch viel über ihre Erfahrungen usw. berichtet, und sie hat die Gorleben-Kommission einmal als Geheimklub betitelt; das ist auch im Protokoll der Sitzung auf Seite 62 nachzulesen. Sie hat auch von Closed Shop usw. gesprochen, und sie ist daraufhin auch hier befragt worden, ob sie denn die Möglichkeit hatte, dort einmal teilzunehmen, und dann hat sie gesagt: Ja, sie könnte sich daran erinnern, dass sie nicht allzu oft die Möglichkeit gehabt hatte, vielleicht dreimal.

Meine Frage: Hat es überhaupt eine Diskussion gegeben, dass die Bürgerinitiative bei bestimmten Fragen mit eingeladen wird? Haben die das Begehren an die Gorleben-Kommission gestellt? Wie ist man zu der Zeit damals mit der Bürgerinitiative umgegangen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, Frau Abgeordnete, es ist so, dass - - Wie haben Sie

gesagt? Dass sie jederzeit hätte Zugang haben können, oder was?

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein. Ob es ein Begehren gegeben hat, dass die Bürgerinitiative Zugang zu den Sitzungen hatte, genau wie die Zeitung letztendlich dann teilgenommen hat. Sie sagte, sie ist dreimal hinzu eingeladen worden, maximal dreimal.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, das kann sein, dass zu bestimmten Punkten, bei wichtigen Tagesordnungspunkten eine solche Einladung stattgefunden hat. Das kann ich jetzt sozusagen aus meiner Erinnerung nicht mehr genau definieren, wird aber, wenn sie das so gesagt hat, durchaus richtig sein. Wenn, dann beruhte das aber auf einer Einladung und einer bewussten sozusagen Gestaltung der Sitzung der Gorleben-Kommission. Ansonsten, würde ich sagen, hat die Bürgerinitiative die Gorleben-Kommission in etwa so behandelt, wie das offensichtlich Frau Fritzen hier vorgetragen hat. Das heißt, sie hat keinen gesteigerten Wert auf eine Teilnahme an der Gorleben-Kommission gelegt. Und ich hatte ja ganz am Anfang meiner Ausführungen darauf hingewiesen, dass Frau Fritzen mit Herrn Dr. Schwarze von der SPD und mir 1977 über die Frage diskutiert hat, wie man denn eine Information überhaupt darstellen könnte. Und wir haben zu dem Zeitpunkt den Begriff „Atomforum“ gewählt und haben auch eine Veranstaltung gemacht mit Herrn Professor Pestel, und danach war die Gemeinsamkeit in der Frage der Informationspolitik sozusagen aufgehoben. Frau Fritzen und die Bürgerinitiative haben sich aus dem Projekt ausgeklinkt, was mit dazu beigetragen hat, dass wir dann im Grunde genommen die Arbeit in der Gorleben-Kommission für diejenigen, die gewählt waren, gestaltet haben, und mehr kann ich dazu nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Ich unterbreche jetzt die Befragung durch die FDP-Fraktion, weil ich einen Geschäftsordnungsantrag des Abgeordneten Grindel vorliegen habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte schon begründen, warum ich eine nichtöffentliche Sitzung beantrage, und zwar auch in Gegenwart des Zeugen Grill. Ich habe mich gerade gewundert, weshalb die Kollegen der SPD - wie der Kollege Edathy -

zum Teil mit sich überschlagender Stimme hier so eine Sache problematisiert haben wie diesen Vermerk von Herrn Rösel, wo ich mir gedacht habe: Das ist ja doch eher abseits. - Und jetzt weiß ich, warum sie es getan haben. Die SPD hat, bevor Herr Grill hier überhaupt geantwortet hat, eine Pressemitteilung verbreitet über seine heutige Vernehmung, in der es unter anderem heißt, nachdem er als Atomlobbyist und Sonstiges diskreditiert wird:

Grill hatte offenkundig in Bonn stets direkten Zugang zu den Umweltministern Klaus Töpfer und Angela Merkel sowie zu Bundeskanzler Helmut Kohl.

Und jetzt kommt der Satz:

In Niedersachsen hat er indessen dafür gesorgt, dass bei Krisen - wie dem Schachtunglück im Mai 1987 - der Endlagerbau nicht gefährdet wurde.

Der Zeuge hat genau das Gegenteil eben deutlich gemacht. Es ist ja auch zu einem solchen Vorgang nicht gekommen. Ich finde, neben den vielen miesen Tiefpunkten, die Sie hier schon geliefert haben, ist das nun wirklich der tiefste Tiefpunkt, und wir müssen darüber jetzt mal in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, kann schon sein. Und ich habe hier die Sitzungsleitung, und deshalb unterbreche ich jetzt die öffentliche Sitzung.

(Ute Vogt (SPD): Nein! Ein Geschäftsordnungsantrag erfordert eine Gegenrede und dann eine Abstimmung!)

- Ich kann jederzeit eine Beratungssitzung einberufen, und genau das mache ich jetzt und bitte die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 15.56 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 16.22 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Kurt-Dieter Grill

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Dann eröffne ich die unterbrochene Sitzung und erteile der FDP-Fraktion das Wort. Da gibt es ein Restkontingent an Fragezeit von fünf Minuten.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, Herr Grill, ich wollte Sie ganz gerne fragen in Bezug auf Frau Fritzen, weil mir, sagen wir mal, die Gorleben-Kommission ja auf der einen Seite doch als sehr maßgeblich für klare Informationen und einen Dialog dargestellt wird, und Frau Fritzen hatte eher den Eindruck geschildert, dass dort eigentlich nur für bestimmte Leute Informationen generiert wurden. Nun waren Sie ja insgesamt 13 Jahre lang der Vorsitzende dieser Kommission. Deswegen ist es für mich schon überraschend, dass dann diese Kommission sozusagen nicht mehr fortgeführt wurde. Meine Frage auch bei den unterschiedlichen, sagen wir mal, politischen Kräfteverhältnissen - da waren ja dann doch einige Kreistagswahlen dazwischen -: Hat man denn in der Gorleben-Kommission nach Ihrer Auffassung grundsätzlich immer an einem Strang gezogen?

Dann hätte ich gern die Anschlussfrage noch daran: Hat dann hinterher das Folgengremium, der Ausschuss für Atomanlagen des Kreistages, jemals wieder die gleiche Informationsqualität und Informationsfülle erreicht wie vorher die Gorleben-Kommission? Das hätte ich ganz gern gewusst von Ihnen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, es ist so - ich darf das noch mal deutlich machen -: Es geht ja nicht nur um die Frage, ob die Gorleben-Kommission selber ein Informationsgremium auch im Hinblick auf die Öffentlichkeit gewesen ist - das ist sie insofern, als sie über ihre Sitzungen berichtet hat, und ist sie insofern, als sie für die Räte, sozusagen den Kreistag, die Informationsbeschaffungsstelle war, wenn man so will -, sondern die Gorleben-Kommission ist der eine Teil. Und der andere Teil der öffentlichen Informationen ist das, was wir immer wieder eingefordert haben bzw. auch mitgestaltet haben durch Wünsche für Veranstaltungen und Ähnliches, nämlich die Informationsstelle des Bundes und des Landes. Man kann das nicht voneinander trennen.

Und ich sage mal: In der Gorleben-Kommission gab es in den ganzen Jahren vielleicht zwei Abstimmungen zu zwei wichtigen

Fragen, wo wir beratend sozusagen um Rat oder um unsere Meinung gefragt worden sind. Das eine war die Frage: Wer macht das gesamtökologische Gutachten „Nukleares Entsorgungszentrum“ weiter? Nachdem Planco-Biesig(?) praktisch erklärt hat, sie könnten das nicht, kam Herr Professor Glubrecht von der Universität Hannover, der von Albrecht den Auftrag hatte, sozusagen das zu organisieren, zu leiten, wie auch immer, weil für uns vollkommen klar war, dass allein schon aus dokumentarischen Gründen die Frage „Was ist vorher, und was ist nachher?“ eine ganz wichtige Rolle gespielt hat. Und in dieser Diskussion in Gartow, im Haus des Gastes, hat Professor Glubrecht über diese gesamte Frage, wenn ich das recht entsinne, so irgendwas von mittags bis in den Abend hinein diskutiert. Wir haben also so um die fünf bis sechs Stunden Debatte mit ihm über die Fragen gehabt. Und am Schluss hat er mich gefragt, ob es denn - - er würde gerne eine Meinung der Gorleben-Kommission haben zu der Frage, mit wem, mit welcher Struktur er das machen könnte; denn er hatte kein eigenes Consulting-Unternehmen. Er war also eine Einzelperson, der seine Professur an der Uni Hannover hatte. Und ich habe gesagt, welche Frage hätte er denn. Und dann hat er gesagt, ja, er hätte eben in der Auswahl sozusagen das Unternehmen Elektrowatt, was ein bisschen für ihn - - aus seiner Sicht eben das beste sei, was er kriegen könne. Und da habe ich gesagt: Gut, okay, wenn Sie das möchten, dann lasse ich jetzt erstens Sie nochmal vortragen. - Das hat er dann getan, und dann haben wir abgestimmt, und es gab eine Entscheidung von - ich weiß nicht - 25 zu 2 oder so - irgendwas -, also nicht einstimmig, aber sehr mehrheitlich, und dann ist er losgezogen.

Die zweite große Abstimmung, die es gegeben hat in der Gorleben-Kommission, was wir aber auch kommuniziert haben und publiziert haben, war eine etwa gleich lange Sitzung über die Frage des anzuwendenden Rechts für das Erkundungsbergwerk. Und in dem Zusammenhang ist Herr Professor Rengeling, wenn ich das richtig im Kopf habe, aus Osnabrück und noch irgendjemand gekommen und hat - - Wir haben also pro und kontra Atomrecht/Bergrecht diskutiert. Und es gibt, wenn Sie so wollen, bei dieser sehr komplizierten Frage einen ganz triftigen politischen Grund der Gorleben-Kommission - das hat sie einstimmig entschieden, soweit ich das erinnere -, näm-

lich zu sagen: Um der eigenen Glaubwürdigkeit willen, dass es nicht um eine Atomanlage geht, sondern ein Erkundungsbergwerk, bestehen wir darauf, dass nach Bergrecht erkundet wird und nicht nach Atomrecht.

Und was den Atomausschuss angeht, kann ich nur wiederholen, was ich gesagt habe: Er kann das nicht leisten, weil er für sich alleine ist. Er bezieht die Gemeinden nicht mit ein. Sein Vorsitzender war Mitglied im Forum Endlager-Dialog, und die CDU-Kreistagsfraktion musste einen Antrag stellen, dass sie überhaupt mal berichtet über die Sitzung, weil er von sich aus nie berichtet hat. Deswegen habe ich dazu nicht mehr zu sagen, als dass es gewaltige Unterschiede gibt vor 91 und nach 91.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Rederecht und Frageerecht hat jetzt Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, Sie haben sich jetzt mehrfach zu den Teilnahmen von Frau Fritzen bei der Gorleben-Kommission geäußert. Aber was mir nicht klar ist: War jemals ein Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg insgesamt Mitglied der Gorleben-Kommission? Also, die war ja auch zu der Zeit schon deutlich größer als nur Frau Fritzen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, sie wollte das nicht. Das war nicht ihr Ding.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Habe ich das richtig gelesen, dass die Gorleben-Kommission auch Reisen unternommen hat, sozusagen um an anderen Standorten sich zu informieren und das Wissen zu erweitern?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Können Sie sich erinnern, wie viele Reisen das waren oder wohin die gingen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe die nicht gezählt. Aber von La Hague bis Forsmark, von Karlsruhe bis, ich glaube, ja - - Also ich sage mal so: in diesem Sinne. Wir sind zwei Tage in Karlsruhe gewesen. Nachdem Karlsruhe ein Seminar angesetzt

hatte, um über vergleichende Untersuchungen zu den unterschiedlichen Wirtsgesteinen ihre Ergebnisse vorzutragen, war die Gorleben-Kommission zwei Tage da, und ähnliche Veranstaltungen. Ich habe die Zahl der Sitzungen und Reisen nicht im Kopf, und es wird sicher keine Schwierigkeit sein, die Akten der Gorleben-Kommission auch dem Ausschuss verfügbar zu machen; sie sind ja keine geheimen Akten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Waren dann immer alle Mitglieder der Gorleben-Kommission auf Reisen oder nur einzelne Delegierte?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Soweit ich das erinnere, wenn es irgendwie möglich war, alle.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Mit oder ohne Familien?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Die Frage verstehe ich nicht.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einfach beantworten!)

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Na ja, es kann ja sein, dass jemand auch mal seine Familie mitgenommen hat oder seinen Partner oder seine Partnerin. Das ist die Frage.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, Frau Vorsitzende, ich bin hier als Zeuge, aber ich bin nicht in der Lage, auf diese Frage eine Antwort zu geben, weil sie mich nie interessiert hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielleicht würde die Frau Kollegin die Frage noch etwas mehr auf den Untersuchungsgegenstand konzentrieren.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie haben sich anfangs ja sehr starkgemacht für eine Beteiligung der regionalen und kommunalen Gremien, und die Gorleben-Kommission hat aber demgegenüber keinerlei wirkliche Entscheidungsbefugnis. Sie hat ja - das haben Sie jetzt mehrfach betont - eher so eine beratende und meinungsbildende Funktion für die kommunalen Parlamentarier gehabt. Warum wurde durch Sie, durch andere, insgesamt durch den Kreistag auf eine for-

male Beteiligung der Region verzichtet? Denn so habe ich Sie bisher verstanden.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich kann nicht erkennen, dass ich auf diese Fragen nicht Antworten gegeben hätte. Es gibt in dem Ursprung der Gorleben-Kommission einen Reflex auf Gespräche mit Frau Fritzen und Herrn Bernstorff durch Herrn Ministerpräsidenten Albrecht, an dem die Öffentlichkeit nicht beteiligt war und die dazu geführt hat, dass die Kommunalpolitiker sich ihr Recht auf Informationen geholt haben in Form eines Antrages im Kreistag und mit der klaren Maßgabe, dass die Kommunen vom Standort bis an den Rand des Landkreises Lüchow-Dannenberg allesamt entsprechend ihren Stärken usw. eine Kommission gründen, die im Sinne des Kreistagsrechtes kein Beschlussgremium war, sondern eine Informationskommission, die dazu diente, die Kommunalpolitik in den Stand zu versetzen, alle Vorgänge um Gorleben sozusagen beurteilen zu können. Dieser Aufgabe haben wir uns genauso unterzogen, wie wir im Zweifelsfall erstens vom Grundsatz her gesagt haben: „Wir wollen eine Informationsstätte des Bundes und eine Informationsstätte des Landes“ - das war eine Folge der unterschiedlichen Aufgaben - und dass wir in dem Sinne an wissenschaftlichen Veranstaltungen teilgenommen haben, Anlagen besichtigt haben, um ein Gefühl für andere Probleme zu kriegen, etwa wenn Sie nach Schweden reisen und in Forsmark in einem Zwischenlager in Granit stehen und das Wasser läuft runter und Sie Regenschirm, Gummimantel und Gummistiefel brauchen, oder ähnliche Dinge. Das heißt, wir haben jede Gelegenheit genutzt, uns klug zu machen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie haben ja sehr wohl - das ist MAT A 138, Band 31, Seite 057 bis 059 - unter Druck-sachennummer 3279 eine Kleine Anfrage an die Landesregierung in Ihrer Funktion als Abgeordneter gestellt - das war im Mai 78 -, der die Möglichkeit der Einbeziehung und sozusagen der Beteiligung der örtlichen Bevölkerung und ihrer Repräsentanten zum Inhalt hat. Also, es hat Sie offensichtlich sehr wohl beschäftigt, und Sie sagen jetzt, es war für Sie nicht relevant, ob man rechtmäßig und mit einer Rechtssicherheit beteiligt wird als lokaler Politiker bzw. Vertreter der lokalen

Bevölkerung oder ob das nur so eine beratende Funktion ist.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, Frau Abgeordnete, die Interpretation, die Sie vortragen zu dem, was ich vorgetragen habe, ist komplett falsch; denn ich habe hier immer deutlich gemacht, dass es formalisierter Vorgang war, Beschluss des Kreistages mit einem Aufteilungsschlüssel zwischen den beiden Standortgemeinden, die unmittelbar dran waren, und den etwas entfernter liegenden Samtgemeinden mit der Sicherstellung, dass alle Fraktionen in den Gremien - soweit das eben von den Zahlen her möglich war - beteiligt wurden, und dass wir diesen Prozess konzentriert haben auf die Kommunalpolitik. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich jetzt mal an einer anderen Stelle weiterfragen. Wir hatten vorhin für mich noch nicht befriedigend klären können, was Ihre Rolle im Deutschen Atomforum war. Mir liegt jetzt eine Presseerklärung des Bundesverbandes Christliche Demokraten gegen Atomkraft vor, -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ach du liebe Zeit!

Dorothee Menzner (DIE LINKE): - die damals zumindest geschrieben, Sie wären Mitglied des Verwaltungsrates gewesen. Und des Weiteren liegt mir vor ein Leserbrief von Ihnen vom 10. Januar 98, wo Sie selber - ich kann Ihnen das gerne gleich zukommen lassen - in der Zeitung schreiben:

Gezielt falsch ist die Aussage, ich hätte als Funktionsträger des Deutschen Atomforums einen lukrativen Job.

Also hier lügt der CDAK. - Da haben Sie sich sozusagen gegen die Christlichen Demokraten gegen Atomkraft gewehrt. Wie muss ich das jetzt verstehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie bitte zunächst ein korrektes Zitat für das Protokoll vornehmen?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, ich kann beides wiederholen. Das eine ist eine Presseerklärung des Bundesverbandes Christliche Demokraten gegen Atomkraft.

Grill war vormals sogar Mitglied des Verwaltungsrates des Deutschen Atomforums.

Das ist das Zitat aus dieser Presseerklärung, und darauf bezieht sich Herr Grill dann offensichtlich in einem Leserbrief *Ahauser Zeitung*, 10.01.98 - das ist zumindest als Kurt-Dieter Grill, MdB, Dannenberg, unterzeichnet, dieser Leserbrief -, wo er schreibt - nach einigen anderen Ausführungen -:

Gezielt falsch ist die Aussage, ich hätte als Funktionsträger des Deutschen Atomforums einen lukrativen Job.

Aber das bedeutet ja, dass er unter Umständen durchaus - - Die Frage ist: Lukrativer Job okay; aber es kann ja durchaus sein, dass Sie trotzdem einen Job, eine Beschäftigung, einen Beratervertrag - was auch immer - hatten. Da hätte ich jetzt gerne noch mal eine klare Aussage: Was muss ich mir darunter vorstellen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, der Wahrheitsgehalt der von Ihnen zitierten Aussagen des christlich-demokratischen Arbeitskreises gegen Kernenergie ist etwa so groß wie der Wahrheitsgehalt der Presseerklärung der SPD-Bundestagsfraktion zu meiner Person.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill, es ist hilfreich, wenn Sie nicht in Vergleichen sozusagen Fragen beantworten, sondern klar und einfach.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich war nie Mitglied des Verwaltungsrates des Atomforums. Das wird aber trotzdem immer wieder behauptet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt geht das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Grill, ich komme noch mal zu dem Protokoll, das Sie ja selbst eingeführt haben, mit dem Sie Ihre Einführungen bereichert haben, aus der Umweltausschusssitzung. Wenn Sie jetzt schon sagen, Sie haben es in der berühmten U-Bahn gefunden: Würden Sie uns denn mitteilen, wann Sie es in der U-Bahn gefunden haben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, irgendwann letztes Jahr; ich weiß es nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie sind seit dem 27.09.2010 als Zeuge benannt. Wenn es Ihnen anschließend irgendjemand in die U-Bahn gelegt hat, was eigentlich so sein muss, da die Sitzung erst danach war, ist schon spannend, ob das zur Vorbereitung auf die heutige Untersuchungsausschusssitzung gedient hat.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit Abgeordneten oder Mitarbeitern, die hier im Raum sind, Kontakt gehabt vor der heutigen Sitzung, seitdem Sie als Zeuge benannt sind?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich habe mit Mitarbeitern und - - Ich habe sozusagen das einzige - das können Sie aber auch gar nicht verhindern - - Ich begegne ab und zu meinem Nachfolger, Herrn Pols, weil er in meinem Wahlkreis unterwegs ist und wir auch Gespräche vor Ort haben. Aber das sagt nichts über die Herkunft des Protokolls.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Haben Sie da über Inhalte des Untersuchungsausschusses geredet?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie jetzt, in den Pausen, seit Sie heute hier sind, mit Anwesenden aus diesem Raum geredet?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, aber ganz normale Gespräche: Guten Tag.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Guten Tag“, okay.

Also, Sie waren nie Mitglied des Atomforums? Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Richtig.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren auch nie Mitglied des Verwaltungsrates?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein. Ich bin gebeten worden, das zu werden, habe das aber abgelehnt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, auch das Deutsche Atomforum gehört zu den Vereinigungen, die bisweilen Lügen verbreiten, wenn ich Sie richtig verstehe; denn ich habe hier den Jahresbericht für 1997 des Deutschen Atomforums. Da werden Sie aufgeführt als Mitglied des Verwaltungsrates: Kurt-Dieter Grill, MdB, Bonn.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich bin kein Mitglied des Verwaltungsrates des Atomforums gewesen. Ich habe es abgelehnt, dort Mitglied zu werden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommt es, dass Sie da drin stehen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie das Atomforum fragen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Atomforum ist nicht da, Sie sind da.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er hat doch die Frage beantwortet!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Entschuldigung, ich habe die Frage beantwortet.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Das Atomforum gibt falsche Berichte heraus. Würden Sie das so bestätigen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist Ihre Wertung. Ich kann das nicht weiter kommentieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie werden sich da auch nicht zur Wehr setzen, dass Sie hier falsch geführt werden als Mitglied des Verwaltungsrates?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Wissen Sie, die Zeiten liegen lange hinter mir, und ich bin es gewohnt - - Ich habe das heute ja nun wieder erlebt, dass ich sowieso sagen kann, was ich

will; Sie werden an Ihrer Meinung über mich nichts ändern.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso ich? Das Deutsche Atomforum.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, Frau Kollegin Kotting-Uhl, Sie haben eine Frage gestellt an den Zeugen. Der Zeuge hat die Frage mehrfach - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sicher. Wir stellen fest: Es ist völlig belanglos, dass wir hier einen Jahresbericht des Deutschen Atomforums haben, in dem Herr Kurt-Dieter Grill als Mitglied aufgeführt wird. Es ist völlig belanglos. Der Zeuge sagt, er war nie Mitglied des Deutschen Atomforums, auch nie Mitglied des Verwaltungsrates. Ich nehme das so zur Kenntnis und gebe das Wort an meine Kollegin.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin Kotting-Uhl, ich lasse mir nicht den Mund verbieten, auch nicht von jedwem Mitglied dieser Runde. Der Zeuge Grill hat zu Ihrer konkreten Frage eine konkrete Antwort gegeben. Da gibt es einen Widerspruch, der sich hier, in dieser Runde, nicht auflösen lässt, auch nicht durch mehrere Nachfragen an den Zeugen. Von daher ist es natürlich völlig im Belieben und möglicherweise sogar in der Aufgabe der Fraktionen, diesem Widerspruch weiter nachzugehen; nur, ich fürchte, dass er sich in der Befragung des Zeugen, den wir im Moment vor Ort haben, nicht auflösen lässt.

So, und jetzt Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich bin noch ein bisschen verwundert, weil hier Zeugen schon manchmal - zumindest von einigen Fraktionen - unterschiedlich behandelt werden, Zeuginnen vor allem.

Aber ich möchte jetzt von diesen offenkundigen Widersprüchen wegkommen zur Genese oder zu den ersten Stationen unseres Untersuchungsauftrags. Eigentlich befassen wir uns ja auch mit der Standortfindung und den Entscheidungen oder dem Zustandekommen der Entscheidung für Gorleben. Jetzt komme ich auf das zurück, worauf der Zeuge Grill auch schon Bezug genommen

hat. Er hat darauf hingewiesen, dass er einen Kontakt hatte - 1976 oder 77, war aber nicht genau erkennbar - mit einem Vertreter des Landes Niedersachsen, mit Herrn Stuhr, hat sich dann aber unterbrochen und hat irgend-eine andere Frage beantwortet. Da würde ich jetzt gerne mal wissen - weil, das war ja gerade die erste Phase der Veränderung in den Standortbenennungen -: Wann, Herr Grill, haben Sie denn erstmals mit Herrn Stuhr gesprochen, und worüber haben Sie denn da gesprochen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, nach meiner Erinnerung etwa Mitte 76, als der IMAK gegründet wurde. Ich muss dazu vorausschicken - das mögen Sie mir wahrscheinlich nicht glauben, aber: Ich war 1974 oder - - Ich habe mit Umweltpolitik 1969 angefangen, und ich bin mit der Vorstellung, Umweltpolitik in der Union fest zu verankern, auch in den Niedersächsischen Landtag eingezogen. Und ich sage etwas, was vielleicht zur Erheiterung beiträgt: Ich war am Anfang für manchen in der CDU - das ist so ein Unglück gewesen in der Union - der grüne Spinner; am Ende war ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und ich war immer noch Umweltpolitiker.

Warum sage ich das? Ich habe mich immer um die Fragen von Energie und Umwelt gekümmert. Die Arbeitsgruppe in der Union ist erst nach der Standortbenennung von Gorleben und dem Auftauchen des Projektes sozusagen entstanden, und dann wurde ich Sprecher für diese Fragen. Das heißt, ich habe mit Herrn Stuhr über die Fragen gesprochen, die im Zusammenhang mit der Anforderung/Aufforderung an die Niedersächsische Landesregierung, sich einem solchen Projekt zu stellen - - über alle Fragen gesprochen, die damit zusammenhängen. Und das beinhaltet jetzt bitte nicht nur Fragen der Regionalpolitik oder des Wahlkreises - Klammer auf: Gorleben -, sondern ich habe immer, zeit meines Lebens - und dafür gibt es sogar lebende Zeugen hier in diesem Raum - mich mit generellen Fragen der Landespolitik und der Umweltpolitik beschäftigt, und deswegen war ich für Herrn Stuhr ein Gesprächspartner, der auch mit mir über Fragen genereller Art gesprochen hat. Das war's.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht in der

dritten Berliner Runde geht jetzt zunächst wieder an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, Herr Grill, ich habe eigentlich schon die Pressemitteilung der SPD erwähnt. Für mich haben Sie die Fragen, die dort angesprochen worden sind, eigentlich klar beantwortet; aber weil es nun diese Erklärung gibt, möchte ich gerne - und wenn es nur für das Protokoll, die Geschichte und den Abschlussbericht dieses Untersuchungsausschusses ist - Ihnen das noch mal vorhalten. Die SPD schreibt:

Grill hatte offenkundig in Bonn stets direkten Zugang zu den Umweltministern Klaus Töpfer und Angela Merkel sowie zu Bundeskanzler Helmut Kohl. In Niedersachsen hat er indessen dafür gesorgt, dass bei Krisen - wie dem Schachtunglück im Mai 1987 - der Endlagerbau nicht gefährdet wurde.

Haben Sie in Niedersachsen dafür gesorgt, dass der Endlagerbau nicht gefährdet wurde?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also Herr Abgeordneter, ich bin dankbar für die Frage, weil es mir Gelegenheit gibt, noch einmal deutlich zu machen, dass ich diese Presseerklärung für eine böswillige Verleumdung halte.

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht die Frage!)

Und es ist - - Ich will das deutlich machen an einem Beispiel. Ich habe gesagt: Wir haben Technologie, sprich Kerntechnik in diesem Zusammenhang, zum Anfassen gemacht. Das ist aber nichts, aus dem man jemandem einen Strick drehen darf, sondern - das ist im Übrigen mit vielen anderen Technologien genauso - es gibt eben mehr Menschen, die mit Technik und technisch komplexen und komplizierten Fragen aus der Theorie heraus nichts anfangen können.

Ich will gerne die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* bitten, den Bericht über den Besuch der Arbeitsgruppe „Umwelt“ im Salzstock Gorleben noch mal hier in den Ausschuss zu geben. Die geschätzte Kollegin - ich komme jetzt nicht auf den Namen - Ulrike Mehl als Vorsitzende der Arbeitsgruppe steht auf einem Bild, als die Arbeitsgruppe wieder an der Oberfläche ist, und sagt: Dieser Salzstock

müsste weiter untersucht werden. - So viel zum Thema Anfassen.

Ich sage Ihnen: Es gibt genügend Leute - - Deswegen hat Herr Trittin auch sehr wohl unterbunden, dass noch viele Besuchergruppen in den Salzstock einfahren konnten. Viele Leute, die da unten im Salz gewesen sind, sind mit der Frage hochgekommen: Das ist doch in Ordnung. Das macht auf uns einen Eindruck, dass man es hier tun kann. - Und das ist in den zehn Jahren Moratorium fast systematisch verhindert worden.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hätten wir dann gern, dass der Zeuge das mal belegt!)

- Ich brauche das nicht zu belegen. Sie können - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im Moment ist das Fragerecht, Herr Zeuge Grill, bei der CDU/CSU-Fraktion, -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - und wir spielen hier nicht irgendwie so eine freie Diskussion.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Das geht zu weit!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, ich bitte um Nachsicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön.

(Abg. Kornelia Möller (DIE LINKE) meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Frau Möller mit einem Antrag zur Geschäftsordnung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber der Zeuge muss doch zu Ende antworten. Das habe ich doch vorhin auch abgewartet.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Frau Vorsitzende, könnten Sie bitte Ihren Kollegen Herrn Grindel auffordern, sich angemessen zu verhalten? „Quak, quak, quak!“ ist diesem Bundestag nicht angemessen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war nicht Herr Grindel! Das geht völlig fehl!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gerne, Frau Kollegin Möller. Ich nehme mir dann aber die Freiheit, tatsächlich allen Abgeordneten noch mal warm ans Herz zu legen, sich den parlamentarischen Anforderungen entsprechend zu verhalten, und bin auch ganz sicher, dass diese Aufforderung jetzt ihr Ziel nicht verfehlen wird.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber die Kollegin Möller muss sich die Haare schneiden, weil ich nichts gesagt habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe nichts gesagt!

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Zeuge, Sie fahren jetzt bitte in Ihren Ausführungen fort, und die Kolleginnen und Kollegen bitte ich, sich auf den Kern unseres Untersuchungsauftrages zu konzentrieren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein. Fürs Protokoll muss ich das schon festhalten: Ich war es nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Herr Kollege Grindel, das müssen Sie nicht. - Herr Zeuge Grill, Sie sind jetzt bitte freundlicherweise dran.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Okay. - Frau Vorsitzende, die Frage, die der Abgeordnete Grindel gestellt hat, will ich in der Fortsetzung dann so beantworten, dass ich sage, dass neben dieser, ich sage mal, Interpretation einer Öffentlichkeitsarbeit es ein anderes gibt, was offensichtlich dazu dient, die Spuren der SPD in diesem ganzen Komplex zu verwischen. Dass ich als CDU-Abgeordneter, als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Umwelt der CDU in Deutschland einen Zugang zu Klaus Töpfer hatte, da würde ich mal sagen: Wenn ich das nicht gehabt hätte, dann wäre es ein Problem gewesen.

Sehen Sie: Der Unterschied in der Frage Zugang und auch in der Frage Akzeptanz vor Ort und Diskussion und Dialog ist genau der, dass Klaus Töpfer zweimal drei Tage in Lüchow-Dannenberg war und ich mit ihm

selber - das ist eine Veranstaltung, die ich nicht vergessen werde - bei Glatteis - spiegelblank! - in die alte Burg nach Gorleben gefahren bin und Herr Töpfer vor 300 Leuten Rede und Antwort gestanden hat, und zwar fast ausnahmslos Vertretern der Bürgerinitiative und der gegenüber dem Projekt Gorleben kritisch eingestellten Bevölkerung - eine öffentliche Veranstaltung. Ähnliches habe ich nach dem Regierungswechsel in Bonn leider nicht erlebt, nur vorher mit Herrn Hauff, mit Herrn von Bülow, mit anderen.

Der Zugang des regionalen Vertreters Kurt-Dieter Grill als Landtagsabgeordneter war zu den Gremien der SPD, sozusagen zu denen, die Verantwortung hatten, genauso, wie das später auch der Fall war. Und deswegen gibt es überhaupt gar keinen Unterschied. Daran will ich die SPD dann schon noch mal erinnern: Das Projekt stammt aus ihrer energiepolitischen Planung und nicht aus der energiepolitischen Planung des Kabinetts Albrecht. Ich habe es nicht erfunden. Die SPD hat es erfunden.

(Zuruf des Abg. Sebastian Edathy
(SPD))

- Ja, Gorleben; Sie. Es ist doch vollkommen egal - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Noch mal, noch mal, noch mal: Das Frage-recht liegt bei der CDU/CSU-Fraktion. - Herr Zeuge.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja. - Deswegen sage ich noch einmal, Herr Grindel: Die Presseerklärung ist eigentlich der Versuch, die Aussagen, die ich hier gemacht habe, die ich auch ganz offen gemacht habe - - Ich habe nichts zu verbergen. Sie stellt das auf den Kopf; aber das bin ich gewohnt, und das ist auch nichts Neues für mich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne eine Nachfrage zu dem, was Sie gesagt haben zum Ende der Gorleben-Kommission, stellen. Sie haben die Person von Herrn Donat problematisiert. Das ist insofern nicht uninteressant, weil wir ja auch über die Frage der Öffentlichkeitsarbeit, der Beteiligung der Öffentlichkeit hier mehrfach diskutiert haben. Hier gibt es ja auch aktuell die Bemühungen, die Öffentlichkeit zu beteiligen, Dialoge zu führen. Können Sie das noch mal darstellen, welche Mühe - so habe ich Ihre Äußerung verstanden - Sie gehabt haben,

überhaupt von Herrn Donat Informationen über die Erkenntnisse, die er gewonnen hat, zu bekommen? Das heißt, die Frage: Wie offen, wie transparent war bei jemandem, der ja heute sehr auf Transparenz Wert legt, sein eigenes Verhalten in der Zeit, in der Sie ihn erlebt haben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, ich kann hier nur eine etwa dreiteilige Antwort geben.

Erstens. Meine kommunalpolitischen Kollegen, die heute hier waren, -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ist Herr Donat
Untersuchungsgegenstand?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist eine Nachfrage zu dem, was eben ausgeführt worden ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, auch wenn es wehtut, die Antwort muss trotzdem - -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: - sind nach dem Ende der Gorleben-Kommission der Meinung gewesen, man sollte wenigstens auf der Ebene der Samtgemeinde Gartow eine Informationskommission, so ein Forum, wieder gründen. Einem solchen Ansinnen hat sich sowohl die Bürgerinitiative wie die Kirche widersetzt, sodass diese Runde nicht zustande gekommen ist.

Zweitens. Das Forum Endlager-Dialog ist ja erst später entstanden, und der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat in diesem Zusammenhang den Vorsitzenden des Atomausschusses entsandt, Herrn Donat. Wir hatten in der Samtgemeinde Gartow, in der es nach wie vor eine CDU/SPD-Koalition in all diesen Fragen gibt, das Ansinnen an die Bundesregierung, einen kommunalen Vertreter in das Forum Endlager-Dialog zu entsenden. Das ist nur nach schwersten Mühen gelungen und hat weder seine Befürwortung gefunden bei Herrn Donat noch bei dem Vertreter der Kirche.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über dieses Forum Endlager-Dialog ist dann eigentlich erst dem damaligen Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Klaus Wohler, deutlich geworden, was alles in diesem FED eigentlich passiert und passieren soll, und er hat dann festgestellt, dass der Vorsitzende dieser Kommission und stellvertretende

Landrat Donat von sich aus weder im Kreistag noch im Kreisausschuss noch im Atom-ausschuss einen Bericht über die Diskussion im FED gegeben hat, und hat einen entsprechenden Antrag an den Landrat gestellt, dass Herr Donat in Zukunft bitte berichten möge.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal fragen, auf welches Jahr sich das jetzt bezieht? - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben ja schon nach 2010 gefragt! Da sind wir noch deutlich davor! - Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist letztendlich immer noch die Frage der Öffentlichkeitsarbeit, und letztendlich ist es ja die Frage, dem Ausschuss die Möglichkeit zu geben, unterschiedliche Modelle der Öffentlichkeitsarbeit miteinander zu vergleichen in Bezug auf den Standort Gorleben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich mit der Befragung fortfahren. - Herr Grill, ich möchte noch mal zurückkommen auf das Gorleben-Hearing - Sie hatten es ja schon angesprochen -, das im Jahre 1979 stattfand. Wie habe ich mir das vorzustellen aus der heutigen Sicht? War das eine Veranstaltung, die organisiert wurde, um ein bestimmtes Ergebnis sozusagen zu begründen, oder wie war das organisiert?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, das Gorleben-Hearing war offen angelegt. Es war der Versuch, in einer organisierten Pro-und-Kontra-Diskussion alle Fragen, die im Zusammenhang mit nuklearem Entsorgungszentrum, Wiederaufarbeitung, Zwischenlagerung und Ähnlichem zu stellen sind, zu diskutieren und es sehr wissenschaftlich, aber transparent zu machen. Ich denke mal, dass das auch gelungen ist. Es gibt einen Vorgang, an den, mal abgesehen davon - - Eine Randbemerkung - ich bitte um Nachsicht, Frau Vorsitzende -: Dieses Gorleben-Hearing hat zu einer Zeit stattgefunden, als Three Mile Island und Harrisburg passierten, und das hat für eine sehr emotionale Atmosphäre auch noch mal gesorgt.

Es gab eine Diskussion über das Nasslager, das ja ausgelegt war für die 1 400-Tonnen-Anlage auf etwa 4 000 Tonnen Schwermetallzwischenlagerung im Nassbecken. Der Leiter der Wiederaufarbeitungs-

anlage in Karlsruhe, Walter Schüller, war der Sachverständige, also Pro, und auf der Kontraseite saß Herr Professor Ehrenstein von der Universität Bremen. Also, auf der Kontraseite saßen immer ausgewiesene Gegner der Kernenergie, wenn man so will.

Professor Ehrenstein war jemand, der sehr darauf abhob, dass die Redundanz des Systems zwar vierfach sei; aber es könnte ja mal insgesamt der Wasserkühlkreis ausfallen. Auf diesen Vorhalt hat dann der Herr Schüller gesagt: Okay, wenn Sie das kritisieren, dann stelle ich Ihnen in diesem Augenblick ein neues Konzept vor, und zwar das der inhärent trockenen Lagerung. - Diesem Vorschlag hat Herr Professor Ehrenstein zugestimmt. Das hat nichts geholfen. Ein halbes Jahr später hat er im Landtag in Bayern bei einer Anhörung gesagt, das wären 1 500 Hiroshima-Bomben.

Ich will damit aber nur deutlich machen, dass der Prozess der Diskussion nicht nur, ich sage mal, der Austausch von Gedanken - Pro und Kontra - gewesen ist, sondern dass er an der Stelle wirklich eine qualitative Veränderung gebracht hat, hin zum inhärenten Lager, das Rot-Grün 13-mal in Deutschland nachgebaut hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wenn Sie von Pro und Kontra sprechen: Es waren ja auch internationale Experten geladen. Wie habe ich mir das vorzustellen? War das ein bemerkenswerter Anteil, oder waren das einzelne wenige?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, die Frage, wie viele ausländische - - Also, ich entsinne - - Ich kann mich jetzt - - Sozusagen eine quantitative Bezifferung könnte ich nicht vornehmen, würde ich hier auch vermeiden wollen. Es war eigentlich der Versuch, alle - - Aus Amerika war der Lovins - ich glaube, Lovins hieß er -, einer der prominenten Kritiker der Kernenergie. Ich kann eigentlich das nicht neu formulieren. Es ist eine hochspannende Veranstaltung gewesen auf einem hohen geistigen Niveau.

Ich denke, wenn man heute noch mal diese 13 oder 14 Bände des Gorleben-Hearings - es gibt ja Wortprotokolle von diesem Hearing - zur Hand nimmt, dann wird man feststellen, dass die Regierung Albrecht, und zwar ohne politische Beteiligung der Bundesregierung, allen Fragen des Für und Wider der nuklearen Entsorgung in Form einer Wiederaufarbeitungsanlage, eines nuklearen

Entsorgungszentrums, nachgegangen ist, und erst danach hat Ernst Albrecht seine Entscheidungen gefällt, die man dann wiederum nachlesen kann in der Regierungserklärung.

Die Konsequenzen daraus hat die Bund-Länder-Kommission zu diesem Thema, also von Helmut Schmidt bis zum Ministerpräsidenten Engholm in Schleswig-Holstein oder wer immer damals an der Regierung war - - In einer Bund-Länder-Kommission wurden die Beschlüsse zur Vorsorge in der Entsorgung gefasst, und die sind dann auch umgesetzt worden. Das ist ja nicht so, dass das Land Niedersachsen irgendwas hätte alleine entscheiden können, sondern das haben immer auch die anderen Länder mit entschieden, bis 1990 und zum möglichst schnellen Bau des Schachts Konrad als Endlager für nichtwärmeentwickelnde Abfälle. Das ist übrigens nicht in einer Diskussion, sondern in einem schriftlichen Vorabverfahren für die Ministerpräsidentenkonferenz entschieden worden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ist es richtig, dass Ministerpräsident Albrecht infolge oder im Lichte möglicherweise sogar des Gorleben-Hearings das nukleare Entsorgungszentrum im Prinzip abgeschmolzen hat auf das schlichte Endlager, dass auch die Wiederaufarbeitungsanlage als zentraler Baustein des NEZ letztlich aufgegeben wurde?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: So würde ich das nicht formulieren. Es ist so, dass die damalige Diskussion - das ist im Nachhinein ja noch viel deutlicher geworden - - dass man im Grunde genommen den energiepolitischen Gesamtrahmen sehen muss.

Erstens. Die Planungen - ich sage das hier nicht als Vorwurf; damit das hier keiner missversteht - der Bundesregierung, von Helmut Schmidt, gingen 1978 von einem Bedarf von 565 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten für 1985 aus. Wir haben heute in Westdeutschland 370 Millionen Tonnen. Auf dem Hintergrund des „Weg vom Öl!“ hatte die Regierung Schmidt einen Ausbau der Kernenergie auf 55 000 Megawatt geplant. Wir haben am Ende 22 000 gehabt.

In diesem Zusammenhang hat Ernst Albrecht einerseits Kernkraftwerke bauen wollen. Es gibt einen sehr interessanten Zwischenruf, übrigens wiederum eines SPD-Mannes, von Joke Bruns, der gesagt hat,

Albrecht sollte nicht so stolz sein; von den acht Kernkraftwerken hätten sechs Sozialdemokraten genehmigt. Und deswegen hat Ernst Albrecht im Grunde genommen gesagt: Wenn er sich das mal durchrechnet und das mal annimmt, was da vorgetragen worden ist, dann ist die Frage, ob - - Und er hatte Eduard Pestel in seinem Kabinett. Pestel hat zu dem Zeitpunkt darüber geredet, dass bei Einsparung und Effizienzsteigerung Deutschland maximal 420 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten brauchte. Ernst Albrecht hat sozusagen den Kernenergiebedarf für sich anders definiert und hat im Übrigen auch gesagt: „Uns reichte im Grunde genommen ein Viertel der Anlage, um der Aufgabe der Wiederaufarbeitung gerecht zu werden“, hat aber in seiner Regierungserklärung dann deutlich gemacht, was ich heute Morgen schon mal ausgeführt habe: die Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Ich denke, dass auch in der Folgezeit ja Ernst Albrecht immer wieder auch die Frage, ich sage mal, der Anlagen in Gorleben, dessen, was man tun wollte oder konnte und musste, positiv begleitet hat, auch im Sinne von Gesprächsbereitschaft.

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat irgendjemand von Ihnen vorhin von Frau Fritzen vorgetragen, dass sie sich Zugang verschafft habe. Das gilt übrigens auch für eine Veranstaltung - - Ich habe mich bei dieser Frage - - Das klingt ja sehr: Ich habe mir Zugang verschafft, wann immer ich wollte. - Es gab eine Veranstaltung, die extra mit dem Landvolk angesetzt war, in Trebel, und dann wollte sie Zugang haben, und Ernst Albrecht ist rausgegangen, hat mit ihr gesprochen, und dann hat sie ihm ihr Anliegen vorgetragen, und dann hat Ernst Albrecht gesagt: Okay, kommen Sie mit rein. - So war er. Und in dem Sinne kann ich nur sagen: Wir haben das von 1990 an mit der Landesregierung kaum noch erlebt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die Rolle des Bundes beim Gorleben-Hearing würde ich gerne noch mal aus Ihrer Sicht geschildert bekommen, weil Sie sagten ja, Helmut Schmidt ist da nicht hingegangen. Gab es andere Vertreter des Bundes, oder hat der Bund sich komplett im Prinzip ja der Sachdiskussion entzogen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, der Punkt ist, dass in dem Gorleben-Hearing seitens der Bundesregierung Beamte teilgenommen

haben. Sie müssen sich das - ich bitte um Nachsicht - so vorstellen, wie das hier auch ist. Die saßen genauso als Zuhörer da, wie wir auch hier heute sozusagen sitzen.

Das Entscheidende war, dass Helmut Schmidt sich 14 Tage vorher mit den Gegnern getroffen hat, sich aber nicht neben Ernst Albrecht bei dieser von ihm so propagierten nationalen Aufgabe am Schlußtag des Hearings hinsetzte und sagte: Dies ist eine nationale Aufgabe. Also sitze ich neben dem Ministerpräsidenten. - Und mehr kann ich dazu und will ich auch nicht dazu sagen, weil es mein Problem oder meine Kritik hinreichend beschreibt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wie wurde denn im Gorleben-Hearing die Endlagerung im Salz und insbesondere dann eben am möglichen Standort Gorleben diskutiert? Gab es da auch ein Pro und Kontra? Ist Ihnen das noch erinnerlich?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Es gab natürlich genauso Pro und Kontra. Das ist ja - - Ich sage mal - - Es gab so einen Punkt. Ich weiß gar nicht mehr, wie er entstanden ist. Ich sage mal: die Frage, ob man von oben alles wissen muss und Ähnliches. Das ist das, was ich vorhin geschildert habe über Hermann Schnipkowitz, der ja nicht unbedingt jemand ist, mit dem Sie einen philosophischen Ausflug machen können; aber seine Arbeit als Sozialminister hatte er hervorragend im Griff. Und er hat dann schlicht an irgendeiner Stelle gesagt: Mein Gott, vor der Hacke ist es duster. Das können wir doch gar nicht beurteilen. Dazu müssen wir unter Tage. - Und das war die Frage: Wie kann ich das beurteilen? Also, es ist zum Salzstock alles diskutiert worden, genauso wie zur Wiederaufarbeitung. Wir haben sechs Tage gelesen, und es gab festgefügte Abschnitte - man kann das ja noch mal nachprüfen -, und es ist alles im Pro und Kontra abgewogen worden, und jeder konnte das sagen, was er sagen wollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Sehr geehrter Herr Grill, Sie haben ja viel über Helmut Schmidt gesprochen. Das freut mich immer, wenn man den Namen genannt bekommt. Ich würde ganz gerne mit Ihnen überwiegend

jetzt über Ihre Rolle sprechen. Sie haben vorhin wörtlich gesagt - ich habe mir das mitgeschrieben; falls es bestritten werden sollte, müssten wir das entsprechend aus dem Protokoll herbeiziehen -: Herr Trittin ist mit dem Hubschrauber ins Endlager eingeflogen. - Haben Sie mit „Endlager“ den Salzstock bei Gorleben gemeint?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, ich habe auf die Frage gewartet. Ich ergänze die Bemerkung durch den zweiten Teil: in das Endlagererkundungsbergwerk Gorleben geflogen.

Sebastian Edathy (SPD): Ich wundere mich nur deshalb, Herr Grill, weil Sie beschäftigen sich seit über 35 Jahren mit der Thematik, ich mich seit einem Jahr, und ich würde nie auf den Gedanken kommen, mit Blick auf Gorleben von einem Endlager zu sprechen, sondern von dem, was es ist, nämlich ein Erkundungsbergwerk.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, wenn Sie das so erklären, dass Sie so wissend und klug und bescheiden sind, dann würde ich Sie doch bitten, die Presseerklärung Ihrer Fraktion zurückzunehmen; denn Sie kennen mich überhaupt nicht und geben ein Urteil über mich ab, was infam ist.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf doch Fragen stellen, Herr Grill.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Und ich darf antworten, was ich antworten will.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist korrekt; aber Sie können mir hier keine Vorhalte machen. Das ist nicht Ihre Aufgabe als Zeuge. Das müssten Sie als langjähriger Parlamentarier eigentlich auch selber wissen.

Ich möchte ganz gerne mit meinen Fragen chronologisch vorgehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn Sie sich jetzt mit dem Untersuchungsgegenstand beschäftigen würden, gern.

Sebastian Edathy (SPD): Selbstverständlich, Frau Vorsitzende. - Sie haben einleitend Herrn Stuhr erwähnt. Können Sie uns vielleicht noch mal sagen, welche Funktion Herr Stuhr hatte und in welchem Zu-

sammenhang Sie mit ihm in Kontakt standen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Er war, glaube ich, Referatsleiter.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Und war er auch Leiter der interministeriellen Arbeitsgruppe?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, das habe ich doch schon gesagt.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, okay. - Können Sie sich erinnern an zwei Gespräche, die Sie mit Dr. Tiggemann geführt haben, 1998 am 2. Januar und am 5. Mai in Bonn?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, ich kann - - Ich habe mit Herrn Tiggemann gesprochen, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. - Das Ergebnis war ja dann die Veröffentlichung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz, MAT A 93, „Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerstandort“. Kennen Sie diese Ausarbeitung?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Tiggemann hat nach unseren Unterlagen - das ergibt sich aus der Seite 102 - auch mit Herrn Stuhr gesprochen, und zwar am 24.03.2010 in Hannover. Auf Seite 24 - das ist vorhin schon mal angeführt worden - heißt es in einer Fußnote - also, erfreulicherweise hat Herr Tiggemann in seiner Arbeit auch viele Fußnoten gesetzt -:

(Eckhard Pols (CDU/CSU):
Dr. Tiggemann!)

Grill ließ sich von MR Stuhr und MR Schmoe über geplante KKW-Standorte,

- also Kernkraftwerkstandorte -

die Errichtung der Entsorgungsanlage und die Lagerung von Kernabfall in Salzstöcken informieren. Vgl. Vermerk Schulz-Kuhnt für Dr. Röhler vom 15.6.1976 ...

Ist es zutreffend, Herr Zeuge Grill, dass am 15.06.1976 noch keinerlei Standortentscheidung, auch nicht in Sachen Erkun-

dung nur in Gorleben, getroffen worden war? Was hatten Sie damals für einen Grund, als junger Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag nach zweijähriger parlamentarischer Mitgliedschaft dort sich bei Herrn Stuhr und Herrn Schmoe, beides Ministerialräte, über geplante KKW-Standorte zu informieren?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, das ist ganz einfach - ich habe das schon erklärt -: Ich war jemand, der sich, bevor er in den Landtag einzog, seit 1969 mit umwelt- und energiepolitischen Fragen beschäftigt hat. Die Zeit von der ersten Ölkrise bis hin zur zweiten Ölkrise waren spannende Jahre energiepolitischer Diskussionen in Deutschland und in Niedersachsen, und jemand, der, wie ich, sich mit diesen Themen beschäftigt hat, hat auch innerhalb der Verwaltung Gesprächspartner gesucht.

Sebastian Edathy (SPD): Nun schreibt Herr Dr. Tiggemann - und wir haben ja gar keinen Anlass, an seiner Seriosität Zweifel zu haben, zumal er hier im Untersuchungsausschuss Mitarbeiter der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ist -:

Gorleben war zu diesem Zeitpunkt als eine von mehr als 20 Standortmöglichkeiten in Niedersachsen der KEWA mitgeteilt worden.

Das heißt also, es war noch ein völlig ergebnisoffenes Verfahren, und Sie hatten Kontakt aufgenommen offenkundig zum Leiter der interministeriellen Arbeitsgruppe.

Tiggemann führt dann weiter aus:

Im Zeitzeugengespräch am 24.3.2010 erwähnte Stuhr ohne eine genaue Zeitangabe,

- das muss man zugestehen -

dass ihm die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen „unablässig im Genick“ saßen. Kurt-Dieter Grill bezeichnete der Beamte im Nachhinein als „nachdrücklichen Befürworter der gesamten Anlage“.

Können Sie ausschließen, dass Sie sich zu einem Zeitpunkt, als, wie Tiggemann schreibt, mehr als 20 Standortmöglichkeiten im Gespräch waren in Niedersachsen, insistierend mit dem Leiter der interministeriellen Arbeitsgruppe in Verbindung gesetzt haben, um für den Standort Gorleben explizit zu werben?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, ich habe schon einmal gesagt - ich wiederhole das -, dass ich mich mit diesen Fragen der Energieversorgung, der Planungen intensiv beschäftigt habe, zumal - - Das ist ja im Übrigen auch keine Frage, wie lange Sie in einem Parlament sind. Ich finde, das ist eine vollkommen unangemessene Bemerkung, ob ich ein oder zwei oder drei Jahre im Parlament bin.

Sebastian Edathy (SPD): Könnten Sie die Frage denn beantworten? Sie waren damals 33 Jahre alt und seit zwei Jahren im Landtag. Wieso hatten Sie Kontakt zu diesem Leiter der interministeriellen Arbeitsgruppe?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Wenn ich das nicht gehabt hätte, wäre ich ein armer Tropf gewesen.

(Marco Buschmann (FDP): Ich bin auch 33! - Vereinzelt Heiterkeit)

Sebastian Edathy (SPD): Damals schon?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, ich muss mir das bitte nicht gefallen lassen, dass der Abgeordnete Edathy mich als armen Tropf bezeichnet.

Sebastian Edathy (SPD): Das habe ich ja gar nicht gemacht.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Doch, haben Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein, nein, nein. Jetzt wollen wir mal - - Das ist in Ordnung. Sie haben gerade, Herr Zeuge Grill, gesagt: Wenn ich das nicht gehabt hätte, wäre ich ein armer Tropf gewesen. - Ich habe verstanden, dass Sie sich so bezeichnet haben. Ich habe jedenfalls nicht mitbekommen, dass der Abgeordnete Edathy das Ihnen gegenüber geäußert hätte; weil sonst hätte ich das sofort gerügt.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Er hat gesagt: „Damals schon?“

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und ich würde auch den Kollegen raten - wir sehen, dass sich über das Alter von Abgeordneten trefflich streiten lässt; wie schön, dass

Sie noch so jung sind, Herr Kollege Buschmann -, sich jetzt wieder um den Untersuchungsgegenstand zu kümmern.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, das ist ja ganz einfach. Ich habe eine ganz einfache Frage gestellt: Können Sie ausschließen, dass Sie sich ... Also, haben Sie sich aus reinem fachpolitischen Interesse in Verbindung gesetzt mit dem entsprechendem Ministerialrat, oder haben Sie das getan, um ein gutes Wort oder vielleicht auch ein schlechtes einzulegen für einen Standort aus Ihrem damaligen Wahlkreis?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, ich wiederhole noch einmal: Ich habe mich generell interessiert, und ich habe mich auch über die Anlagen informiert im Hinblick auf die Frage meines eigenen Landkreises. Das habe ich doch nie bestritten. Sie selber schreiben doch in Ihrer Presseerklärung, was ich für ein toller Befürworter gewesen bin. Warum fragen Sie dann noch danach?

Sebastian Edathy (SPD): Weil ich es ganz gerne persönlich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Zeuge Grill, die Abgeordneten haben das unglaubliche Privileg, dass sie fast alles fragen dürfen, und wenn sie nicht mehr fragen dürfen, dann gehe ich dazwischen. Aber das ist sicherlich zulässig.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Okay. - Dann will ich mir das Recht nehmen, zu sagen: Ich habe darauf schon geantwortet.

Sebastian Edathy (SPD): Aber wie sich Ministerialrat Stuhr - - wie er zu der Auffassung kommt - Zitat von Tiggemann -, ihm hätten die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen unablässig im Genick gesessen, wie erklären Sie sich das?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Kann ich Ihnen nicht erklären. Herr Stuhr hat mit mir darüber nicht gesprochen.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist so wie mit Herrn Rösel, vermute ich mal wahrscheinlich, dass das irgendwie auch alles nicht so gewesen sein kann.

Ich komme dann weiter zum Jahr 1982. Sie haben ja ausgeführt mit Blick auf Professor Duphorn und mit Blick auf Ihre Arbeit als Vorsitzender der sogenannten Gorleben-Kommission, dass Sie dort eine sachliche Arbeitsatmosphäre gehabt hätten und insbesondere auch mit den Vertretern aus der Wissenschaft angemessen und professionell umgegangen seien. Ist das korrekt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Dann darf ich Ihnen folgenden Vorhalt machen. Das ist MAT A 72, Band 6. Das ist ein Schreiben von Ihnen vom 4. November 1982, Niedersächsischer Landtag, Abgeordneter Kurt-Dieter Grill. Vielleicht können wir das mal eben in Kopie dem Zeugen vorlegen; das ist ein relativ - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy, eine Paginierung?

Sebastian Edathy (SPD): Das ist die 143131.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich kann das mal kurz hier vortragen. Das ist also ein Brief von Herrn Grill als niedersächsischer Landtagsabgeordneter an Professor Dr. Duphorn - wenn ich es falsch v lese, Herr Grill, korrigieren Sie mich -:

Sehr geehrter Herr Dr. Duphorn,

Ihre wissenschaftlichen Leistungen mögen einer fachlichen Prüfung standhalten, Ihre politische Leistung dagegen kaum.

Ihr nunmehr fortgesetzter Versuch, über Briefe die politische Diskussion mit der Gorleben-Kommission zu führen, ist blamabel.

Die Gorleben-Kommission ist nicht verantwortlich für die Berichterstattung in der Presse, die m. E. korrekt berichtet hat.

Sie sollten Dritte nicht für Ihre unterschiedlichen Darstellungen verantwortlich machen, vielleicht können Sie sich entscheiden, welche Ihrer Standpunkte gilt und ob Sie eine politische oder eine wissenschaftliche Diskussion führen wollen.

Für Ihren Aufenthalt in der Antarktis wünsche ich Ihnen viel Vergnügen, er verschafft uns hoffentlich die verdiente Ruhe vor weiteren Briefen.

Mit verbindlichem Gruß

Kurt-Dieter Grill

Würden Sie sagen, dass es für den Vorsitzenden der damaligen Gorleben-Kommission etwas seltsam anmutet, einen Professor, der der Gorleben-Kommission berichtet hat, einen möglichst langen Auslandsaufenthalt in der Antarktis zu wünschen, damit er die Kommission nicht mit weiteren Erkenntnissen behelligt?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, wenn Sie den Brief genau lesen würden, dann steht da etwas ganz anderes drin, als Sie da hineininterpretieren;

(Heiterkeit bei der SPD, beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

denn - erstens - es geht nicht um die wissenschaftliche Leistung von Herrn Duphorn, sondern Sie müssten jetzt den Kontext der öffentlichen Auseinandersetzung hinzuziehen, dass Herr Duphorn nämlich mit Vorwürfen, und zwar politischer Natur, gearbeitet hat. Und ein Wissenschaftler, der mit mir politisch diskutiert, kriegte politische Antworten. Das würden Sie im Übrigen nicht anders machen. Damit das klar ist: Es geht nicht um die wissenschaftliche Leistung von Herrn Duphorn, sondern Herr Duphorn hat sich über den Bericht beschwert und hat politische Wertungen vorgenommen, und diese politischen Wertungen sind Gegenstand des Briefes. - Das ist das eine.

Er hat mich dafür verantwortlich gemacht - - Man müsste dann noch mal sozusagen diese ganze Geschichte sich angucken; ich kann das im Augenblick nicht weiter erkennen.

Sebastian Edathy (SPD): Dass also der Antarktisaufenthalt eines Professors Ihnen hoffentlich die verdiente Ruhe vor weiteren Briefen verschafft, finde ich jetzt aber zunächst mal nicht besonders professionell. Oder?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist sehr professionell.

(Heiterkeit bei der SPD, beim
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei
der LINKEN)

Ich kann nicht erkennen, warum das nicht zulässig ist; denn Herr Duphorn hatte mir geschrieben, dass er in die Antarktis geht, und ich habe das ganz offen gemeint, dass er wirklich da seine Arbeit machen kann und wir uns dann sozusagen nicht mehr in einem Streit befinden, der mit der Sache, nämlich der Frage der Gorleben-Rinne, des Deckgebirges nichts mehr zu tun hat.

Sebastian Edathy (SPD): Darf ich Ihnen folgenden weiteren Vorhalt machen? Sie haben ja gerade gesagt, Herr Professor Duphorn hätte sich politisch geäußert, und das wäre der Kritikpunkt gewesen. Ich beziehe mich auf MAT A 52, Band 12, Seite 157. Das ist ein Protokoll, datierend vom 11.04.1983, verfasst von Herrn Stier-Friedland zur Sitzung der Gorleben-Kommission am 07.04.83. Können wir das vielleicht auch dem Zeugen - - Hat er vorliegen. Da darf ich zitieren. Da werden Sie wie folgt wiedergegeben, auf Seite 2 des Protokolls, dritter Absatz:

Vom Vorsitzenden der Gorleben-Kommission, M. d. L. Grill, wurde Prof. Duphorn, der an der Sitzung nicht teilnahm,

- in Klammern meine Hinzufügung: weil er sich gerade in der Arktis befand -

vorgeworfen, dass er seine Fachkompetenz, die er auf dem Gebiet der Quartärgeologie besitze, auch für Aussagen auf Gebieten requiriere, auf denen er nicht kompetent sei.

Damit scheinen ja offenkundig andere Fachgebiete gemeint zu sein und nicht irgendwelche freien politischen, parteipolitischen vielleicht sogar Wertungen durch Herrn Professor Duphorn. Hat er Ihnen also nicht gefallen wegen politischer Aussagen, oder hat er Ihnen nicht gefallen wegen nicht genehmer wissenschaftlicher Aussagen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Er hat mir nicht gefallen, weil er sich zu Dingen geäußert hat, für die er jedenfalls nicht die wissenschaftliche Qualifikation gehabt hat. Das gilt im Übrigen für einen seiner Kollegen auch. Herr Grimmel ist Geograf, aber er hat sich ohne Ende zu geologischen Fragen geäußert.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie diesen Maßstab auch auf sich selber anwenden wollen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich lasse das auch gegen mich gelten, -

Sebastian Edathy (SPD): Das ist erfreulich.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: - weil ich schon heute Morgen deutlich gemacht habe, dass ein Politiker und Sie alle hier vor der Frage stehen, wem Sie am Ende von den Wissenschaftlern und Sachverständigen, die Sie konsultieren, Ihren Glauben schenken, wo Sie sagen: Das ist für mich das Richtige oder das Falsche. - Um diese Entscheidung kommen Sie nicht herum.

Im Übrigen möchte ich nur die Frage stellen, wenn ich das dann an dieser Stelle darf: Geht es jetzt um die Rolle meiner Person oder um die Frage des Auftrages dieses Untersuchungsausschusses?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Zeugen fragen nicht, wenn ich das einwerfen darf. Zeugen haben eben kein Fragerecht - das ist im Untersuchungsausschuss so -, sondern da haben eben nur die Abgeordneten das Fragerecht, und die Zeugen haben die Pflicht, zu antworten, und zwar auch auf Fragen, die sie schon mehrfach beantwortet haben.

Sebastian Edathy (SPD): Bestandteil des Untersuchungsauftrages ist selbstverständlich die Frage, ob zugunsten einer Vorfestlegung oder einer Festlegung zumindest auf den Salzstock Gorleben als Erkundungsstandort politische Einflussnahme vorgenommen worden ist. Das ist der Punkt.

Ich darf dann, weil ich noch gerade im Bereich der Fragestellung bin, auf folgenden Sachverhalt aus dem Jahre 1988 kommen. Frau Vogt hatte ja bereits darauf hingewiesen, auf diesen Vermerk der PTB, wo Sie mit Blick auf eine SPD-Anhörung im Umweltausschuss schon mal Unterlagen vorab haben wollten, die da möglichst restriktiv zusammengestellt werden sollten. Ich halte Ihnen vor: MAT A 72, Band 1, Paginierung 113194-310185. Das ist ein Schreiben von Ihnen als Landtagsabgeordneter an den damaligen Bundesminister Dr. Klaus Töpfer vom, wie gesagt, 30. Mai 1988.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Sie haben uns ja vorhin dargelegt, wie sehr Ihnen die Interessen des Wahlkreises und der dortigen Bevölkerung am Herzen gelegen hätten. Deswegen darf ich mich über Folgendes wundern - das ist der dritte Absatz des Schreibens des Landtagsabgeordneten Klaus-Dieter Grill an Herrn Dr. Klaus Töpfer, Bundesumweltminister; ich zitiere -:

Ich habe sowohl im Hinblick auf die Stellungnahme der Grünen für den Kreistag wie auch im Hinblick auf den Leserbrief von Herrn Messerschmidt

- offenkundig ein Wahlkreisbürger -

Herrn Prof. Röthemeyer dringend gebeten, auch gerichtliche Schritte in diesem Falle einzuleiten. Ich meine, dass insbesondere unter der Berücksichtigung, dass die CDU in diesem Landkreis nahezu als einzige politische Gruppierung PTB und DBE im Generellen - insbesondere auch im Hinblick auf die menschlichen Komponenten dieser Fragen - in Schutz nimmt, der Betroffene selber sich zur Wehr setzen müsste. Es wirkt wenig glaubwürdig, wenn solche massiven Vorwürfe nicht auch durch Strafanzeige zurückgewiesen werden. Ich möchte Ihnen diesen Sachverhalt gerne nahebringen

- also Herr Töpfer -

und würde es sehr begrüßen, wenn auch der Bundesumweltminister ein solches Vorgehen positiv begleiten würde.

Halten Sie es für ein übliches Vorgehen als Wahlkreisabgeordneter, Dritte dazu aufzufordern, Bürgerinnen und Bürger Ihres Wahlkreises mit Strafanzeigen zu überziehen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Herr Abgeordneter, Sie hätten den ganzen Brief vorlesen sollen.

(Zuruf)

Sebastian Edathy (SPD): Dann machen Sie das doch gerne; ich habe hier doch kein Rederecht mehr.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, ich stelle nur fest, dass es um den Vorwurf geht sowohl des Herrn Messerschmidt, der berühmt-berüchtigt ist für den Vorwurf, Herr Kohl hätte den Wald angezündet,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): So ist es! Das ist der Punkt!)

und der zusammen mit anderen in einer geradezu üblen Art und Weise Herrn Professor Röthemeyer und Herrn Dr. Viehl persönlich über das erträgliche Maß hinaus angreift. Hintergrund ist, dass der PTB und der DBE im Zusammenhang mit dem Schachtunfall Vorwürfe erhoben worden sind, die ja fast darauf hinauslaufen sozusagen, dass man bewusst diesen Unfall herbeigeführt habe, fahrlässig. Dass ich mich in dem Falle als Abgeordneter, der den Vorgang anders beurteilt und der es infam findet, wie dort Vorwürfe erhoben worden sind, an den Bundesumweltminister wende, finde ich als eine menschlich korrekte Art und Weise, mit Mitbürgern umzugehen.

Ich habe hier von meinem Recht Gebrauch gemacht, politisch zu gestalten im Interesse von Menschen, die Ihnen vielleicht nicht nahestehen, die aber in ihrer Sachlichkeit und in ihrer Fairness absolut korrekte und gute sozusagen Leute waren, auf deren Urteil ich auch gebaut habe. Sie mögen das mögen oder nicht. Ich bin nicht bereit, jede Verunglimpfung hinzunehmen und auch nicht für Mitarbeiter von Bundesbehörden. In dem Fall habe ich mich also auch für diese verwendet, und dazu stehe ich; brauche ich nichts von zurückzunehmen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke. - Herr Grill, ich möchte weiterhin noch zur Bandbreite der Öffentlichkeitsarbeit wieder den Faden aufnehmen, und zwar als Leiter der Gorleben-Kommission haben Sie ja auch andere Formate gehabt, nebenbei oder parallel dazu. Ich will hier ansprechen: Bürgerdialog Kernenergie. Ich habe hier eine Antwort auf eine Anfrage des MdB Gerstein. Die hat er im Mai gestellt, und die Antwort kam am 02.07.80. Da nehmen eben das BMI und das Bundesministerium für Forschung und Technologie ausführlich Stellung, wer die Zuwendungsempfänger sind, um irgendwel-

che Veranstaltungen oder Informationsbrochüren und Sonstiges zu tun.

Ich habe hier auch eine Tabelle - die können Sie jetzt natürlich nicht sehen, wenn ich die hochhalte -, wo die Summen aufgeführt sind für die Zielgruppen, die dann eben auch zu diesem Thema Veranstaltungen, Informationsveranstaltungen oder überhaupt kontroverse Diskussionsveranstaltungen machen könnten. Da ist mir aufgefallen, dass erst mal der Aufwuchs der Mittel sehr rasant hochgegangen ist. Ich nenne jetzt einfach mal die Summen von 76 bis 80. Da ist mir aufgefallen: Als Erste haben davon profitiert politische Stiftungen und Parteien mit über 1 Million DM, dann als zweite große Gruppe die Kirchen und kirchliche Einrichtungen, auch über 1 Million DM damals, und als Drittes Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände mit 810 000 und etwas DM.

Es ist ja aufgeführt an anderer Stelle, dass es ungefähr - - Es sind Veranstaltungstage, also nicht Veranstaltungen. Aber ich nenne jetzt mal eine Zahl. Allein im Jahr 1979 hat es 776 Veranstaltungstage gegeben, wobei man davon ausgehen kann, dass die Veranstaltungen immer so zwei Tage gedauert haben. Das heißt, es muss ja eine Vielzahl von Veranstaltungen und Informationsgremien gegeben haben. Können Sie zu diesem gesamten Bürgerdialog Kernenergie aus Ihrer Rück Erinnerung sagen, wie Sie das empfunden haben, wie Sie da vielleicht auch von profitiert haben, ob Sie auch als Berater dazugezogen wurden? - Das wäre der eine Teil der Frage.

Der zweite Teil der Frage geht auf die Einrichtung des Informationszentrums vor Ort, ja, bezieht sich darauf. Da sind Sie ja wohl vom Parlamentarischen Staatssekretär Stahl damals mit einbezogen worden, also als Vorsitzender der Gorleben-Kommission, dann der Oberkreisdirektor, dann die Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, und gebeten worden, auch Ihre Vorschläge zur Errichtung solch eines Informationszentrums zu machen. Also diese beiden Parts würden mich noch mal interessieren, um dann wirklich auch ein abschließendes Bild davon zu erhalten, was alles für die Öffentlichkeitsinformation in der Zeit geleistet wurde.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich höre jetzt sozusagen mit Staunen, was da - - wenn man das summiert sozusagen. In der Zusammenfassung habe ich das

noch nicht gehört. Das würde mich mal, auch im Nachhinein, interessieren. Aber das, was Sie vorgelesen haben, bedeutet ja das, was ich mit meinen Hinweisen immer wieder hier heute schon versucht habe klarzustellen: Es gab einen von Hans Matthöfer entworfenen Bürgerdialog, der die Ergänzung war zu der Information sozusagen der Kommunalpolitiker für die breite Öffentlichkeit. Wenn man das mir noch mal kritisiert, würde ich immer dabei bleiben zu sagen: Es ging darum, auch gerade in zweitägigen Veranstaltungen - - Das sind nämlich alles Reisen. Im Wesentlichen sind das Reisen zu kerntechnischen Anlagen oder in Forschungseinrichtungen. Also, es gab ja durchaus den - - Wenn Sie sich Wiederaufarbeitung vorstellen wollten, dann führen Sie - - Damals gab es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie führen zu den Franzosen nach La Hague, oder Sie führen nach Karlsruhe in die Wiederaufarbeitungsanlage. Dort konnten die Leute die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes anfassen.

Man muss das noch mal deutlich machen, dass es darum ging, Menschen, die mit solchen Themen bisher weder beruflich noch sonst irgendwie zu tun hatten, eine Chance zu geben, das zu verstehen. Ob sie es dann ablehnten - - Niemand ist gefragt worden, ob er dafür oder dagegen ist, sondern wer gesagt hat: „Ich nehme die Einladung zu dieser Tagung - was auch immer - an“, der ging dahin.

Und in dem Sinne, gerade weil Sie PSt Stahl sagen: Der Parlamentarische Staatssekretär Stahl hatte ein Wochenendhaus in Schnackenburg und war deswegen auch einer von denen, die ich - - Also, es liegt so ungefähr 20 Kilometer hinter Gorleben, war bis zur Wiedervereinigung letztes Haus bei Grenze. Ich habe also eben nicht nur Zugang zur CDU gehabt, sondern auch zur SPD - Herr Stahl gehört dazu -, und wir haben darüber beraten, wie wir das Ganze gestalten wollen, weil es ja darum ging, auch aus der Sicht der damaligen Bundesregierung, Erfolg zu haben. Herr Stahl hat sich ja nicht mit mir darüber unterhalten, wie man das Projekt Gorleben möglichst kaputtmacht, sondern Herr Parlamentarischer Staatssekretär Stahl - Klammer auf, SPD, Klammer zu -

(Ute Vogt (SPD): Ausrufezeichen!)

aus Peine hat mit mir und anderen darüber geredet, wie man den Dialog möglichst er-

folgreich gestaltet. Mehr brauche ich, glaube ich, dazu nicht zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die FDP hat weitere Fragen?

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. - Der zweite Teil der Frage war ja die Einrichtung dieses Informationszentrums.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ach so, ja. Gut. Entschuldigung, das habe ich jetzt - - Die Frage war: Wie kann man denn - ich sage mal - das Ganze gestalten? Es gab verschiedene Überlegungen, die ich hier gar nicht mehr alle aufzählen kann, weil ich sie wirklich nicht mehr im Kopf habe. Aber am Ende war es so, dass gerade bei der Bundesstelle jemand genommen wurde - - Es war auch eine personenabhängige Frage. Und Wilhelm Kulke, mit dem ich bis heute befreundet bin, war a) Forstmeister - ich weiß jetzt nicht mehr: Forstinspektor oder so was - im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, war Mitglied der SPD. Sein Vater war der Vater der Rundlinge, mit dem ich viel über die Erhaltung der Rundlinge diskutiert habe. Und Wilhelm Kulke war jemand, der sehr engagiert war, und er wurde deswegen von der Bundesregierung gebeten, diese Informationsstelle zu leiten.

Dann ging es eigentlich nur noch darum, wo man das Ganze platziert. Dazu hat es die eine oder andere Überlegung gegeben, Lüchow, Gartow, wie auch immer. Es ist dann in der Kreisstadt angesiedelt worden, weil das sozusagen eine Lokalität war, in die man eher kam, als dass man nach Gartow fuhr.

Die Informationsstelle des Landes wurde - das war dann sozusagen inklusive - - Damit die Leute, wenn sie überhaupt Informationen abfragen wollten, nicht von A nach B auch noch mal nach C fahren mussten, hat man das Ganze so konstruiert, dass die Informationsstelle des Bundes und des Landes Tür an Tür standen, aber formal und personell getrennt waren. Das war die Anmietung von Räumen, die Finanzierung. Und, wie gesagt, wenn wir Probleme hatten und ich mal keinen Brief schreiben wollte, dann bin ich auch zu Wilhelm Kulke gegangen und habe gesagt: Sorg mal dafür, dass diese oder jene Veranstaltung gegebenenfalls stattfindet. Das ist an mich herangetragen worden.

Wir waren immer auch da, wo die - - Das, denke ich, weiß jeder von uns. Es ist ja nicht

so, dass Müller, Meier, Schulze sozusagen von sich aus geht, sondern der sagt dann bei irgendeinem Abend im Wahlkreis: Ich würde gerne mal. Kannst du dafür sorgen? - Und da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man sagt: „Du gehst da selber hin“, oder man sagt: „Ich erledige das für dich; du kriegst eine Nachricht. Ich Sorge dafür, dass die sich mit deinem Anliegen beschäftigen.“ Genau so ist die Arbeit abgelaufen, und ich würde sie heute auch nicht anders tun als damals, weil es darum geht, dass der Abgeordnete dafür sorgt, dass die, die Wünsche haben, auch zu ihrem Recht kommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linken. Bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Grill, ja, das ist richtig, dass die Menschen, die Bedürfnisse haben, zu ihrem Recht kommen; da stimme ich Ihnen voll zu. Sie haben ja auch eingangs in der ersten Runde sehr deutlich mehrfach gesagt, dass es Ihnen immer darum gegangen ist, Politik für die Menschen vor Ort zu machen und für die Menschen vor Ort auch möglichst viel herauszuholen. Ich glaube, das ist auch unter Politikern und Politikerinnen unstrittig.

Sie haben in dem Zusammenhang ja beispielhaft geschildert, welche Projekte mit den Gorleben-Geldern realisiert worden sind, und haben eben auch dargelegt, dass die Gelder projektbezogen beantragt wurden und auch ausgezahlt wurden, wie das ja bei Geldern aus - -

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Aha. Dann bitte korrigieren Sie mich, weil das sind ja Gelder aus einem Haushaltstitel.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, das ist doch aber - - Der Haushaltstitel beim Bund war die Frage: Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen über Ausgleichszahlungen, oder wie immer das hieß. Am Anfang ist das so gewesen, dass, damit wir - - Die Projekte, die ich genannt habe - ich sage mal: Conti, SKF, Stärkefabrik, Kartoffellager -, sind alles keine Fragen, die mit Gorleben-Geldern bezahlt worden sind, sondern das sind Projekte, wo Ernst Albrecht, die Landesregierung eben der Meinung waren, dass es sinnvolle Projekte seien für die Entwicklung insbesondere der Landwirtschaft, wenn ich mal Kartoffel-

lager und Stärkefabrik nehme, oder für die Entwicklung alternativer Arbeitsplätze in der Industrie, sprich Conti und SKF.

Nur, damit Sie eine Vorstellung haben, über was wir reden: Die Conti hatte eine große Umstrukturierung vor, und in dem Zusammenhang war die Debatte darüber, ob der Standort Dannenberg mit 350 Leuten dichtgemacht wird. Und ich habe das gemacht, was jeder Abgeordnete, der einigermaßen vernünftig arbeitet, macht: Ich bin zu meiner Landesregierung gegangen, und ich habe mit Carl Hahn - der war damals Chef der Conti - und Birgit Breuel hinter der Regierungsbank in einem Sitzungsraum gesessen und habe gesagt: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass der Standort Dannenberg nicht kaputtgeht, sondern im Rahmen der Umstrukturierung der Conti erhalten bleibt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Grill, es geht um die Gorleben-Gelder, 200 Millionen Euro. Die sind wofür - -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Nein, Entschuldigung, nicht 200 Millionen Euro.

Kornelia Möller (DIE LINKE): D-Mark, Entschuldigung.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Auch nicht D-Mark. Woher haben Sie die Zahl?

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das kann ich Ihnen ganz konkret vorlesen, und zwar zitiere ich da aus einer Sitzung des niedersächsischen Umweltausschusses vom 19. März 1979, MAT A 102, Band 28, Paginierung 0042. Und jetzt kommt das Zitat:

Nach dieser Vereinbarung erhalte die Landesregierung von der Bundesregierung zur Abgeltung sämtlicher Kosten, die im Zusammenhang mit dem Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren stünden, eine pauschale Leistung in Höhe von 200 Millionen DM.

Vor dem Hintergrund hatte mich Ihre erste Aussage in der ersten Runde sehr verwundert, dass Sie gesagt haben, es gab einzelne Projekte, die einzeln beantragt und abgerechnet worden sind.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Entschuldigung, ich muss mal eben schauen.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Aber eine Pauschalzahlung bedeutet eben nicht, dass es projektgebunden ist, -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das ist aber - - Darf ich mal - -

Kornelia Möller (DIE LINKE): - sondern ohne Ziel oder Projekt. Das finde ich im Zusammenhang mit einem Haushaltstitel ausgesprochen verwunderlich. Dazu hätte ich gern eine Aussage von Ihnen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich habe, wenn ich das richtig entsinne - aber das muss ich dann selber im Protokoll auch noch mal nachlesen -,

Kornelia Möller (DIE LINKE): Gerne.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: - gesagt, dass es am Anfang eine Pauschale war, dass aber in zunehmenden Maße auch danach gefragt worden ist: Was macht ihr mit dem Geld? Also, sinnvolle Projekte.

Der eine Teil war, dass in dem strukturschwachen Landkreis Lüchow-Dannenberg die Frage war, wie die Kommunen Geld bekommen, mit denen sie Projekte planen konnten, also die Frage Eigenmittel. Es gab Pauschalen. Jetzt rede ich immer nur vom Landkreis Lüchow-Dannenberg; die 200 Millionen sind für das Land; die sind nicht für den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Darüber könnte man im Übrigen - - Aber das tue ich nicht. In Anbetracht der Tatsache, dass Ernst Albrecht mit mir das jetzt nicht mehr erörtern kann, verzichte ich auf diese Erörterung, was davon im Land geblieben ist und was wir davon bekommen haben.

Sie haben ja in der Schilderung, sozusagen der auch von Herrn Poggendorf, über die ganze Gorleben-Geldergeschichte eine sehr ausführliche Darstellung - -

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Grill, ich hatte eine Frage gestellt, und Ihre Antwort bezieht sich nicht mehr auf die Frage.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Der Betrag von - -

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich würde aber gerne Ihnen dazu etwas Weiteres vorhalten, weil Sie gesagt haben, -

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich bin mit meiner Antwort - -

Kornelia Möller (DIE LINKE): - anfangs war es eine Pauschale, und es wurde zunehmend nach Projekten gefragt. Wir haben eine Unterrichtung durch Vertretung der Landesregierung hinsichtlich der Pressebericht-erstattung zu sogenannten Gorleben-Geldern aus dem Umweltausschuss vom 13.01.2010, und zwar dem niedersächsischen - ich gebe Ihnen das dann gerne weiter -, wo Minister Möllring sagt:

In dem Vertrag von 1979 ist in § 8 Abs. 4 geregelt, dass ... sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen sollte, sind die entstandenen Kosten im gegenseitigen Einvernehmen abzurechnen. Bisher ist weder eine Abrechnung gefordert worden noch ist ein Einvernehmen hergestellt worden. Die ersten Forderungen wären nach dem BGB nach 30 Jahren auch schon verjährt. Da ist also nichts mehr abzurechnen.

Ich habe zwei Fragen an Sie. Die eine ist: Können Sie mir erklären, gerade vor der von Ihnen gemachten Aussage, dass eben nach Projekten nachgefragt wurde, dass der Finanzminister keine Auskunft über die Verwendung der Mittel geben konnte? - Punkt 1.

Und Punkt 2: Als sehr erfahrener Mensch, auch in der Wirtschaft, nicht nur in der Politik: Kennen Sie irgendeinen vergleichbaren Vertrag, in dem Zahlungen vereinbart werden, die, obwohl die Bedingungen, also die besonderen Belastungen aus dem NEZ, so nie zustande gekommen sind, nicht zurückgezahlt werden müssen? Ich finde es einen sehr interessanten Vertrag. Also, ich glaube, da gibt es einige Projekte und Wirtschaftsunternehmen, die sich da gerne dann auch zukünftig dem anschließen würden und solche Verträge mit der Bundesregierung abschließen würden.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich darf noch mal darauf hinweisen, dass - - Ich kenne die Antwort des niedersächsischen Finanzministers nicht. Sie ist nach meiner Ansicht auch nicht korrekt; denn er hätte durch eine Nachfrage beim Landkreis Lüchow-Dannenberg sich über die Verwendung der Mittel durchaus informieren können. Es ist ja nicht so, dass darüber kein Buch geführt worden ist. Deswegen habe ich gesagt, in der Gesamtzahl der Jahre ist die

Summe laut der Statistik, die Herr Poggendorf sozusagen hier aufgelistet hat in seinem Buch, 126 196 533 DM.

(Eckhard Pols (CDU/CSU):
Seite 65!)

Hier ist auch aufgelistet, welche Gemeinden was bekommen haben. Um das noch mal zu verdeutlichen: Gerade auch bei den letzten Tranchen, nämlich diesen drei mal 30, die übrigens nicht zurückgegeben worden sind nach dem Mehrheitswechsel im Kreistag Lüchow-Dannenberg - die haben unsere Nachfolger in der Mehrheit sehr gerne ausgegeben, obwohl sie es unanständig fanden, das Geld - - Dass in den letzten Tranchen insbesondere - das war die Entwicklung, die ich vielleicht nicht deutlich genug gesagt habe - nicht mehr nur gesagt wurde, es gibt Geld, sondern die Frage war: „Ihr müsst uns schon mal vorlegen, was ihr mit dem Geld machen wollt, damit wir nicht einfach Geld geben“, ich glaube, das ist eine nachvollziehbare Bemerkung.

Und im Übrigen beruht das Ganze auf der Tatsache, dass am 21.12.1978 in einer Unterredung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ministerpräsident Ernst Albrecht beide übereinkamen, diese Eckpunkte zum Gegenstand einer Verwaltungsvereinbarung zu machen, die im Januar 1979 vom Bundeskabinett gebilligt und am 09.02.1979 von Bundesinnenminister Baum und vom niedersächsischen Finanzminister Leisler Kiep unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung galt für die Dauer von zehn Jahren. Als Vertragsbeginn wurde der 01.01.1979 und zugleich die Zahlung von Pauschalbeträgen vereinbart. Der Bund verpflichtete sich, aus dem Bundeshaushalt für die ersten vier Vertragsjahre eine Gesamtsumme von 200 Millionen DM bzw. jährlich 50 Millionen DM zu zahlen.

Ich habe hier in meinen Einlassungen auch deutlich gemacht, dass - - Das ist nichts gegen die Ausgleichsbeträge, die Bonn gekriegt hat. Ich sage das noch mal, und ich empfehle Ihnen dringend, das Papier des AkEnd zu lesen, in dem Ausgleichszahlungen für Lastenausgleich konzeptionell mit angelegt sind. Sie sind nichts anderes als das, was wir hier jetzt gerade bereden.

Es gab damals für Privatpersonen, auch Unternehmen, erhebliche Probleme durch - heute sagt man - Graffiti. Ich will mal diesen Begriff verwenden, weil der andere - - Es war keine Kunst, um das mal dann so zu formu-

lieren. Die Schwierigkeit war, Leuten die Wiederherrichtung ihrer Gebäude zu finanzieren. Normalerweise haben sie darauf keinen Rechtsanspruch. Wir haben uns dann mit der Landesregierung darauf verständigt, dass wir einen Fonds schaffen, in dem solche Dinge ausgeglichen werden.

Im Übrigen gibt es beim Landkreis Lüchow-Dannenberg und auch bei den Samtgemeinden eine Auflistung - das hat nämlich die Landesregierung von uns gefordert -, was denn sozusagen die Belastung darstellte und zu welchem Behufe man das Geld denn haben wollte. Also, da ist nicht mal eben beschlossen worden, 200 Millionen, und dann hat man den Sack aufgemacht, und wer was aufgefangen hat, hat was aufgefangen, sondern da ist schon - können Sie sich ja vorstellen - sehr versucht worden, das jedenfalls gerecht zu verteilen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte wieder auf das Jahr 1976 zurückkommen, an dessen Ende ja bekanntlich erst einmal Gorleben im IMAK-Bericht aufgetaucht ist und im darauffolgenden Frühjahr ja dann die Standortbenennung Gorlebens erfolgte.

Ich hatte Sie vorhin, Herr Zeuge Grill, danach gefragt, ob Sie, nachdem Sie es selber eingeführt haben, dass es Gespräche mit Herrn Stuhr gab, sich an ein Gespräch und an den Inhalt des Gesprächs erinnern können. Das hatten Sie nicht beantwortet, haben eher allgemeine Ausführungen gemacht zu Ihrem umweltpolitischen Engagement. Dann hat Sie der Kollege Edathy nach demselben Gespräch gefragt, und Sie haben sich auch da nicht genau erinnern können, was Sie mit Herrn Stuhr und wann Sie es besprochen haben könnten.

Ich möchte Ihnen jetzt vorhalten: Wir haben einen Vermerk gefunden über das erste - vermutlich erste - Gespräch mit Herrn Stuhr vom 15. Juni 1976, und es ist unter MAT A 102, Band 2, 000101 zu finden. Das war 15. Juni 1976, also zu einer Zeit, wo Gorleben im Prinzip noch nicht irgendwie, auch nicht in der KEWA-Studie, aufgetaucht war. Der Vermerk gibt uns Aufschluss über die Themen: Standorte der geplanten Kernkraftwerke, Errichtung einer Entsorgungs-

anlage, Lagerung von Kernabfall in Salzstöcken. Eingeleitet wird der Vermerk damit:

Der Herr Abgeordnete Grill (CDU) - Lüchow/Dannenberg - hat gebeten, ihn über den Sachstand bei folgenden Problemen zu informieren: ...

Würde Ihnen diese Hilfe jetzt erleichtern, sich an das Gespräch und dessen Ergebnisse zu erinnern?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, darf ich den Vermerk bitte haben?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn man Vorhaltungen macht, ist das ja eigentlich üblich bei uns. Ich würde Sie darum bitten.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssten wir nur kopieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Hirte steht gerade hinter Ihnen; er würde Ihnen den Vermerk abnehmen, den gerade kopieren und Ihnen dann wieder zurückgeben sowie Ihnen, Herr Zeuge, aushändigen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Darf ich die Zeit nutzen, einem menschlichen Bedürfnis nachzugehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber gern. - Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
17.56 bis 18.01 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die Sitzung wieder.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Zeuge möchte gerne etwas zur Terminplanung sagen!)

- Ich würde vorschlagen, dass wir, wenn der Zeuge freundlicher Weise jetzt sein Dokument ausgeliefert bekommen hat und diese Frage zunächst mal beantworten würde, dann, wenn er darüber hinaus etwas zur Geschäftsordnung oder zur weiteren Geschäftsführung sagen möchte, das nach dieser Fragerunde für Bündnis 90/Die Grünen, also vor einer gegebenenfalls weiteren Berliner Runde, erörtern.

Bitte schön, Herr Grill. Antworten Sie, sobald Sie das Dokument wahrgenommen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also, ich habe mir den Vermerk hier jetzt angeguckt und kann dazu nur feststellen: Der Vermerk beschreibt eine Information, die ich erbeten habe und die in der normalen Arbeit eines Abgeordneten liegt. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich - - Oder sollte jetzt erst die Geschäftsordnungsfrage geklärt werden?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt erst diese Fragerunde machen. Wir haben noch vier-einhalb Minuten für Ihre Fraktion. Danach ist dann die Berliner Runde vorbei, und dann, denke ich, würden wir entsprechende Erörterungen vornehmen. - Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ist ja schon etwas interessanter, als Sie es gerade erscheinen lassen, Herr Zeuge. Ich habe vorhin ja schon die Jahreszahlen genannt: 1975 KEWA-Studie, Gorleben ist nicht dabei. Sommer 1976, Ihr Gespräch am 15. Juni 1976 mit den Herren Schmöe und Stuhr, und aus dem Handschriftlichem, was man ja halbwegs entziffern kann, ergibt sich, dass die Besprechung stattgefunden hat, dass sich die Informationen genau auf diese Bereiche, auf die Arbeitsbereiche der Herren Schmöe und Stuhr erstreckten. Das ist nun gerade die Entsorgungsanlage unter anderem gewesen. Und dann ist darunter ein Vermerk, den wir so interpretieren, dass irgendeine mit Kennzeichnung, mit Markierung gekennzeichnete Person informiert. Wir interpretieren das als Minister. Wir denken, das wird nicht so eine unwichtige Besprechung gewesen sein. Und dann taucht doch glatt, auch nur einige Monate später, Gorleben zum ersten Mal in einem Bericht auf, in dem IMAK-Bericht.

Meine Frage ist jetzt, wenn Sie sich so grob nicht erinnern können: Sie haben mit Sicherheit - das sagt ja auch Herr Tiggemann - über das NEZ gesprochen, und Herr

Tiggemann weist ja auch darauf hin, dass - zu Ende - ihn Vertreter - Kurt-Dieter Grill zum Beispiel - als nachdrücklichen Befürworter der gesamten Anlage erlebt haben. Ihnen missfällt der Begriff „in dem Genick gesessen“. Ich frage Sie: Haben Sie da in diesem Gespräch Gorleben ins Gespräch gebracht?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Abgeordnete, ich entnehme der Fragestellung, dass hier der Versuch unternommen wird, eine Planung der Bundesregierung in eine Planung von Kurt-Dieter Grill umzuwandeln.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können doch nur Ja oder Nein sagen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich verwahre mich dagegen, dass eine Planung, für die ich nicht verantwortlich war, die ich nicht mitgemacht habe, die aber in dem Land umgesetzt werden sollte, in dem ich politische Verantwortung getragen habe - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie brauchen eigentlich - - Sie wollen eigentlich Nein sagen, Herr Zeuge, weiter nichts.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Darf ich so antworten, wie ich das möchte?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe gefragt: Haben Sie es ins Gespräch gebracht?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt ist aber wirklich gut!)

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Das wollte ich nur hören.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe dem Zeugen eine Frage gestellt: „Haben Sie es ins Gespräch gebracht, ja oder nein?“, und dann kann ich den Zeugen doch wohl bitten, mit Ja oder Nein zu antworten.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er hat gesagt, dass er ausreden darf, und Sie sagen Nein!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kollegin Steiner, der Zeuge darf so antworten, wie er antworten möchte, und Ihnen steht es völlig frei, dann noch mal

nachzufragen. Deshalb möchte ich darum bitten, den Herrn Zeugen zunächst ausreden zu lassen, und danach ist es Ihnen unbenommen, noch mal nachzufragen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ich komme zu dieser Bemerkung deswegen, weil Sie einen Versuch machen, der hochinteressant ist. Sie sagen nämlich, in der KEWA-Studie war das nicht erwähnt. Die KEWA-Studie ist ja nicht im luftleeren Raum entstanden. Wer ist denn für die KEWA-Studie verantwortlich? Wessen politische Frage ist denn das eigentlich? Oder glauben Sie, dass irgendein Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland losgeht und sagt: „Ich bohre jetzt mal in Wahn“? Das ist doch der Vorgang. Es ist der Vorgang zwischen der chemischen Industrie, den EVUs, die es dann übernommen haben, weil die chemische Industrie das nicht voneinander kriegte, und dann sind wir doch am Schluss bei der DWK gelandet. Das ist doch der Vorgang.

Das ist aber Ausfluss der Politik der Bundesregierung. Das ist nicht Ausfluss einer Planung eines Unternehmens. Deswegen bringen Sie mich nicht in die Situation, dass ich über diese Frage sozusagen zum Erfinder von Gorleben gemacht werde. Dagegen verahre ich mich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Grill, ich habe jetzt hier - wir haben noch mal ein bisschen geguckt - noch einen zweiten Jahresbericht des Atomforums. Auch 1996 werden Sie da als Mitglied geführt. Ich nehme an, dass das an Ihrer Aussage, Sie seien nicht Mitglied des Verwaltungsrats gewesen, nichts ändert, und möchte bitte dem Sekretariat auftragen, dass wir diese Mitgliederverzeichnisse nachher zu den Akten nehmen. Falschaussage vor diesem Ausschuss ist strafbar. Ich sage nicht, dass Sie eine gemacht haben. Aber falls es so ist, behalten wir uns Schritte vor.

Ich hätte Sie gern gefragt, wen oder was Sie dort im Verwaltungsrat vertreten haben; denn die anderen Mitglieder im Verwaltungsrat des Atomforums waren Vertreter der Unternehmen der Atomwirtschaft. Leider kann ich Sie jetzt nicht fragen, da Sie trotz dieses offiziellen Berichts des Atomforums behaupten, dort nicht Mitglied gewesen zu sein. Ich möchte Sie aber was fragen, was damit in Zusammenhang steht: Haben Sie 1995 Journalisten nach La Hague eingeladen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann ist auch diese Berliner Runde, unsere dritte, jetzt um, und wir stehen gegebenenfalls vor der vierten Berliner Runde.

Herr Grill, Sie wollten jetzt noch eine Ausführung machen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Ja, Frau Vorsitzende. - Ich sage mal, ich habe ja jetzt seit 10 Uhr diesem Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Ich habe um 19 Uhr einen Termin und wollte nur darum bitten, dass wir uns darauf verständigen, dass, wenn die Befragung hier heute nicht bis 18.50 Uhr oder so etwas zu Ende geht, ich dann gerne noch mal wiederkomme, aber ich heute auch der Meinung bin, dass die Grenze des Zumutbaren dann für mich erreicht ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich weise darüber hinaus noch darauf hin, dass um 18.30 Uhr, 18.40 Uhr eine weitere namentliche Abstimmung im Plenum ansteht. Von daher müssen wir dann ohnehin unterbrechen. Sind wir so konsensfähig, dass es innerhalb dieser Runde in kurzer Absprache sozusagen jetzt einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen gibt? Wir stehen jetzt sozusagen vor einer weiteren Berliner Runde. Ich sehe, dass es an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch Fragebedarf gibt.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erheblichen!)

- Genau. Ich sehe das ja; ist alles in Ordnung. - Dieser erneuten Ladung steht ja auch nichts entgegen. Ich will nur darauf hinweisen, dass eben der weitere Abend sich dann doch weiter zerstückelt gestalten würde. - Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ich will nur sagen, wir haben auf jeden Fall noch Fragebedarf, der nicht bis 18.50 Uhr, wenn man das zusammenrechnet, beendet sein wird. Ohnehin gibt es ja auch viele Vorgänge in den Akten, die noch nicht ausgewertet sind, wo möglicherweise auch der Herr Kollege Grill, ehemalige Kollege Grill, noch eine Rolle spielt. Insofern fände ich auch eine Fortsetzung zu einem anderen Zeitpunkt sinnvoll. Wenn wir jetzt das noch schaffen, kann man ja die letzte Zeit noch nutzen - das fände ich vernünftig -, dass man sagt, wir machen noch mal eine Runde; das müsste gerade noch reichen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, das schaffen wir ganz sicher nicht. Das ist nur für die CDU/CSU-Fraktion, wenn überhaupt noch, weil die ein Fragerecht von 23 Minuten hat, und wie gesagt, um 18.30 Uhr oder 18.40 Uhr ist dann halt die namentliche Abstimmung.

Ute Vogt (SPD): Gut. Aber dann wäre es vernünftig, zu sagen, dann machen wir jetzt einen Schnitt - das wäre, glaube ich, auch fair gegenüber allen Beteiligten -, dass man nächstes Mal sinnvollerweise mit einer normalen Runde wieder anfängt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. - Kollege Grindel, wollen Sie dazu noch etwas sagen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, das ist gut so!)

- Dann ist das gut so. Dann würden wir das jetzt tatsächlich machen und nach drei Runden diese Vernehmung zunächst abschließen und - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Es sind noch gar
keine drei Runden!)

- Entschuldigung. Noch mal Frau Kotting-Uhl, gerne.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich möchte doch immerhin den Vorschlag machen: Ich meine, nach den Regeln eines Untersuchungsausschusses geht die Befragung so lange, solange Fragebedarf ist. Wir haben ja jetzt eine Zwangspause durch die namentliche Abstimmung. Herr Grill, in der Zeit könnten Sie sich ein bisschen erholen.

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Also - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich finde, wir machen dann noch eine Runde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill, das ist außerhalb dessen, was Sie jetzt machen müssen.

Dann müssen wir jetzt doch eine Beratungssitzung machen.

(Zurufe)

- Doch, dann machen wir jetzt eine Beratungssitzung.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wenn der Zeuge sagt, er steht nicht mehr zur Verfügung, weil er neun Stunden vernommen worden ist, ist das zu akzeptieren!)

Dann machen wir jetzt doch eine Beratungssitzung und führen eine vernünftige Beschlussfassung herbei, wie man das bei Verfahrensfragen so tut.

Herr Grill, ich bitte Sie, einen Moment noch mal den Raum zu verlassen, und bitte auch die Öffentlichkeit, einen Moment den Raum zu verlassen, und dann werden wir darüber beschließen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
18.11 Uhr - Folgt Fortsetzung des
Sitzungsteils Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
18.23 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Kurt-Dieter Grill

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill, ich begrüße Sie ein letztes Mal in unserer Runde heute Abend. - Der Ausschuss ist jetzt übereingekommen, dass wir tatsächlich Ihre Vernehmung nun für heute unterbrechen wollen; aber das ist verbunden mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass es noch weitere Fragen gibt, die der Ausschuss gerne mit Ihnen erörtern würde. Von daher müssen Sie sich freundlicherweise auf einen erneuten Ladungstermin einrichten, den der Ausschuss in einer seiner nächsten Obleuterunden bzw. Beratungssitzungen festlegen wird.

Ich will Ihnen nur noch formal sagen, dass Ihnen das Sekretariat das Protokoll nach Fertigstellung übersenden wird und Sie die Möglichkeit haben, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Ich bin ohnehin formal nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass Ihre Vernehmung in jedem Fall erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt, also auch über die Erstellung des Protokolls der heutigen Sitzung hinaus. Die Entscheidung über den Abschluss Ihrer Vernehmung darf in jedem Fall aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Verneh-

mungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch weitere Fragen?

Zeuge Kurt-Dieter Grill: Frau Vorsitzende, ich habe dazu keine weiteren Fragen und bedanke mich, dass das für heute erst einmal abgeschlossen ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, dass Sie hier waren, und einen schönen Abend, einen guten Nachhauseweg. Ich bedanke mich vor allen Dingen wieder beim Protokoll für die hervorragende Unterstützung. - Auf Wiedersehen, meine Kolleginnen und Kollegen!
Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 18:28 Uhr)



Vermerk

Berlin, 18. März 2011
Geschäftszeichen: PA 25-5432

**1. Untersuchungsausschuss der
17. Wahlperiode**

bearbeitet von:

[REDACTED]
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-39400
Fax: +49 30 227-36832
1.untersuchungsausschuss
@bundestag.de

**Stenografisches Protokoll - Vorläufige Fassung - der
35. Sitzung am Donnerstag, dem 24. Februar 2011**

Der Zeuge Kurt-Dieter Grill (BB 17-175) meldet sich heute telefonisch beim Unterzeichner und bittet um folgende zwei Korrekturen des Protokolls Nr. 35:

- S. 4, 2. Absatz, 4. Zeile: ersetze „Gorleben-Kommission“, durch „Gorleben-Hearing“.
- S. 6, 2. Absatz: ersetze „weil der Leiter“ durch „weil der leider“.

